

# **Analyse der Kantonsfinanzen**

## Budget 2019 / AFP 2020-2022

**Vollständige Version**  
**29.10.2018**

Reto Wyss



## Inhalt

Einführung.....	4
Kurzübersicht Kennzahlen und Methodik .....	6
Glossar.....	8
Kanton Aargau (mit Erläuterungen) .....	9
Kanton Appenzell-Innerrhoden .....	12
Kanton Appenzell-Auserrhoden.....	13
Kanton Bern (mit Erläuterungen).....	14
Kanton Basel-Landschaft (mit Erläuterungen) .....	17
Kanton Basel-Stadt (mit Erläuterungen) .....	20
Canton de Fribourg.....	23
Canton de Genève (avec explications).....	24
Kanton Glarus .....	27
Kanton Graubünden .....	28
Canton du Jura .....	29
Kanton Luzern (mit Erläuterungen).....	30
Canton de Neuchâtel.....	33
Kanton Nidwalden .....	34
Kanton Obwalden.....	35
Kanton St. Gallen.....	36
Kanton Schaffhausen .....	39
Kanton Solothurn (mit Erläuterungen).....	40
Kanton Schwyz.....	43
Kanton Thurgau (mit Erläuterungen) .....	44
Cantone del Ticino (con spiegazioni) .....	47
Kanton Uri .....	50
Canton de Vaud (avec explications) .....	51
Canton du Valais.....	54
Kanton Zug .....	55
Kanton Zürich (mit Erläuterungen).....	56
Schlussbemerkungen.....	59
Tabellenanhang .....	64
Quellenangaben.....	68

## Einführung

Die Schweiz befindet sich in einer Hochkonjunktur. Diese wirkt sich mit etwas Verzögerung auch auf die allgemeine finanzielle Situation der Kantone aus. Nachdem für das Jahr 2016 12 von 26 Kantonen positive Rechnungsabschlüsse vorweisen konnten (gemessen in strukturellen Saldi), waren es für das Jahr 2017 bereits 19 Kantone. Dennoch verfolgen viele Kantone seit Jahren eine harte Sparpolitik und planen auch für die kommenden Jahre nicht, davon abzuweichen. Begründet werden kann dies nicht mehr, wie vor einiger Zeit, mit "untragbar hohen Defiziten" oder der Notwendigkeit des Schuldenabbaus: Das aggregierte Finanzierungsergebnis der Kantone ist gemäss Finanzstatistik der EFV seit 2016 wieder deutlich positiv und die Refinanzierung der Schulden hat in dieser schon lange anhaltenden Tiefzinsphase keine akute Priorität.

Eine heute oft vorgebrachte Begründung für das Schnüren weiterer Sparpakete ist die zuerst im Rahmen der gescheiterten Unternehmenssteuerreform III und danach der Steuervorlage 17 / STAF geplante Abschaffung der international geächteten steuerlichen Privilegierung sogenannter Statusgesellschaften. Etliche Kantone beabsichtigen, die dereinst vom Verlust der Privilegien betroffenen Firmen im Rahmen flächendeckender Senkungen der Unternehmenssteuern zu kompensieren. Letztere würden weit über den Kreis der tangierten Firmen hinausgehen und entsprechende Millionenlöcher in die kantonalen Kassen reissen. Im Bewusstsein darüber planen gewisse Kantone bereits im Voraus weitere Sparpakete.

Der SGB hat bereits in drei früheren Dossiers periodisch die Lage der kantonalen Finanzen analysiert und dabei jeweils Folgendes festgestellt:

- Die Kantone budgetieren chronisch zu pessimistisch, d.h. weisen systematisch bessere Rechnungsabschlüsse vor.
- Die kantonale Verschuldung wird systematisch überschätzt, bzw. das der Verschuldung gegenüberstehende Vermögen vernachlässigt.
- Defizite werden nicht genügend in Relation zur Konjunkturentwicklung betrachtet und strukturell betrachtet.
- Kantone, die in der Vergangenheit ihre Steuern besonders stark senkten, haben heute verschärfte Probleme mit ihrem Finanzhaushalt – mit der erklärbaren Ausnahme einiger weniger kleiner Kantone.

Die wirtschaftliche Situation hat sich in den letzten Jahren verändert, die Schweiz befindet sich schon seit einiger Zeit im Aufschwung. Die oben erwähnten Feststellungen haben aber auch heute nicht an Relevanz verloren: Für das Jahr 2017 schneiden so beispielsweise 23 von 26 Kantonen mit ihrer Rechnung besser ab als budgetiert.

Das vorliegende Dossier gibt einerseits einen Überblick über die entscheidenden Finanzkennzahlen der Kantone, wie die Nettovermögensquote oder der strukturelle Haushaltssaldo. Im Vergleich zu früheren Dossiers werden diese Kennzahlen bereits für das Jahr 2017 berechnet und zudem für die Jahre 2018 und 2019 prognostiziert. Um dies zu ermöglichen, stützt sich die Analyse für die jüngsten Jahre nicht mehr auf die mit grosser Verzögerung erscheinende harmonisierte Finanzberichterstattung der EFV ab, sondern direkt auf die Zahlen aus den Kantonen. Letztere konnten insbesondere aufgrund der mittlerweile fast flächendeckenden Umstellung auf den Rechnungslegungsstandard HRM2 einfacher miteinander verglichen und entsprechend harmonisiert werden.

Die ausgeprägte föderalistische Struktur der Schweiz erlaubt es, die Kantone nicht nur bezüglich ihrer Steuersätze sondern auch auf der Ebene ihrer Versorgungslage zu vergleichen. In einem zweiten Teil werden daher die Pro-Kopf-Ausgaben (bzw. Fallkosten) für unterschiedliche Aufgabenbereiche miteinander verglichen, wobei bei Verbundsaufgaben jeweils auch der kantonale Finanzierungsanteil eine grosse Rolle spielt. Im Fokus stehen insbesondere zwei Bereiche: Einerseits die Langzeitpflege, die demografisch bedingt über Jahrzehnte an Bedeutung gewinnen wird und andererseits die Bildung, die in den nächsten Jahren auf fast sämtlichen Stufen und in den allermeisten Kantonen mit einer massiv steigenden Anzahl an Lernenden zu rechnen hat.

Die vorliegende Analyse der Kantonsfinanzen wurde nicht mehr thematisch gegliedert, sondern nach Kantonen strukturiert. Dies ermöglicht den schnellen Blick auf die Entwicklung in den einzelnen Kantonen.

## Kurzübersicht Kennzahlen und Methodik

### Struktureller Haushaltssaldo

Konjunkturbereinigung der um Sondereffekte (z.B. Steuersenkungen) korrigierten Fiskaleinnahmen mittels des Hodrick-Prescott-Filters der Eidgenössischen Finanzverwaltung; Prognose für die Jahre 2018 und 2019 auf der Basis der um die mittlere Budgetabweichung korrigierten Ausgaben und Einnahmen.

### Nettovermögensquote

Gesamtes Vermögen abzüglich der Bruttoschulden in Prozent der kantonalen Wirtschaftsleistung; Berechnung des Nettovermögens (um Bilanzfehlbeträge korrigiertes Eigenkapital) auf der Basis der Finanzdaten der Finanzdirektorenkonferenz.

### Gebühren pro Kopf

Aggregierte Einnahmen durch Entgelte pro Kopf (Spital- und Heimtaxen, Gebühren für Amtshandlungen, Schul- und Kursgelder, Benützungsgebühren, Ersatzabgaben und Bussen).

### Fiskaleinnahmen

Aggregierte Fiskaleinnahmen (direkte Steuern natürlicher und juristischer Personen sowie indirekte Steuern) in Prozent des Bruttoinlandprodukts eines Kantons.

### Fehlbudgetierung

Differenz zwischen tatsächlichen und budgetierten Saldi, angegeben in Prozent der effektiven Einnahmen; "Prognose" für die Jahre 2018 und 2019 auf der Basis der vorangehenden Fünfjahresdurchschnitts.

### Effektive Steuersätze

Angaben bis 2017 aus dem EATR-Index der BAK Economics AG; Ergänzung für das Jahr 2018 auf der Basis des "Swiss Tax Report 2018" von KPMG; abgebildet sind die effektiven Durchschnittssteuersätze für Unternehmen, bzw. die Steuersätze für natürliche Personen (Alleinstehende mit einem Nettoeinkommen von 100'000 Franken).

### Kennzahlen NFA

Aktualisierte Zahlen der EFV zu Steuerauserschöpfung und Ressourcenpotenzial (2019); eigene Berechnung der Gesamtausschöpfung auf der Basis der gesamten betrieblichen Einnahmen der Kantone und ihrer Gemeinden (FS-Statistik der EFV); Berechnung der Indexzahlen auf der Basis eines gewichteten gesamtschweizerischen Durchschnitts.

### **Versorgungsindikatoren Pflege**

- Betreuungsverhältnis: Eigene Berechnung auf der Basis der Statistik der sozialmedizinischen Institutionen 2016 des BFS; Anzahl Langzeitplätze in Alters- und Pflegeheimen pro Vollzeit-Pflegeperson, bzw. Anzahl Spitex-KlientInnen pro Vollzeit-Pflegeperson (jeweils an dieser Stelle keine Differenzierung nach Ausbildungsgrad).
- Ausgaben pro Kopf/Fall: Kumulierte Kantons- und Gemeindeausgaben pro EinwohnerIn bzw. Pflegefall (Anzahl Spitex-KlientInnen bzw. Anzahl Langzeitplätze)
- Kantonsanteil: Anteil des Kantons an den Gesamtkosten Kanton/Gemeinden aus der Finanzstatistik der EFV (2016); korrigiert um mögliche Veränderungen der Aufgabenteilung seit 2016.
- Jährliche Fallentwicklung: Eigene Berechnung auf der Basis von BFS-Zahlen zur demografischen Entwicklung in den Kantonen sowie der nach Altersgruppe abgestuften Pflegequoten des Obsan ("Statistische Grundlagen zur Pflegeheimplanung 2013-2035, Obsan, 2016).

### **Versorgungsindikatoren Bildung**

- Betreuungsverhältnis: Zahlen des BFS für das Schuljahr 2016/2017 auf Stufe obligatorische Schule und allgemeinbildende Schulen (Anzahl SchülerInnen pro Lehrpersonen-Vollzeitäquivalent); eigene Berechnung für die berufliche Grundbildung aufgrund der Statistik des BFS zur Anzahl der Lernenden und der Lehrkräfte.
- Ausgaben pro Kopf/Fall: Kumulierte Kantons- und Gemeindeausgaben pro EinwohnerIn bzw. SchülerIn der entsprechenden Stufe.
- Kantonsanteil: Anteil des Kantons an den Gesamtkosten Kanton/Gemeinden aus der Finanzstatistik der EFV (2016); korrigiert um mögliche Veränderungen der Aufgabenteilung seit 2016.
- Jährliche Fallentwicklung: Zahlen aus den Szenarien 2018-2017 für das Bildungssystem (BFS, 2018).

## Glossar

Die **Bilanz** weist die Schulden (Fremdkapital), die Vermögenswerte und das →**Nettovermögen** (Eigenkapital) aus.

Das **Budget** stellt alle für das kommende Jahr geplanten finanziellen Vorgänge des Kantons dar.

Die **Bruttoschuld** ist die Summe aller ausstehenden Kredite einer staatlichen Körperschaft.

Die **Erfolgsrechnung** – auch laufende Rechnung genannt – stellt die Aufwände und Erträge des Kantons einander gegenüber. Im Gegensatz zur →**Finanzierungsrechnung** beinhaltet die Erfolgsrechnung nur periodengerechte Buchungen; davon allerdings auch solche, die sich nicht auf den Finanzfluss auswirken (wie z.B. Abschreibungen).

Der **Finanzplan** (oft auch Aufgaben- und Finanzplan) dient der mittelfristigen Planung und Steuerung der Finanzen. Die Finanzpläne schliessen drei bis vier Jahre ein und werden jährlich rollend aktualisiert. In manchen Kantonen entspricht das erste Planungsjahr des Finanzplans dem Budget.

Die **Finanzierungsrechnung** stellt die Ausgaben und Einnahmen des Kantons einander gegenüber. Die Differenz zwischen den Einnahmen und den Ausgaben wird als Saldo der Finanzierungsrechnung bezeichnet. Im Gegensatz zur →**Erfolgsrechnung** zieht die Finanzierungsrechnung auch die Investitionsausgaben und Investitionseinnahmen mit ein und erfasst nur "finanzierungswirksame" Vorgänge (also solche, die sich auf die verfügbaren finanziellen Mittel auswirken).

**Nettovermögen/ -schuld:** Gesamtes Vermögen abzüglich der Bruttoschulden. Es zeigt also, ob ein Kanton insgesamt vermögend oder verschuldet ist.

Das **Ressourcenpotenzial** ist ein Gradmesser für die finanzielle Leistungsfähigkeit eines Kantons, bzw. die aggregierte Steuerbemessungsgrundlage des →**Steuersubstrats**.

**Stille Reserven** sind nicht aus der Bilanz ersichtliche Bestandteile des →**Nettovermögens**. Stille Reserven entstehen durch eine Unterbewertung von Vermögen oder durch eine Überbewertung von Schulden.

Die **steuerliche Ausschöpfung** eines Kantons misst dessen gesamte Steuerbelastung. Sie zeigt also, wie stark das →**Steuersubstrat** eines Kantons effektiv durch Kantons- und Gemeindesteuern belastet wird. Rechnerisch entspricht die steuerliche Ausschöpfung den effektiven Steuereinnahmen eines Kantons geteilt durch dessen Ressourcenpotenzial.

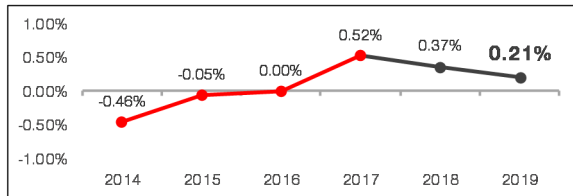
Als **Steuersubstrat** eines Kantons wird die steuerlich ausschöpfbare Wirtschaftskraft der Steuerpflichtigen (steuerbare Einkommen, Vermögen und Gewinne) bezeichnet.

Der **strukturelle Saldo der Finanzierungsrechnung** ist das um allfällige ausserordentliche Transaktionen, Investitions- und Konjunkturschwankungen korrigierte Ergebnis der Finanzierungsrechnung.

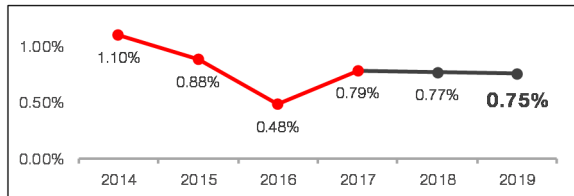


# Kanton Aargau (mit Erläuterungen)

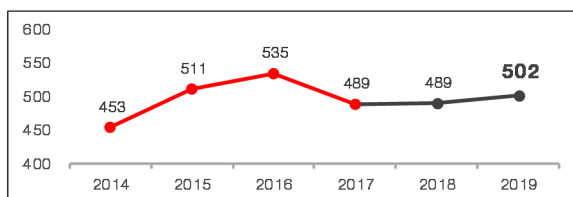
**Struktureller Haushaltssaldo in % des BIP**



**Nettovermögensquote (Nettovermögen in % des BIP)**

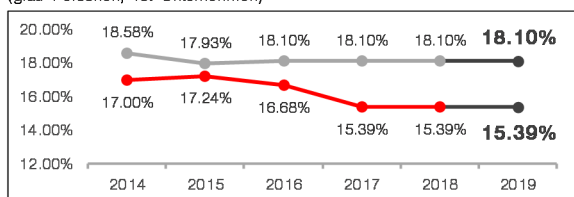


**Gebühren pro Kopf in Franken**

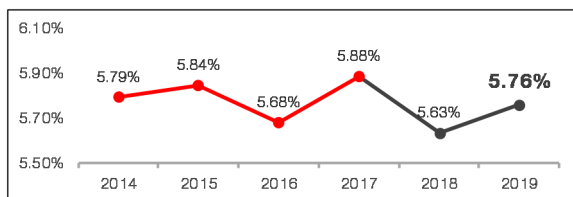


**Entwicklung effektive Steuersätze**

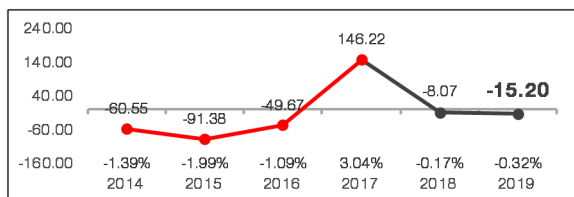
(grau=Personen, rot=Unternehmen)



**Fiskaleinnahmen in % des BIP**





**Fehlbudgetierung in Mio. und %**



**Kennzahlen NFA**



**Versorgungsindikatoren**

		Ausgaben pro Kopf	Ausgaben pro Fall	Kantonsanteil	Betreuungs- verhältnis	Jährliche Fallentwicklung bis 2022
<div> Pflege</div>						
Alters- und Pflegeheime	119	7'328	0%	1.54	4.14%	
Ambulante Pflege	44	1'498	0%	18.14		
<div> Bildung</div>						
Obligatorische Schule	2'022	18'585	45%	14.92	2.11%	
Allgemeinbildende Schule	227	27'984	96%	11.56	0.85%	
Berufliche Grundbildung	167	6'376	60%	26.76	0.22%	

## Allgemeine Einschätzung

Aufgrund des Budgets 2018 und des Aufgaben- und Finanzplans 2019-2022 ist für die Jahre 2018 und 2019 von einem positiven, jedoch leicht rückläufigen strukturellen Saldo auszugehen, dies bei einem knapp ausgeglichenen Budget 2018 (Ergebnis Erfolgsrechnung). Die Nettovermögensquote dürfte stabil bleiben, ebenso wie die Pro-Kopf-Einnahmen durch Entgelte. Die effektiven Steuersätze bleiben nach den starken Senkungen während der vergangenen Jahre vorerst sowohl für natürliche als auch für juristische Personen unverändert. Die Regierung plant allerdings eine weitere Senkung der Gewinnsteuern im Rahmen der kantonalen Umsetzung der Steuervorlage 17 / STAF, welche 2019 im Grossrat beraten wird. Zum ersten Mal seit Jahren ist von Regierungsseite kein Sparpaket geplant, dafür wird nach drei "Nullrunden" bis ins Planjahr 2022 eine durchschnittliche Lohnerhöhung für das Kantonspersonal von 1% vorgesehen.

Das Ressourcenpotenzial, bzw. die aggregierte Steuerbemessungsgrundlage hat sich im Kanton Aargau in den letzten Jahren nur unterdurchschnittlich entwickelt. Aufgrund der zusätzlich überdurchschnittlich stark gewachsenen Bevölkerungszahl (+6.9% in den fünf Jahren 2012-2017) ist der Kanton daher im Ressourcenindex während der letzten fünf Jahre deutlich nach unten gerutscht und erhält damit auch in den kommenden Jahren steigende Beiträge aus dem Finanzausgleich. Die Finanzkraft des Kantons liegt insgesamt deutlich unter dem Durchschnitt, was etwa hälftig auf die tiefe steuerliche Ausschöpfung und ein unterdurchschnittliches Ressourcenpotenzial zurückzuführen ist.

## Pflege

Der Kanton Aargau sowie insbesondere die Stadt Aarau gehen jeweils von einer der Fallentwicklung entsprechenden Kostenzunahme aus. Die Kantonsregierung plant eine Teilrevision des Pflegegesetzes zur Stärkung der ambulanten Versorgung in der Langzeitpflege (mehr ambulante Versorgung bei tiefen Pflegebedarfsstufen). Die allgemeine Zunahme der Pflegefälle wird dabei über die nächsten vier Jahre gemäss unserer Prognose mit 4.1% deutlich stärker ausfallen als im Schweizer Durchschnitt (3.3%). Dies betrifft auch die Gemeinden stark, welche im Aargau zu 100% für die Restfinanzierung der Pflegeheime aufkommen müssen. Kanton und Gemeinden geben heute im ambulanten und stationären Bereich der Langzeitpflege sowohl pro Kopf als auch pro Fall (Spitex-KlientInnen bzw. BewohnerInnen der Pflege- und Altersheime) deutlich weniger aus als der Schweizer Durchschnitt.

Mit der erstaunlichen Annahme eines Rückgangs der Pfl egetage für tiefe Pflegestufen im Jahr 2019 geht der AFP für die Folgejahre von einer praktisch gleichläufigen Zunahme der Pfl egetage für hohe und tiefe Pflegestufen aus. Diese Zunahme beläuft sich allerdings nur auf je knapp über 1% pro Jahr, was weit unter der SGB-Prognose für die Fallzunahme liegt (4.1% pro Jahr).

## Bildung

Der Kanton Aargau budgetiert weitgehend eine der Entwicklung der Schülerzahlen entsprechende Zunahme der Bildungsausgaben. Die Regierung plant aber eine Verkürzung der Schuldauer bis zur gymnasialen Matur, wovon sie sich Einsparungen von jährlich 2-4 Mio. verspricht. Zudem plant sie eine Vergrösserung der Abteilungen an den Berufsschulen, was Einsparungen von 2-5 Mio. bringen soll. Weiter soll die "Konkurrenzfähigkeit" der Löhne des Lehrpersonals erhöht werden, was zu Mehrausgaben führen wird. Dabei muss auch aufgeführt

werden, dass der Kanton Aargau gemäss LCH zu den drei Kantonen mit den am wenigsten anforderungsgerechten Löhnen zählt.<sup>1</sup>

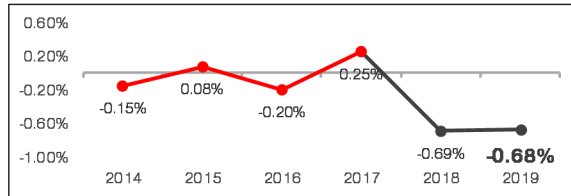
Die für 2019 geplante Ausgabenveränderung beträgt in der obligatorischen Schule 1.9% und ist für die allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen mit -0.8% sogar negativ. Die Zunahme der Anzahl Lernender, wiederum, fällt im Kanton Aargau in der obligatorischen Schule und beruflichen Grundbildung leicht höher und an den Gymnasien/FMS leicht tiefer aus als im Schweizer Durchschnitt. Das Betreuungsverhältnis liegt auf allen drei Schulstufen knapp über dem Schweizer Durchschnitt.

---

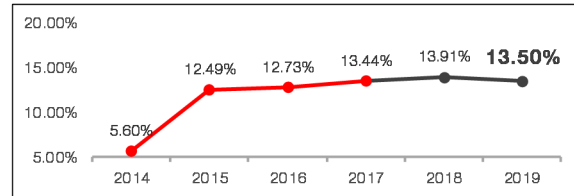
<sup>1</sup> Lohnanalyse 2018, LCH (2018).

# Kanton Appenzell-Innerrhoden

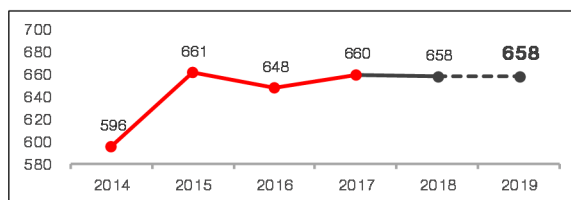
**Struktureller Haushaltssaldo in % des BIP**



**Nettovermögensquote** (Nettovermögen in % des BIP)

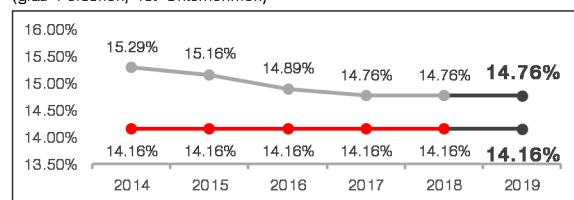


**Gebühren pro Kopf in Franken**

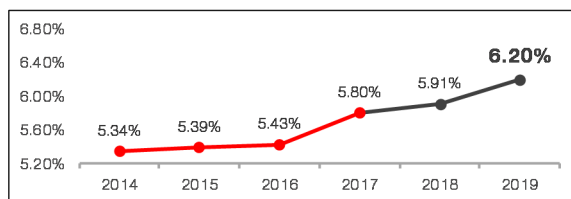


**Entwicklung effektive Steuersätze**

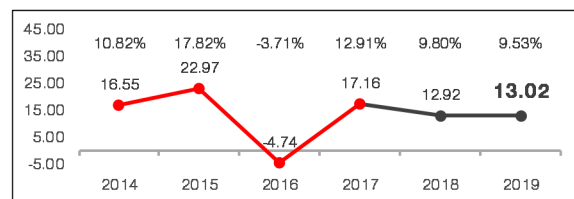
(grau=Personen, rot=Unternehmen)



**Fiskaleinnahmen in % des BIP**



**Fehlbudgetierung in Mio. und %**




**Kennzahlen NFA**

$$\text{Steueraus-schöpfungsindex } 71.6\% \times \text{Ressourcen-index } 88.8\% = \text{Steuerertrags-index } 63.6\%$$

$$\text{Gesamtaus-schöpfungsindex } 86.8\% \times \text{Ressourcen-index } 88.8\% = \text{Finanzkraft-index } 77.1\%$$

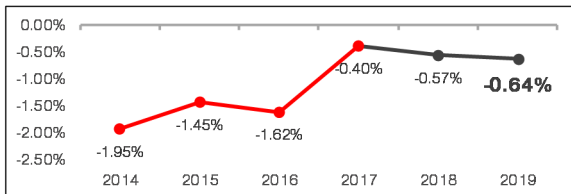
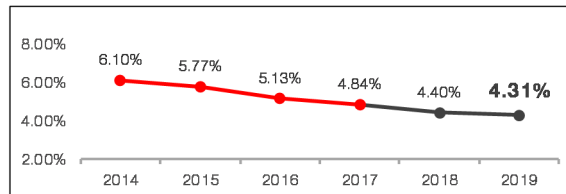
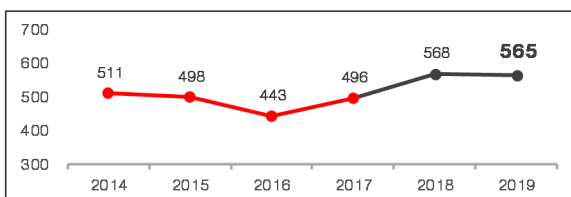
**Versorgungsindikatoren**

	Ausgaben pro Kopf	Ausgaben pro Fall	Kantonsanteil	Betreuungs-verhältnis	Jährliche Fallentwicklung bis 2022
 <b>Pflege</b>					
Alters- und Pflegeheime	243	15'876	100%	1.73	2.84%
Ambulante Pflege	106	6'278	100%	11.31	

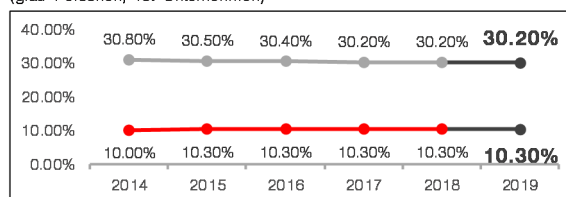
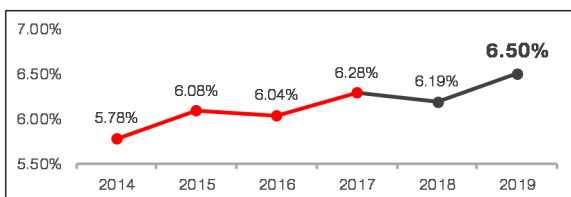
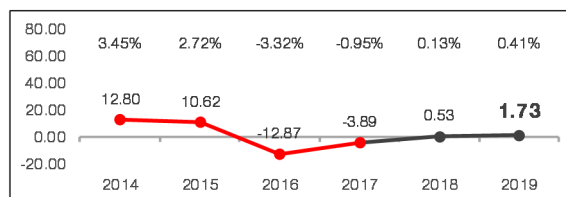
 **Bildung**

Obligatorische Schule	1'614	14'312	9%	12.79	1.64%
Allgemeinbildende Schule	503	52'908	77%	8.27	-5.25%
Berufliche Grundbildung	203	7'351	100%	23.00	0.00%

# Kanton Appenzell-Ausserrhoden

**Struktureller Haushaltssaldo in % des BIP**

**Nettovermögensquote (Nettovermögen in % des BIP)**

**Gebühren pro Kopf in Franken**

**Entwicklung effektive Steuersätze**



(grau=Personen, rot=Unternehmen)


**Fiskaleinnahmen in % des BIP**

**Fehlbudgetierung in Mio. und %**

**Kennzahlen NFA**

$$\text{Steueraus-schöpfungsindex } 93.1\% \times \text{Ressourcen-index } 85.3\% = \text{Steuerertrags-index } 79.4\%$$

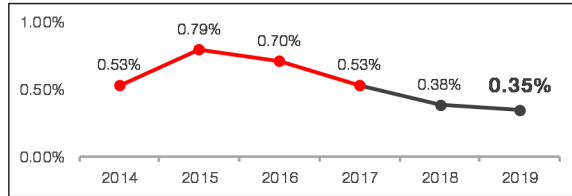
$$\text{Gesamtaus-schöpfungsindex } 99.9\% \times \text{Ressourcen-index } 85.3\% = \text{Finanzkraft-index } 85.2\%$$

**Versorgungsindikatoren**

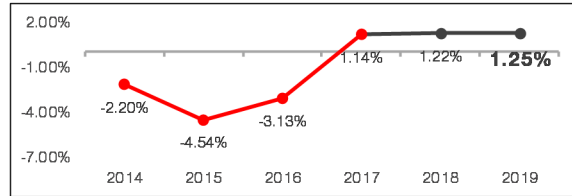
		Ausgaben pro Kopf	Ausgaben pro Fall	Kantonsanteil	Betreuungs- verhältnis	Jährliche Fallentwicklung bis 2022
 Pflege						
Alters- und Pflegeheime	226	7'436	5%	2.00	3.08%	
Ambulante Pflege	60	3'349	3%	10.55		
 Bildung						
Obligatorische Schule	1'842	17'664	19%	14.23	2.47%	
Allgemeinbildende Schule	220	32'926	100%	10.99	-2.33%	
Berufliche Grundbildung	187	10'534	100%	26.22	-2.12%	

## Kanton Bern (mit Erläuterungen)

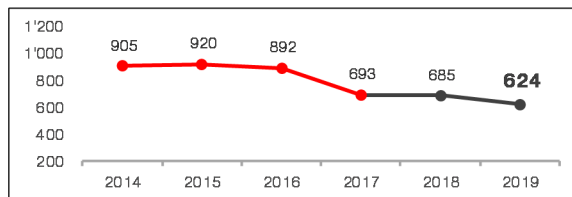
**Struktureller Haushaltssaldo in % des BIP**



**Nettovermögensquote** (Nettovermögen in % des BIP)

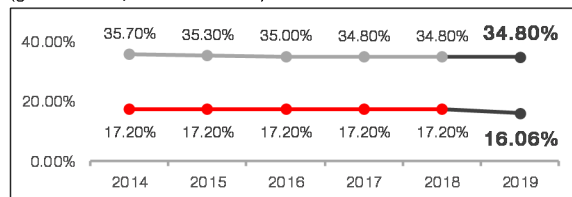


**Gebühren pro Kopf in Franken**

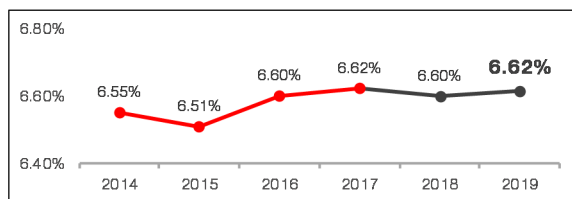


**Entwicklung effektive Steuersätze**

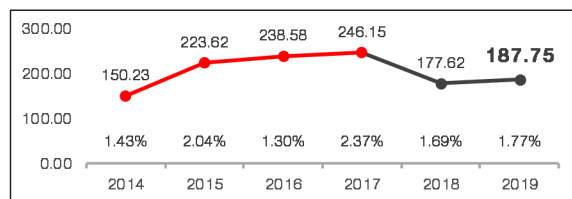
(grau=Personen, rot=Unternehmen)



**Fiskaleinnahmen in % des BIP**



**Fehlbudgetierung in Mio. und %**




**Kennzahlen NFA**

$$\text{Steueraus-schöpfungsindex } 114.9\% \times \text{Ressourcen-index } 76.6\% = \text{Steuerertrags-index } 88.0\%$$

$$\text{Gesamtaus-schöpfungsindex } 130.0\% \times \text{Ressourcen-index } 76.6\% = \text{Finanzkraft-index } 99.6\%$$

**Versorgungsindikatoren**

	Ausgaben pro Kopf	Ausgaben pro Fall	Kantonsanteil	Betreuungsverhältnis	Jährliche Fallentwicklung bis 2022
 <b>Pflege</b>					
Alters- und Pflegeheime	195	8'226	100%	1.48	3.11%
Ambulante Pflege	113	3'193	99%	12.90	

 **Bildung**

Obligatorische Schule	1'559	15'351	51%	14.63	1.92%
Allgemeinbildende Schule	199	27'786	98%	10.41	0.69%
Berufliche Grundbildung	408	12'775	100%	25.95	-0.05%

## Allgemeine Einschätzung

Der Kanton Bern hat das harmonisierte Rechnungslegungsmodell HRM2 erst 2017 vollständig eingeführt. Aufgrund diesbezüglicher fachlicher Differenzen zwischen Verwaltung und Finanzkontrolle liegt die definitive Rechnung 2017 erst mit Verspätung im November 2018 vor. Das Rechnungsergebnis wird dabei neu einen knapp negativen Saldo ausweisen. Die Umstellung auf HRM2 macht sich insbesondere auch in der veränderten Vermögensbewertung bemerkbar, weshalb zwischen 2015 und 2017 auch die vom SGB berechnete Nettovermögensquote sprunghaft steigt. Während diese zuvor noch stark negativ war (d.h. netto kein Eigenkapital ausgewiesen wurde), ist sie ab 2017 knapp positiv.

Der Voranschlag 2019 des Kantons sieht für 2019 einen Finanzierungssaldo von 7 Mio. und einen Saldo in der Erfolgsrechnung von 88 Mio. vor. Auch im Aufgaben- und Finanzplan 2020-2022 werden positive Saldi erwartet. Der strukturelle Haushaltssaldo ist jedoch seit 2015 am Sinken und wird auch im kommenden Jahr weiter fallen. Dies unter anderem aufgrund der Steuergesetzrevision 2019, über welche die Bevölkerung November 2018 befindet (deren Auswirkungen sind in den Planzahlen jedoch bereits enthalten). Die Revision sieht eine schrittweise Senkung des maximalen Unternehmenssteuersatzes von derzeit 21.64% auf 20.20% bereits im Jahr 2019 und auf 18.71% im Jahr 2020 vor. Die Mindereinnahmen der Revision werden ab 2020 auf 103 Mio. geschätzt.

Nicht in den Planzahlen enthalten ist die von der Regierung für 2021 geplante zweite Revision der Unternehmenssteuern – welche allerdings nur im Falle einer Annahme des ersten Pakets aktuell würde. Bei dieser würden neuerliche Steuermindereinnahmen von 50 bis 100 Mio. vorgeschlagen, was den strukturellen Saldo weiter verschlechtern würde. Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der darauf wohl zwangsläufig folgenden neuen Sparpakete sind für den Kanton Bern nicht zu unterschätzen. Dies auch deshalb, weil Bern einer der wenigen Kantone ist, dessen öffentliche Dienstleistungen (öffentliche Verwaltung, Gesundheits- und Sozialwesen, Bildung) gemäss BFS den deutlich wichtigsten Wirtschaftszweig bilden.<sup>2</sup>

Ebenfalls nur als Risiko aufgeführt und damit nicht in den Planzahlen enthalten ist die auf Bundesebene diskutierte Reform des Nationalen Finanzausgleichs. Der darin angestrebte Systemwechsel zu einer höheren garantierten Mindestausstattung im Ressourcenausgleich würde für den Kanton Bern zu geschätzten jährlichen Mindererträgen von 150 Mio. führen. Und ein dritter Bereich, der aus dem AFP ausgeklammert wurde, ist die Finanzierung des zukünftigen Investitionsbedarfs. Dieser steigt gemäss Regierung spätestens ab 2022 insbesondere für Bauprojekte im Bildungs- und Gesundheitsbereich stark an.

Weiter plant die Regierung die vom Kanton schon länger eingesetzten 0.3 Lohnprozente zur Verringerung strukturell bedingter Gehaltsrückstände aufzuheben. Dabei muss angeführt werden, dass der Kanton Bern gemäss Lohnanalyse des LCH zu den drei Kantonen mit den am wenigsten anforderungsgerechten Löhnen zählt und auch bezüglich des Erhalts der Kaufkraft schlecht abschneidet. Gemäss Voranschlag und AFP soll zudem weiter Personal abgebaut werden, insbesondere in der Zentralverwaltung.

Zu den NFA-Indikatoren gilt es zu sagen, dass Bern sein tiefes Ressourcenpotenzial nur durch die relativ hohe Steuerausschöpfung teilweise wettmachen kann und damit im Steuerertragsindex 88% erreicht. Bei der Gesamtausschöpfung schaut es, hauptsächlich aufgrund der Zahlungen aus dem Finanzausgleich, deutlich besser aus. Weil Bern im

---

<sup>2</sup> Siehe "Bruttowertschöpfung pro Kanton und Aktivitäten", Bundesamt für Statistik (2017)

Ressourcenindex seit 2014 allerdings stetig zugelegt hat, ist für die Zukunft (zusätzlich zu den Auswirkungen der oben erwähnten Revision des NFA) mit sinkenden Zahlungen aus dem Ressourcenausgleich zu rechnen.

## **Pflege**

Auch im Kanton Bern tragen die Gemeinden sämtliche Restkosten der ambulanten und stationären Langzeitpflege. Die Abgeltungshöhe ist dabei aber in beiden Bereichen über vom Kanton definierte Normkosten vorgegeben.

Für die gesamte Langzeitpflege geht der SGB bis 2022 von einer jährlichen Zunahme der Fallzahlen von 3.11% aus. Verglichen damit erstaunt es, dass der Kanton für den Spitexbereich mit einem "minimalen Mengenwachstum" von 2% rechnet. Dies deshalb, weil der Grundsatz "ambulant vor stationär" im Kanton Bern vorangetrieben wird und man deshalb für den (ambulanten) Spitexbereich von einer Fallzunahme von deutlich über 3% ausgehen müsste. Entsprechend hoch sollte die öffentliche Hand die jährlichen Zusatzausgaben budgetieren. Bei der Patientenbeteiligung für die Spitex besteht dafür kein Raum mehr nach oben, da diese im Rahmen des vergangenen Entlastungspakets bereits auf die maximal zulässigen 15.95 Fr. pro Tag erhöht wurden. In der Langzeitpflege geht der Kanton von einer steigenden durchschnittlichen Pflegeeinstufung aus, was die logische Folge der Strategie "ambulant vor stationär" ist: Leichte Fälle sollen vermehrt zu Hause betreut werden.

Sowohl die Ausgaben pro Kopf als auch die Ausgaben pro Fall sind im Kanton Bern im schweizweiten Vergleich unterdurchschnittlich. Dabei ist das Betreuungsverhältnis in der ambulanten Pflege leicht schlechter, jenes in den Pflegeheimen aber dennoch besser als im Durchschnitt.

## **Bildung**

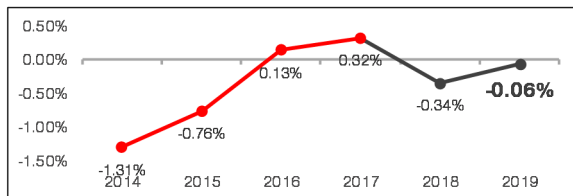
Der Kanton Bern und seine Gemeinden finanzieren die obligatorische Schule je hälftig, wobei das Betreuungsverhältnis (Anzahl Lernende pro Lehrperson) in etwa dem Schweizer Durchschnitt entspricht. In der allgemeinbildenden Schule ist das Betreuungsverhältnis leicht besser und in der beruflichen Grundbildung leicht schlechter als im Durchschnitt (was jeweils auch mit entsprechend höheren, bzw. tieferen Fallausgaben korreliert).

Die Prognose des BFS zur Entwicklung der Schülerzahlen zeigt für Bern in allen vier Planjahren ein deutlich überdurchschnittliches Wachstum in der obligatorischen Schule (+1.92% pro Jahr), jedoch ein tieferes Wachstum auf Stufe Gymnasium/FMS und sogar einen leichten Rückgang in der beruflichen Grundbildung. Aufgrund der insgesamt deutlichen Zunahme ist jedoch die im AFP getroffene Annahme einer konstanten Anzahl an Lehrkräften eher irritierend. Hinzu kommt, dass sich trotz der steigenden Ausgaben auf fast allen Bildungsstufen ab 2020 auch die Kürzungen des beschlossenen Sparpakets bemerkbar machen werden. Im Bildungsbereich betrifft dies z.B. die Finanzierung der Hochschulen sowie die Brückenangebote.

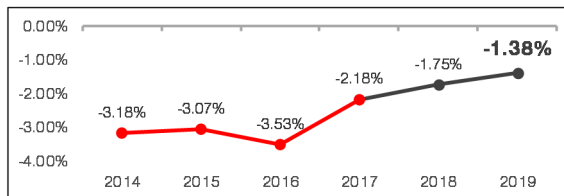


## Kanton Basel-Landschaft (mit Erläuterungen)

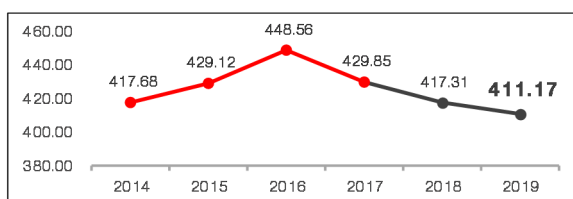
**Struktureller Haushaltssaldo in % des BIP**



**Nettovermögensquote (Nettovermögen in % des BIP)**

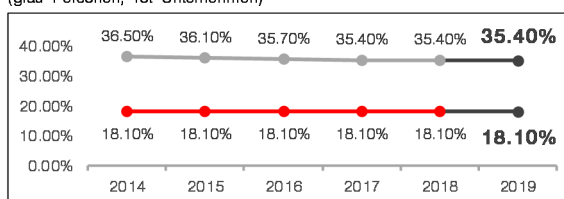


**Gebühren pro Kopf in Franken**

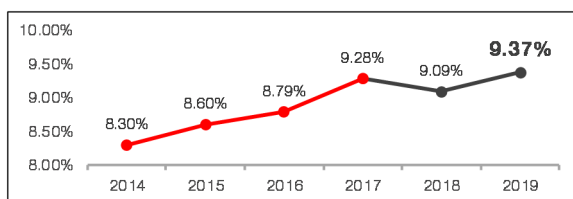


**Entwicklung effektive Steuersätze**

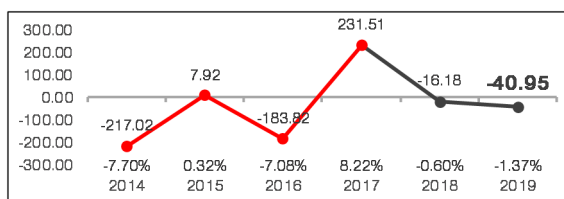
(grau=Personen, rot=Unternehmen)



**Fiskaleinnahmen in % des BIP**



**Fehlbudgetierung in Mio. und %**





**Kennzahlen NFA**

$$\text{Steueraus-schöpfungsindex } 103.9\% \times \text{Ressourcen-index } 96.8\% = \text{Steuerertrags-index } 100.6\%$$

$$\text{Gesamtaus-schöpfungsindex } 88.2\% \times \text{Ressourcen-index } 96.8\% = \text{Finanzkraft-index } 85.4\%$$

**Versorgungsindikatoren**

		Ausgaben pro Kopf	Ausgaben pro Fall	Kantonsanteil	Betreuungs- verhältnis	Jährliche Fallentwicklung bis 2022
<div> Pflege</div>						
Alters- und Pflegeheime	207	13'208	42%	1.57	2.67%	
Ambulante Pflege	92	3'454	0%	11.60		
<div> Bildung</div>						
Obligatorische Schule	1'814	18'138	35%	13.76	1.46%	
Allgemeinbildende Schule	270	18'175	100%	10.68	0.04%	
Berufliche Grundbildung	287	13'966	100%	32.84	0.11%	

## Allgemeine Einschätzung

Nach 10 Jahren praktisch durchgehend negativer Ergebnisse in der Erfolgsrechnung, budgetiert der Kanton Baselland nun für sämtliche Planjahre deutliche Überschüsse – für 2019 sind es knapp 71 Mio. Haupttreiber dieser Prognose sind die aufgrund der konjunkturellen Lage überproportional stark steigenden Steuereinnahmen (trotz leicht sinkender effektiver Steuersätze bei natürlichen Personen). Im (konjunkturbereinigten) strukturellen Saldo äussert sich dieser Effekt dementsprechend weniger, weshalb für 2018 und 2019 ein leicht negativer Saldo resultiert. Allerdings gilt es festzuhalten, dass die Fehlbudgetierung der Baselländer Regierung in den vergangenen Jahren oft massive Ausmasse annahm und zwischen 8% und -7% schwankte (Differenz zwischen tatsächlichem und budgetiertem Finanzierungssaldo).

Zur Umsetzung der Steuervorlage 17 / STAF ist im AFP ein Minderertrag von 29 Mio. ab 2020 vorgesehen. Für 2022 sind zudem Einnahmeausfälle von maximal 30 Mio. für eine, erst noch zu entwerfende, Reform der Einkommens- und Vermögenssteuer eingeplant. Im Personalaufwand des AFP ist abermals kein Teuerungsausgleich vorgesehen (dieser ist lediglich als "Risiko" aufgeführt), der Landrat wird dazu wohl aber in einer separaten Vorlage befinden.

Die Nettovermögensquote des Kantons ist seit der Reform der Basellandschaftlichen Pensionskasse im Jahr 2014 stark negativ, dies jedoch mit stets kleineren Werten. In der Betrachtungsweise der Regierung ist das Eigenkapital stark positiv und der entsprechende Bilanzfehlbetrag wird alternativ mit 55 Mio. jährlich dem ausserordentlichen Aufwand zugerechnet. Die Nettoverschuldung des Kantons ist nach knapp zehn Jahren strukturellen Defizits mit ca. 10'000 Franken pro Kopf auf ein beträchtliches Niveau gewachsen, welches nur noch von den Stadtkantonen Genf und Basel übertroffen wird.

Nach den grossen Ausgabenkürzungen der vergangenen Jahre, plant der Regierungsrat trotz der deutlich besseren Finanzlage die Umsetzung weiterer Sparmassnahmen von gesamthaft 25 Millionen, welche mit der Reduktion von 22 Stellen im Jahr 2019 und weiteren 30 Stellen in den darauffolgenden Planjahren einhergehen. Zurückgenommen werden soll hingegen die im Jahr 2016 gemachte Kürzung der Prämienverbilligungen (der Kantonsanteil an den Prämienverbilligungen lag in Baselland seit dann um ca. 45% unter dem Schweizer Durchschnitt – davor waren es ca. 25%<sup>3</sup>). Die Regierung kündigt zwar die Ablösung der "Entlastungspolitik" durch eine "Entwicklungspolitik" an, hat sich dabei aber durch das im Jahr 2018 revidierte Finanzhaushaltsgesetz (FHG) im Voraus sehr enge Grenzen gesetzt. Das FHG verlangt eine stetige Prüfung der Notwendigkeit und Tragbarkeit sämtlicher staatlicher Aufgaben, welche die Regierung jeweils durch ein interkantonales Benchmarking begleiten will. Das FHG sieht zudem für den Fall einer Verletzung der Haushaltsregel (Schuldenbremse) einseitig proportionale Ausgabenkürzungen vor – eine Bestimmung, die es so in keinem anderen Kanton gibt und die angesichts der Strenge der Baselländer Haushaltsregel<sup>4</sup> besonders einschneidend wirken kann.

## Pflege

Der Kanton Basel-Landschaft überlässt die Restfinanzierung im ambulanten und stationären Bereich der Langzeitpflege seinen Gemeinden, legt aber für die Heime Höchstgrenzen und für die Spitex Normkosten fest. Die Zunahme der Anzahl Pflegefälle fällt für die vier Planjahre im

<sup>3</sup> Siehe "Statistik der Obligatorischen Krankenversicherung", Bundesamt für Gesundheit (2014/2016)

<sup>4</sup> Siehe "Institutional Measurement of Fiscal Rules and Impact on Fiscal Performance: Swiss Empirical Evidences", Nadia Yerly (2014)

schweizweiten Vergleich leicht unterdurchschnittlich aus, liegt aber dennoch bei 2.7% pro Jahr. Das momentane Betreuungsverhältnis liegt sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich leicht unter dem Durchschnitt (d.h. ist leicht besser) – bei deutlich höheren Fallausgaben in den Heimen und deutlich tieferen Fallausgaben in der Spitex. Im Rahmen des neuen Altersbetreuungs- und Pflegegesetzes setzt der Kanton nun auf eine klare Strategie "ambulant vor stationär" (was bis anhin insbesondere die Gemeinden nicht gemacht haben). Diese geht so weit, dass der Kanton in Leistungsvereinbarungen mit Pflegeheimen festlegen kann, ab welchem Pflegebedarf in der Regel eine Aufnahme überhaupt möglich ist. Im Rahmen einer Anschubfinanzierung bis 2021 werden zudem Projekte des betreuten Wohnens finanziell unterstützt.

## **Bildung**

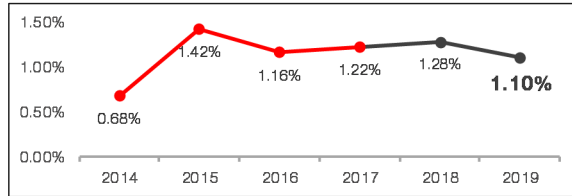
Im AFP fällt auf, dass fast die Hälfte des für die nächsten vier Jahre geplanten Stellenabbaus in der Bildungsdirektion stattfinden soll. Bei Schülerzahlen, die in diesem Zeitraum zwar leicht unterdurchschnittlich, aber dennoch stark steigen werden, stellen sich dabei unweigerlich Fragen des Qualitätsverlusts. Dies trifft umso mehr auf den Stellenplan des Lehrpersonals zu, der für 2019 von einer Zunahme von nur knapp mehr als 1% ausgeht (für das Jahr 2018 waren die Anzahl Vollzeitäquivalente der Lehrpersonen sogar rückläufig angesetzt).

In der Lohnanalyse von LCH schneidet der Kanton Baselland bezüglich anforderungsgerechter Löhne sowie des Erhalts der Kaufkraft ungenügend ab, was sich aufgrund des zunächst nicht budgetierten Teuerungsausgleich in den nächsten Jahren kaum ändern dürfte.

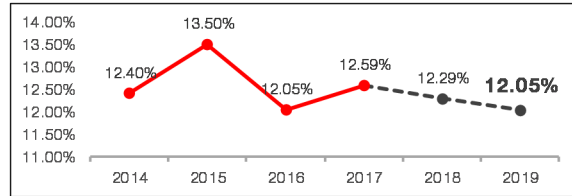
Das heute leicht bessere Betreuungsverhältnis in der Volksschule und auf Stufe Gymnasium/FMS steht im Kontrast zum deutlich schlechteren Verhältnis Lehrende-Lernende in der beruflichen Grundbildung.

## Kanton Basel-Stadt (mit Erläuterungen)

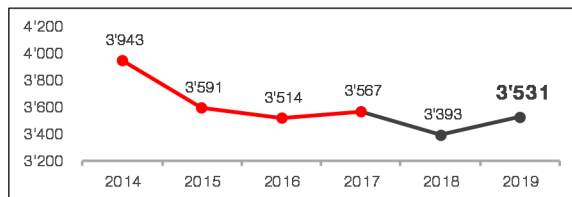
**Struktureller Haushaltssaldo in % des BIP**



**Nettovermögensquote** (Nettovermögen in % des BIP)

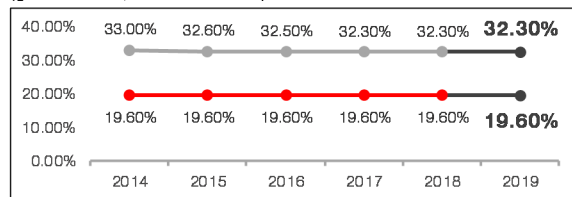


**Gebühren pro Kopf in Franken**

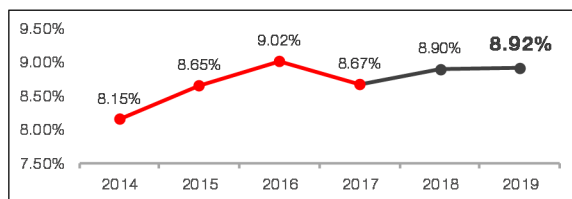


**Entwicklung effektive Steuersätze**

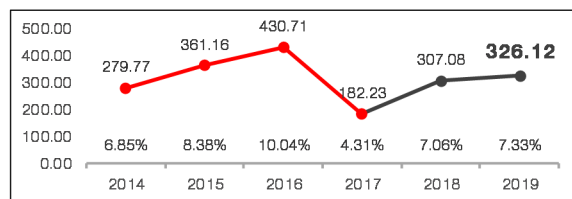
(grau=Personen, rot=Unternehmen)



**Fiskaleinnahmen in % des BIP**




**Fehlbudgetierung in Mio. und %**




**Kennzahlen NFA**



**Versorgungsindikatoren**

	Ausgaben pro Kopf	Ausgaben pro Fall	Kantonsanteil	Betreuungsverhältnis	Jährliche Fallentwicklung bis 2022
 <b>Pflege</b>					
Alters- und Pflegeheime	239	9'705	99%	1.59	1.83%
Ambulante Pflege	159	3'740	75%	10.95	

 <b>Bildung</b>					
Obligatorische Schule	2'451	27'933	92%	12.05	1.87%
Allgemeinbildende Schule	348	25'234	100%	10.46	3.92%
Berufliche Grundbildung	563	16'223	100%	20.87	-0.06%

## Allgemeine Einschätzung

Der Kanton Basel-Stadt budgetiert für das Jahr 2019 einen Überschuss von 121 Millionen. Nach einem für 2018 erwarteten negativen Finanzierungssaldo, soll dieser im Jahr 2019 wieder leicht positiv ausfallen, bei einer entsprechend leicht sinkenden Nettoschuldenquote. Die Nettovermögensquote hat im Jahr 2016 durch die Pensionskassenreform einen Knick nach unten gemacht, ist allerdings im darauffolgenden Jahr bereits wieder auf 12.6% angestiegen. Für die Budgets 2018 und 2019 fehlen dazu die Zahlen, weshalb obenstehend ein stabiles Nettovermögen angenommen wurde. Der Budgetierungsfehler ist im Kanton Basel-Stadt stetig sehr stark positiv (+7% im Durchschnitt der letzten 5 Jahre), weshalb auch die Präzision der budgetierten Abschlüsse jeweils sehr ungewiss ist. In die Berechnung des strukturellen Saldos wurde dies miteinbezogen; Dieser wird trotz Berücksichtigung des positiven Budgetierungsfehlers im Jahr 2019 klar rückläufig sein.

Der Personalbestand wird im Jahr 2019 mit 8533 Stellen (Vollzeitäquivalente) um 148 Stellen höher geplant als derzeit. Das Stellenwachstum liegt dabei etwas über dem erwarteten Bevölkerungswachstum, was u.a. auf die steigenden Schülerzahlen und die damit zusätzlich benötigten Lehrpersonen (+25) zurückzuführen ist. Für das Staatspersonal beantragt der Regierungsrat im Budget den vollen Teuerungsausgleich. Er ist damit von der bisherigen Vorgabe abgerückt, den Teuerungsausgleich erst dann wieder zu gewähren, wenn die Negativteuerung der Vorjahre vollständig kompensiert ist. Begründet wird dies auch mit der arbeitgeberseitigen Konkurrenzsituation auf dem Arbeitsmarkt

Zusammen mit dem Budget wird im Grossen Rat auch ein von bürgerlicher Seite eingebrachtes Budgetpostulat behandelt werden. Dieses fordert ein Einfrieren der Ausgaben auf dem Niveau von 2018. Der Regierungsrat lehnt dieses Postulat ab und präsentiert zu dessen Umsetzung ein, von ihm ebenfalls abgelehntes, Sparpaket in der Höhe von 47 Millionen.

Basel-Stadt ist der Kanton mit der schweizweit mit Abstand höchsten Finanzkraft. Diese gründet primär auf ein Ressourcenpotenzial, das knapp 50% über dem Schweizer Durchschnitt liegt. Gleichzeitig ist aber auch die Steuerauserschöpfung relativ hoch und die Gesamtausschöpfung sogar noch leicht höher. Letzteres lässt sich unter anderem durch die Wirkung des Finanzausgleichs erklären, wo der Kanton im Ressourcenausgleich zwar stark belastet, hingegen im soziodemografischen Lastenausgleich deutlich entlastet wird. Der Kanton gehört so zwar immer noch zu den grössten Nettozahlern, die Belastung pro Kopf beträgt allerdings nur etwa ein Viertel jener des Kantons Zug.

Der Finanzplan 2019-2022 wurde ohne die möglichen Auswirkungen der Steuervorlage 17 / STAF, respektive der damit begründeten kantonalen Vorlage erstellt<sup>5</sup>. Werden die Auswirkungen dieser Reformen miteinbezogen, so rutscht das Gesamtergebnis für die Jahre 2020-2022 ins Negative. Hauptgrund dafür ist die geplante massive Senkung der kantonalen Gewinn- und Kapitalsteuern, welche mit jährlich 200 Mio. zu Buche schlagen würde. Teilweise kompensiert würden diese durch den Bund – über die Erhöhung des Anteils an der direkten Bundessteuer (60 Mio. jährlich), die Anpassung der Modalitäten des Ressourcenausgleichs (Wirkung erst ab 2024, Ausmass unklar) sowie allenfalls die separate Reform des NFA, welche den Kanton Basel-Stadt in ihrer jetzigen Variante um jährlich 20 Mio. entlasten würde.

---

<sup>5</sup> Im Finanzplan inbegriffen ist allerdings eine Erhöhung der Mittel für die Prämienverbilligungen um jährlich 10 Millionen (zusätzlich zur organischen Zunahme von 2.4 Mio. aufgrund der steigenden Prämien und Fallzahlen). Diese ist, zusammen mit einer Senkung des unteren Einkommenssteuersatzes, von der Regierung als soziale Ausgleichsmassnahme zur Unternehmenssteuerreform gedacht.

## **Pflege**

Im Stadtkanton Basel ist es naheliegend, dass der Kanton vollständig für die Restfinanzierung in der ambulanten und stationären Langzeitpflege aufkommt. Der Kanton stellt dabei aber die angefallenen Restkosten der PatientInnen mit Wohnsitz in Riehen und Bettingen diesen Gemeinden in Rechnung.

Im Gegensatz zu den Schülerzahlen (siehe unten), fällt die prognostizierte Zunahme der Pflegefälle (jährlich 1.8% über die nächsten vier Jahre) deutlich moderater aus als im Schweizer Durchschnitt (3.3%). Die für 2019 budgetierten Mehrausgaben für die Pflegeheime liegen mit 2.9% damit klar über der erwarteten Zunahme der Anzahl Pflegefälle. Das Betreuungsverhältnis in der Langzeitpflege ist in Basel-Stadt sowohl in der Spitex als auch in den Heimen besser als im Schweizer Durchschnitt, was erstaunlicherweise gleichzeitig auch für die Fallausgaben gilt.

Aufgrund des Bundesgerichtsurteils zur Übernahme der Kosten der "Mittel und Gegenstände" in der Langzeitpflege, plant der Kanton für die nächsten Jahre Mehrkosten von rund 4 Mio. ein.

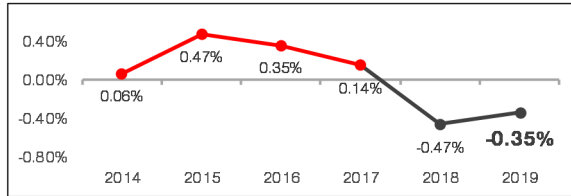
## **Bildung**

Für Lehrpersonen wurden aufgrund der steigenden Schülerzahlen zusätzliche 25 Vollzeitstellen budgetiert, was einem Anstieg von ca. einem Prozent entspricht. Vor dem Hintergrund der aggregierten Zunahme der Schülerzahlen um 1.7% ist dies also eher knapp bemessen. Obwohl das Bevölkerungswachstum des Kantons seit Jahren deutlich unter dem Schweizer Durchschnitt liegt, steigen die Schülerzahlen dennoch deutlich stärker. In der obligatorischen Schule werden laut BFS über die vier Planjahre jährlich 1.9% zusätzliche SchülerInnen erwartet (CH-Durchschnitt: 1.6%), während es an den Gymnasien und Fachmittelschulen gar 3.9% sind (CH-Durchschnitt: 0.9%).

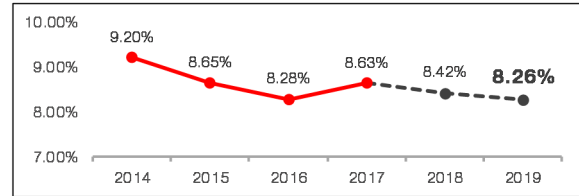
Das Betreuungsverhältnis ist an den Basler Schulen auf sämtlichen Schulstufen besser als im Schweizer Durchschnitt: In der obligatorischen Schule entfallen auf eine Lehrkraft 12 Lernende (CH-Durchschnitt: 14.5), in den allgemeinbildenden Schulen 10.5 (11.5) und auf Stufe der beruflichen Grundbildung 20.9 (23.0). In diesem Fall zeigt sich deutlich, dass das bessere Betreuungsverhältnis auf eine deutlich grosszügigere Finanzierung zurückzuführen ist: Die Ausgaben pro SchülerIn sind auf sämtlichen Stufen höher als im Schweizer Durchschnitt.

## Canton de Fribourg

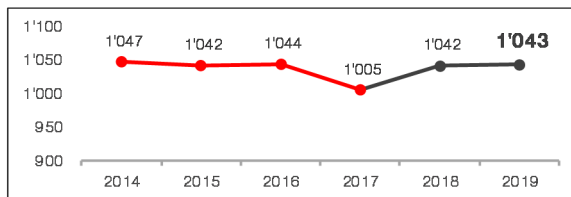
**Solde structurel en % du PIB**



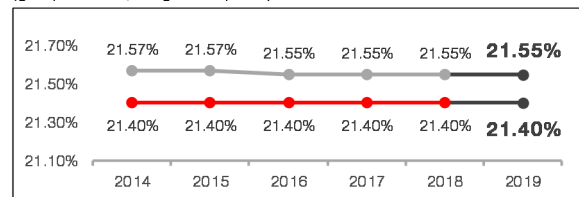
**Taux de fortune nette (en % du PIB)**



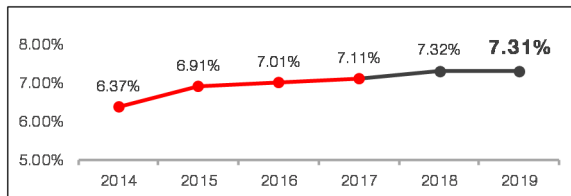
**Taxes et émoluments par personne en francs**



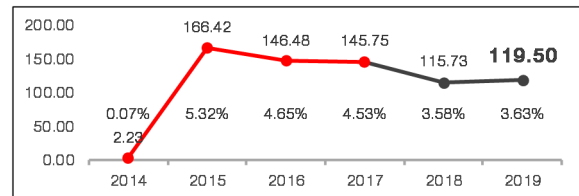
**Développement des taux d'imposition effectifs**  
(gris=personnes, rouge=entreprises)



**Recettes fiscales en % du PIB**



**Erreur budgétaire en millions et %**





**Indicateurs PFN**

$$\text{Indice de l'exploitation fiscale } 105.5\% \times \text{Indice de ressources } 79.9\% = \text{Indice de rendement fiscal } 84.3\%$$

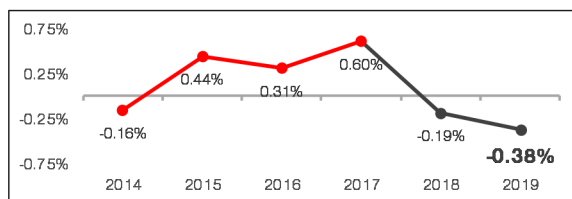
$$\text{Indice de l'exploitation totale } 123.3\% \times \text{Indice de ressources } 79.9\% = \text{Indice de capacité financière } 98.5\%$$

**Indicateurs d'approvisionnement**

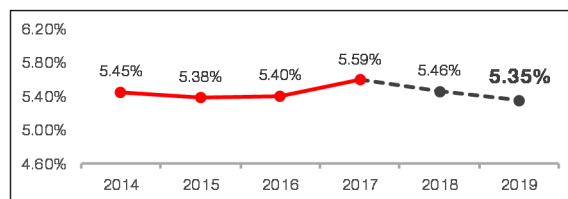
	Dépenses par tête	Dépenses par cas	Quote-part cantonale	Taux d'encadrement	Développement annuel des cas jusqu'à 2022
 Soins					
Homes et EMS	374	26'220	36%	1.36	4.00%
Soins ambulatoires	124	3'063	25%	23.15	
 Formation					
Scolarité obligatoire	1'694	13'504	35%	14.99	1.16%
Écoles de formation générale	314	19'906	100%	11.53	1.38%
Formation professionnelle initiale	353	15'344	91%	18.35	0.36%

## Canton de Genève (avec explications)

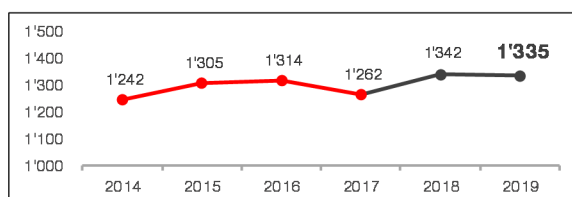
### Solde structurel en % du PIB



### Taux de fortune nette (en % du PIB)

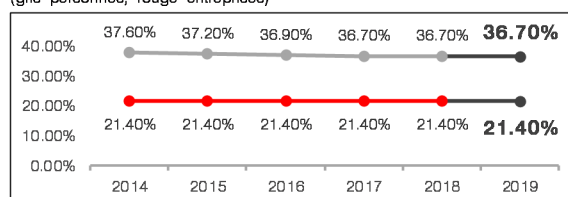


### Taxes et émoluments par personne en francs

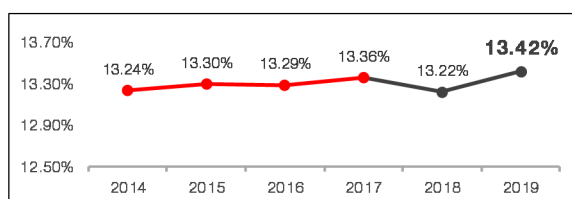


### Développement des taux d'imposition effectifs

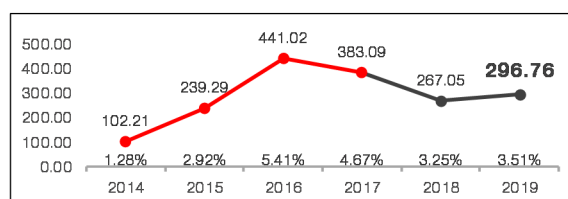
(gris=personnes, rouge=entreprises)



### Recettes fiscales en % du PIB





### Erreur budgétaire en millions et %



### Indicateurs PFN



### Indicateurs d'approvisionnement

					Dépenses par tête	Dépenses par cas	Quote-part cantonale	Taux d'encadrement	Développement annuel des cas jusqu'à 2022
 Soins									
Homes et EMS		253	24'490	100%	2.07	2.77%			
Soins ambulatoires		343	9'417	100%	9.20				
 Formation									
Scolarité obligatoire		1'806	18'062	82%	13.35	1.20%			
Écoles de formation générale		433	16'205	100%	11.91	0.49%			
Formation professionnelle initiale		348	19'480	100%	9.92	0.21%			



## Évaluation générale

Le Conseil d'État a présenté un budget avec un déficit de fonctionnement de 89 millions (contre 187 millions pour l'année en cours). La hausse des charges sera de 1,8 %, alors que les revenus augmenteront de 3,1 %. Pour 2020, le plan financier prévoit un résultat net davantage dans le rouge, mais des excédents à partir de 2021. Ces résultats ne seront pas envisageables sans la mise en œuvre de nouvelles mesures d'économie, proposées par le gouvernement sur la base d'un « équilibre des efforts ». Il est pourtant évident que les principales économies devraient peser sur le dos de la fonction publique, dont les suivantes : suspension de l'octroi de l'annuité en 2019 et 2021 (81 millions), non-indexation des salaires durant toute la période de la planification financière (153 millions) et engagement de nouveaux collaborateurs et collaboratrices deux classes de salaire en dessous pendant deux ans (36 millions). Du côté des revenus, le gouvernement vise, entre autres, à quadrupler le montant de la taxe individuelle, l'impôt payé par environ le tiers des contribuables les moins fortunés.

Malgré l'amélioration du résultat net en 2019, le solde structurel baissera encore plus, ce qui est dû au bon développement de la conjoncture (qui exigerait un résultat des comptes d'autant plus fort). Le taux de fortune nette est difficile à estimer, puisque le gouvernement ne présente pas de chiffres pour le capital propre du canton. En supposant un capital propre stable, le taux de fortune nette diminuerait légèrement. Prenant pourtant en compte l'erreur budgétaire, qui a toujours été positive ces dernières années, on pourrait s'attendre à un taux de fortune (ainsi qu'un résultat net) supérieur aux prévisions.

En outre, il est remarquable que l'on établisse la planification financière en excluant les possibles effets du Projet fiscal 17 / RFFA sur le budget du canton. N'ayant pas encore finalisé de projet cantonal de réforme, le Conseil d'État a toutefois déjà indiqué un risque de baisse de revenu de 350 millions dès 2020, à cause des projets fiscaux au niveau de la Confédération et du canton.

Concernant son positionnement dans la péréquation financière, Genève a perdu presque neuf points depuis 2014 dans l'indice des ressources. C'est la conséquence du fait que le potentiel de ressources du canton n'a augmenté que de 10,7 % pendant cette période, contre 17,6 % pour toute la Suisse. Le canton de Genève reste toutefois le 5<sup>e</sup> plus grand contributeur net (mesuré en contributions par tête), recevant environ 100 millions de compensations des charges, mais versant environ 400 millions pour la péréquation des ressources.

## Soins

En ce qui concerne le taux d'encadrement, Genève se situe au-dessus de la moyenne suisse dans les EMS et homes (c'est à dire avec légèrement plus de patient[e]s par infirmière), mais nettement au-dessous de la moyenne dans les soins ambulatoires. Les dépenses par cas sont toutefois plus de deux fois supérieures à la moyenne suisse pour les deux secteurs (la raison de cette énorme différence reste à analyser).

L'effet de la décision du Tribunal administratif fédéral sur le financement des moyens et appareils est déjà pris en compte dans le budget 2018 mis à jour avec une hausse des charges de 17,7 millions. Pour 2018, le gouvernement ne prévoit pourtant aucune augmentation des indemnités aux institutions de soins à domicile, bien que le calcul fait par l'USS de l'évolution des cas de soins de longue durée (ambulatoires et stationnaires) prévoit une augmentation de 2,8 % pour les quatre années à venir. Y contribue une hausse de la participation des patient(e)s aux soins à domicile de 8 à 10 francs par jour (c'est-à-dire +730 francs par an), ce qui pèse notamment sur la

population économiquement fragile. Mais malgré cette augmentation de la participation directe, les fonds prévus pour les soins à domicile ne vont pas suffire pour faire face à la croissance (démographique) du nombre des cas ; cela, d'autant moins qu'en parallèle, les EMS devraient même recevoir en 2019 4 millions de moins qu'en 2018 (ce qui est la conséquence d'une politique « ambulatoire avant stationnaire »). En ce qui concerne le financement résiduel des soins, ce « déficit démographique » de financement ne va de toute façon pas être compensé par les communes, étant donné qu'à Genève, de par la loi, c'est le canton qui prend en charge 100 % des coûts résiduels.

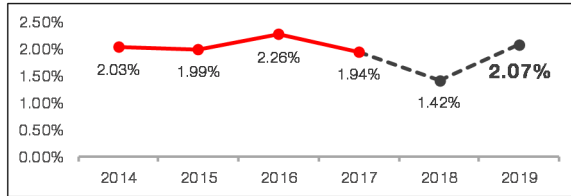
## **Formation**

La hausse du nombre d'élèves dans les écoles obligatoires du canton de Genève sera de 1,2 % par an pour la période de la planification financière, et donc légèrement en dessous de la moyenne suisse (ce qui vaut également pour les lycées et les Écoles de culture générale, les ECG). Pour la formation professionnelle initiale, on peut toutefois s'attendre à une croissance plus marquée que la moyenne suisse, même si, avec annuellement 0,2 %, elle reste largement en dessous de celle des écoles obligatoires. La hausse prévue par le Conseil d'État du nombre des enseignant-es – de 6 231 en 2018 à 6 291 en 2019 (en équivalents plein temps) – correspond exactement à l'augmentation annuelle du nombre d'élèves pour les trois niveaux scolaires (0,95 %).

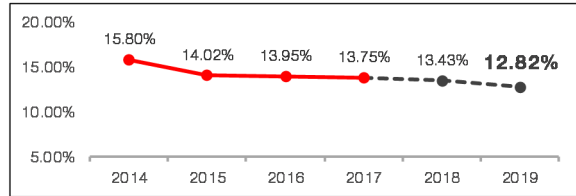
Le taux d'encadrement du canton de Genève est meilleur – par rapport à la moyenne suisse – dans la scolarité obligatoire, légèrement moins bon dans les lycées et les ECG, et bien moins bon dans la formation professionnelle initiale. Ces relations ne se reflètent pourtant pas entièrement dans le niveau de dépenses par élève, étant donné que ce dernier est presque deux fois plus élevé dans la formation professionnelle initiale.

# Kanton Glarus

## Struktureller Haushaltssaldo in % des BIP\*

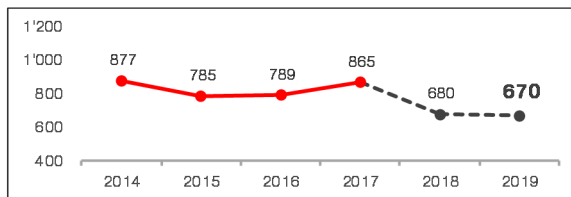


## Nettovermögensquote\* (Nettovermögen in % des BIP)



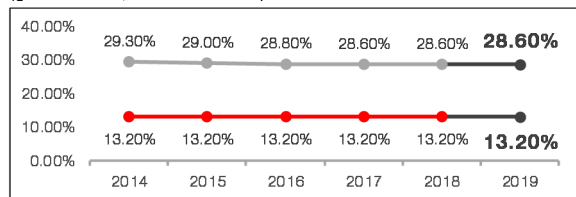
\*Bisher publizierte Budgetzahlen rudimentär, gewisse Werte daher auf der Basis des Finanzplans aus dem Jahr 2018 hochgerechnet.

## Gebühren pro Kopf in Franken\*

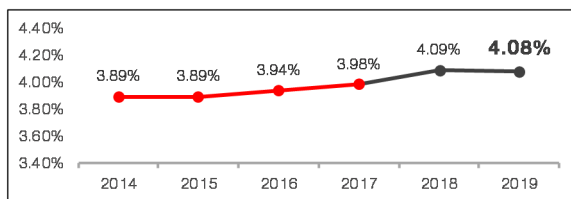


## Entwicklung effektive Steuersätze

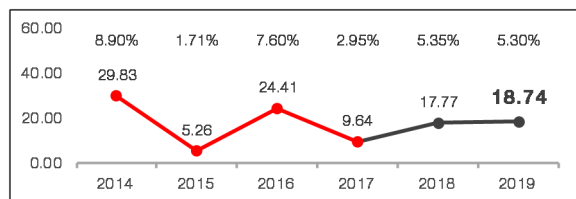
(grau=Personen, rot=Unternehmen)



## Fiskaleinnahmen in % des BIP



## Fehlbudgetierung in Mio. und %





## Kennzahlen NFA

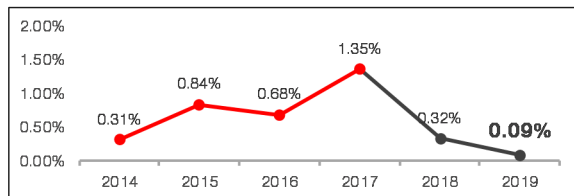
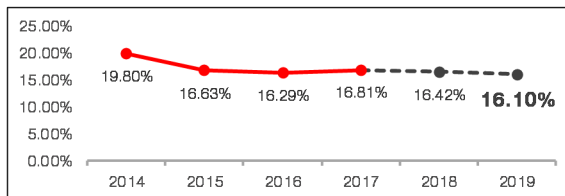
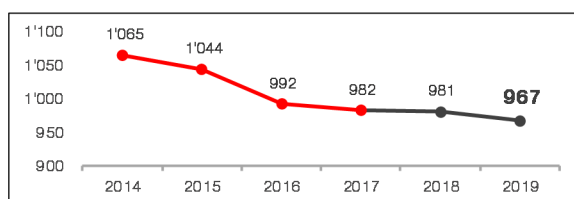
$$\text{Steuerschöpfungsindex } 83.1\% \times \text{Ressourcenindex } 71.2\% = \text{Steuerertragsindex } 59.2\%$$

$$\text{Gesamtausschöpfungsindex } 114.0\% \times \text{Ressourcenindex } 71.2\% = \text{Finanzkraftindex } 81.2\%$$

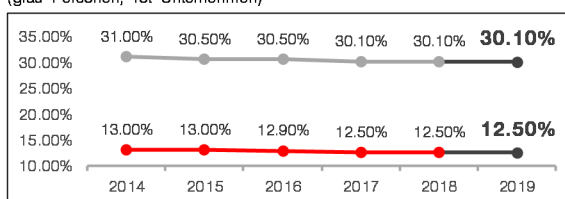
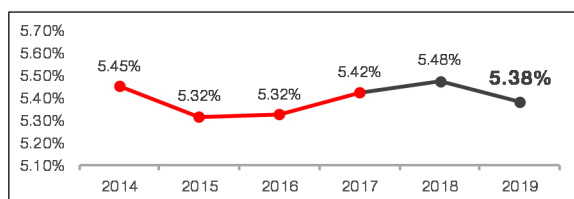
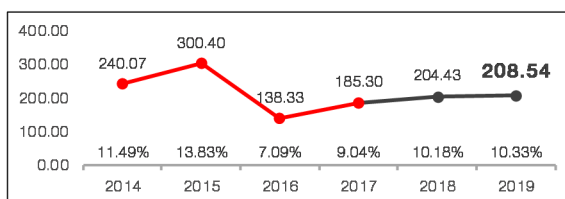
## Versorgungsindikatoren

		Ausgaben pro Kopf	Ausgaben pro Fall	Kantonsanteil	Betreuungs- verhältnis	Jährliche Fallentwicklung bis 2022
<div> Pflege</div>						
Alters- und Pflegeheime	156	6'722	15%	2.44	3.31%	
Ambulante Pflege	44	2'020	5%	15.52		
<div> Bildung</div>						
Obligatorische Schule	1'629	15'950	7%	13.46	1.53%	
Allgemeinbildende Schule	320	56'478	100%	8.24	0.89%	
Berufliche Grundbildung	219	8'480	100%	23.55	-0.49%	

# Kanton Graubünden

**Struktureller Haushaltssaldo in % des BIP**

**Nettovermögensquote (Nettovermögen in % des BIP)**

**Gebühren pro Kopf in Franken**

**Entwicklung effektive Steuersätze**



(grau=Personen, rot=Unternehmen)


**Fiskaleinnahmen in % des BIP**

**Fehlbudgetierung in Mio. und %**

**Kennzahlen NFA**

$$\text{Steueraus-schöpfungsindex } 103.0\% \times \text{Ressourcen-index } 83.3\% = \text{Steuerertrags-index } 85.8\%$$

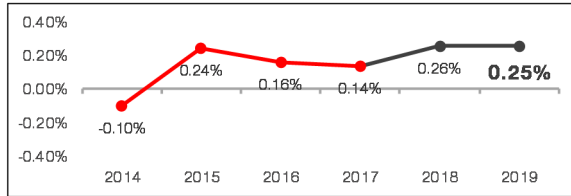
$$\text{Gesamtaus-schöpfungsindex } 143.0\% \times \text{Ressourcen-index } 83.3\% = \text{Finanzkraft-index } 119.1\%$$

**Versorgungsindikatoren**

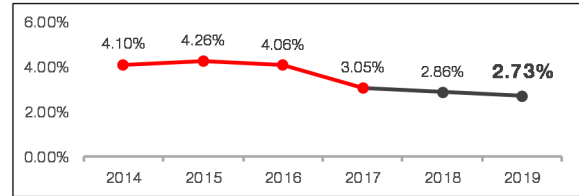
		Ausgaben pro Kopf	Ausgaben pro Fall	Kantonsanteil	Betreuungs- verhältnis	Jährliche Fallentwicklung bis 2022
<div> Pflege</div>						
Alters- und Pflegeheime	210	10'039	35%	1.61	3.56%	
Ambulante Pflege	91	4'033	52%	11.38		
<div> Bildung</div>						
Obligatorische Schule	1'638	16'920	23%	12.53	0.85%	
Allgemeinbildende Schule	304	40'222	100%	10.04	-1.89%	
Berufliche Grundbildung	328	12'049	51%	30.80	-2.14%	

## Canton du Jura

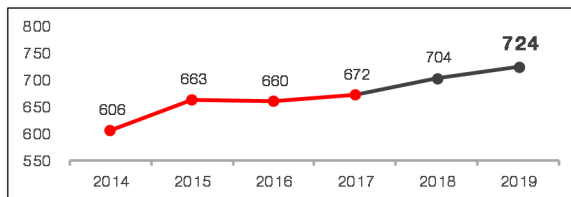
**Solde structurel en % du PIB**



**Taux de fortune nette (en % du PIB)**

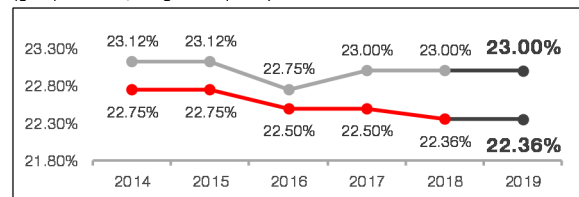


**Taxes et émoluments par personne en francs**

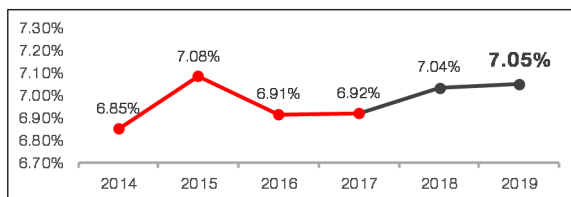


**Développement des taux d'imposition effectifs**

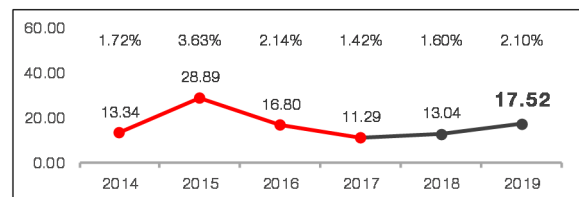
(gris=personnes, rouge=entreprises)



**Recettes fiscales en % du PIB**



**Erreur budgétaire en millions et %**





**Indicateurs PFN**

$$\text{Indice de l'exploitation fiscale } 125.6\% \times \text{Indice de ressources } 65.2\% = \text{Indice de rendement fiscal } 81.9\%$$

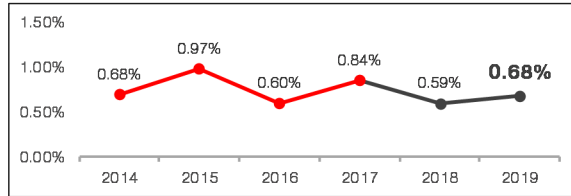
$$\text{Indice de l'exploitation totale } 162.0\% \times \text{Indice de ressources } 65.2\% = \text{Indice de capacité financière } 105.6\%$$

**Indicateurs d'approvisionnement**

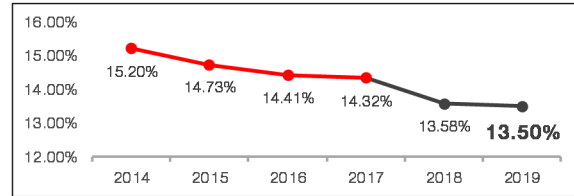
	Dépenses par tête	Dépenses par cas	Quote-part cantonale	Taux d'encadrement	Développement annuel des cas jusqu'à 2022
 Soins					
Homes et EMS	108	7'528	100%	1.42	3.31%
Soins ambulatoires	158	3'215	92%	13.10	
 Formation					
Scolarité obligatoire	1'687	14'551	35%	13.99	0.39%
Écoles de formation générale	336	28'733	100%	9.46	-1.37%
Formation professionnelle initiale	400	12'856	99%	14.80	-0.99%

## Kanton Luzern (mit Erläuterungen)

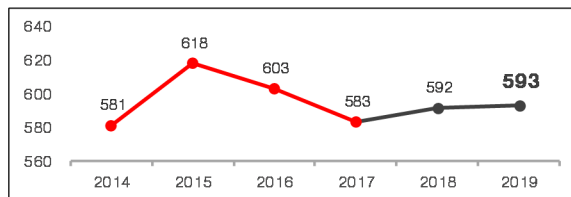
### Struktureller Haushaltssaldo in % des BIP



### Nettovermögensquote (Nettovermögen in % des BIP)

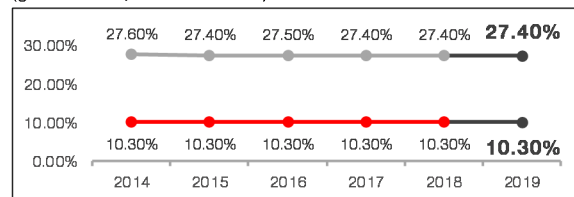


### Gebühren pro Kopf in Franken

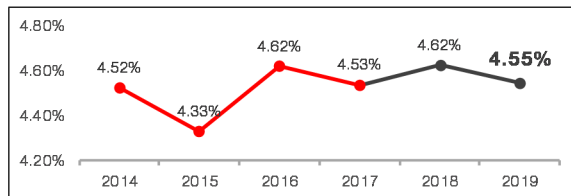


### Entwicklung effektive Steuersätze

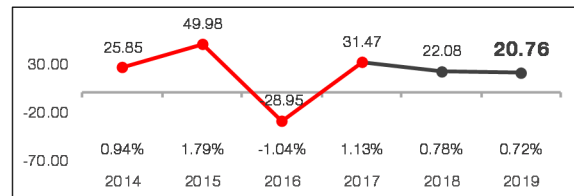
(grau=Personen, rot=Unternehmen)



### Fiskaleinnahmen in % des BIP



### Fehlbudgetierung in Mio. und %




### Zahlen NFA

$$\text{Steueraus-schöpfungsindex } 79.5\% \times \text{Ressourcen-index } 89.0\% = \text{Steuerertrags-index } 70.7\%$$

$$\text{Gesamtaus-schöpfungsindex } 89.4\% \times \text{Ressourcen-index } 89.0\% = \text{Finanzkraft-index } 79.6\%$$

### Versorgungsindikatoren

	Ausgaben pro Kopf	Ausgaben pro Fall	Kantonsanteil	Betreuungs-verhältnis	Jährliche Fallentwicklung bis 2022
 Pflege					
Alters- und Pflegeheime	260	13'434	0%	1.59	3.52%
Ambulante Pflege	66	2'371	0%	13.33	

### Bildung

Obligatorische Schule	1'695	16'290	29%	14.11	1.48%
Allgemeinbildende Schule	266	30'743	70%	9.88	0.23%
Berufliche Grundbildung	194	5'263	101%	42.51	-0.91%

## Allgemeine Einschätzung

Der AFP 2019-2022 sieht für das Jahr 2019 in der Erfolgsrechnung zunächst einen Aufwandüberschuss von 26 Mio. vor. Für die beiden folgenden Jahre wird mit Ertragsüberschüssen gerechnet. Nachdem der Kanton viele Jahre lang eine Politik der Ausgabenkürzungen betrieben hat, sind es nun fast ausschliesslich Mehreinnahmen, die zu diesen positiven Plansaldi beitragen sollen. Durch die Umsetzung der Steuervorlage 17 / STAF erwartet die Regierung 33 Mio. Mehreinnahmen (Erhöhung des kantonalen Anteils an der direkten Bundessteuer). Die kantonale Anschlussgesetzgebung (Steuergesetzrevision 20) sowie die "Aufgaben- und Finanzreform 18" sollen danach weitere 40, respektive 20 Mio. an zusätzlichen Einnahmen beisteuern. Jedoch sind diese beiden Reformen noch nicht beschlossen, wobei die Aufgaben- und Finanzreform ein zwischen Kanton und Gemeinden äusserst umstrittenes Geschäft ist. Mit diesen sehr optimistischen Annahmen geht die Regierung schlussendlich davon aus, dass die kantonale Schuldenbremse eingehalten werden kann und kein neues Sparpaket geschnürt werden muss. Stetig sinkend ist jedoch die Nettovermögensquote.

Was die Einnahmen aus Unternehmenssteuern betrifft, liefert der Kanton Luzern ein Lehrbuchbeispiel der unerfreulichen Art: Nach dem auf die Halbierung der Gewinnsteuern im Jahr 2012 folgenden Ertragseinbruch, rechnet die Regierung damit, dass das Einnahmenniveau von 2011 – dem Jahr vor Inkrafttreten der Reform – erst im Jahr 2020 wieder erreicht werden wird. Dies, obwohl die kantonale Wirtschaft alleine bis 2017 um über 10% wuchs und bis 2019 um knapp 16% wachsen dürfte. Ertragsseitig kann man also von einem verlorenen Jahrzehnt sprechen.

Stetig abnehmend waren über die letzten Jahre die Transferzahlungen aus dem Finanzausgleich. Während der Kanton 2014 insgesamt knapp 350 Mio. erhielt, waren es 2018 lediglich noch 148 Mio. Diese Entwicklung ist auf ein stetig wachsendes Ressourcenpotenzial zurückzuführen: Im Ressourcenindex hat der Kanton zwischen 2009 und 2019 über 12 Punkte zugelegt. Für 2016 werden die Erträge aus dem Nationalen Finanzausgleich allerdings erstmals wieder steigen, dies auf insgesamt 160 Mio. Diese Zunahme ist voll auf den Ressourcenausgleich zurückzuführen (die Nettoerträge aus dem Lasten- und Härteausgleich sanken derweil weiter), dürfte allerdings eher vorübergehender Natur sein.

Was die NFA-Kennzahlen im Allgemeinen betrifft, findet sich Luzern im Steuerertragsindex weit unten wieder. Dies ist einerseits das Resultat eines immer noch unterdurchschnittlichen Ressourcenpotenzials und andererseits der erwähnten, sehr tiefen Steuerauserschöpfung. Der Wert im Gesamtausschöpfungsindex (und damit auch die Finanzkraft) ist jedoch dank der Nettoerträge aus dem NFA deutlich besser.

## Pflege

Im Kanton Luzern übernehmen die Gemeinden die Restkosten der Langzeitpflege vollständig selbst und sind dabei auch in der Definition der Abgeltungsart frei. Dabei sticht im Budget 2018 der Stadt Luzern ins Auge, dass die Zunahme der Restkosten nur mit 1.5% veranschlagt wird, während die prognostizierte Fallentwicklung für den Kanton durchschnittlich das Doppelte beträgt (+3.06%). Die durchschnittliche Zunahme für die Planjahre 2019-2022 ist mit 3.52% sogar noch höher (und liegt auch deutlich über dem Schweizer Durchschnitt).

Die Fallausgaben sind im Kanton Luzern in den Pflegeheimen deutlich höher und in der Betreuung zu Hause deutlich tiefer als der Schweizer Durchschnitt (wobei in der ambulanten Pflege auch das Betreuungsverhältnis schlechter ist). Diese Entwicklung deckt sich mit jener der Stadt Luzern, wo die Pflegebedürftigkeit in den Heimen durchschnittlich zugenommen hat, während man im Spitexbereich ein Mengenwachstum feststellt (insbesondere auf den tiefen Pflegestufen). Trotz der steigenden Nutzung der ambulanten Angebote, liegt im Kanton Luzern die stationäre Versorgungsdichte immer noch deutlich über dem Schweizer Durchschnitt. In seiner aktuellen Versorgungsplanung strebt der Kanton jedoch eine Verschiebung von 10% des Gesamtangebots vom ambulanten in den stationären Bereich an.<sup>6</sup>

## **Bildung**

Der kantonale Finanzierungsanteil an der Volksschule liegt in Luzern bei rund 25%. Dieser soll jedoch im Rahmen der umstrittenen "Aufgaben- und Finanzreform 18" auf 50% erhöht werden (die Gemeinden würden im Gegenzug in anderen Bereichen, wie den Ergänzungsleistungen, zusätzlich belastet). Die Zunahme der Schülerzahlen ist dabei sowohl an der Volksschule als auch auf den Stufen Gymnasium/FMS und berufliche Grundbildung unterdurchschnittlich. In den Berufsschulen ist sogar mit einer Abnahme von rund einem Prozent zu rechnen. Dieser Umstand könnte dazu genutzt werden, das im schweizweiten Vergleich sehr schlechte Betreuungsverhältnis (bei entsprechend sehr tiefen Ausgaben pro SchülerIn) etwas zu verbessern. In den obligatorischen und allgemeinbildenden Schulen ist das Betreuungsverhältnis hingegen relativ gut (bei deutlich höheren Kosten pro Schüler in den Gymnasien/FMS).

Für 2019 geht der Kanton sogar von einer sinkenden Gesamtlohnsumme für die Lehrkräfte aus. Dies dürfte noch eine Folge der Sparmassnahmen des "Konsolidierungsprogramms 2017" sein. Unter anderem wurde darin die Unterrichtsverpflichtung der Lehrpersonen um eine Lektion pro Woche erhöht, was entsprechende Einsparungen, bzw. relative Lohneinbussen mit sich bringt.

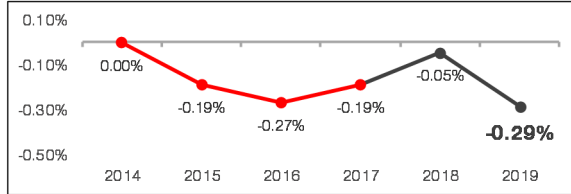
---

<sup>6</sup> Siehe "Bericht Versorgungsplanung Kanton Luzern 2018-2025", Gesundheits- und Sozialdepartement Kanton Luzern (2017)



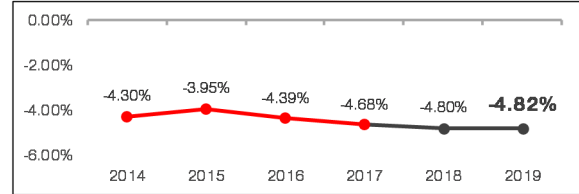
# Canton de Neuchâtel

**Solde structurel en % du PIB\***

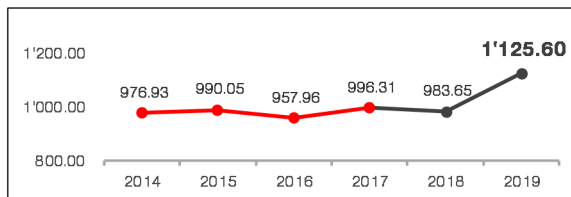


\*HRM2 n'a été introduit qu'en 2018

**Taux de fortune nette\*** (en % du PIB)

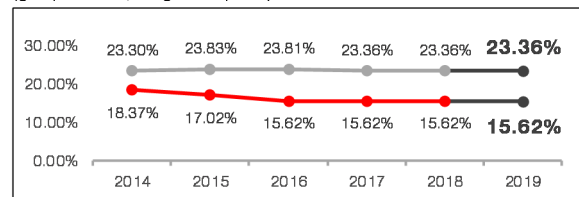


**Taxes et émoluments par personne en francs**

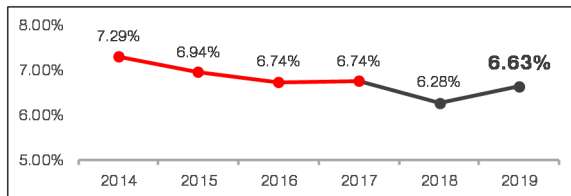


**Développement des taux d'imposition effectifs**

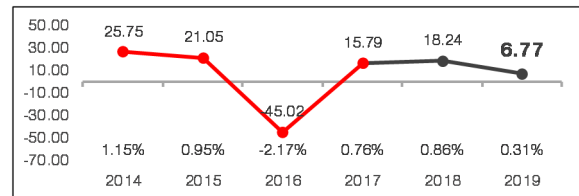
(gris=personnes, rouge=entreprises)



**Recettes fiscales en % du PIB**



**Erreur budgétaire en millions et %**





**Indicateurs PFN**

$$\text{Indice de l'exploitation fiscale } 117.2\% \times \text{Indice de ressources } 90.5\% = \text{Indice de rendement fiscal } 106.0\%$$

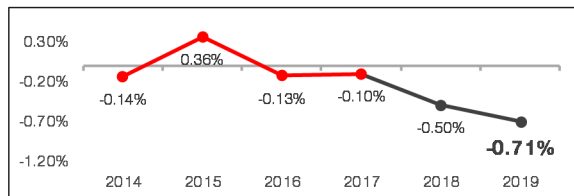
$$\text{Indice de l'exploitation totale } 122.4\% \times \text{Indice de ressources } 90.5\% = \text{Indice de capacité financière } 110.7\%$$

**Indicateurs d'approvisionnement**

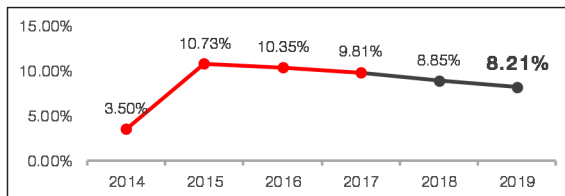
	Dépenses par tête	Dépenses par cas	Quote-part cantonale	Taux d'encadrement	Développement annuel des cas jusqu'à 2022
 Soins					
Homes et EMS	320	15'264	100%	1.70	2.45%
Soins ambulatoires	178	3'276	100%	18.86	
 Formation					
Scolarité obligatoire	1'606	14'330	39%	15.81	0.10%
Écoles de formation générale	245	19'907	100%	13.00	-0.81%
Formation professionnelle initiale	501	14'625	99%	13.02	-0.86%

# Kanton Nidwalden

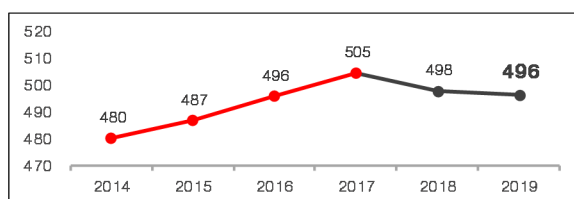
**Struktureller Haushaltssaldo in % des BIP**



**Nettovermögensquote** (Nettovermögen in % des BIP)

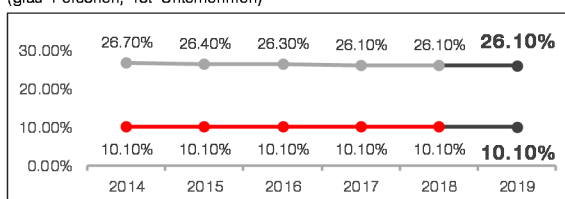


**Gebühren pro Kopf in Franken**

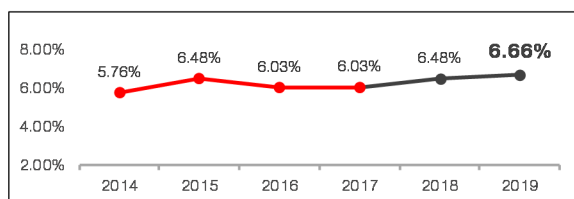


**Entwicklung effektive Steuersätze**

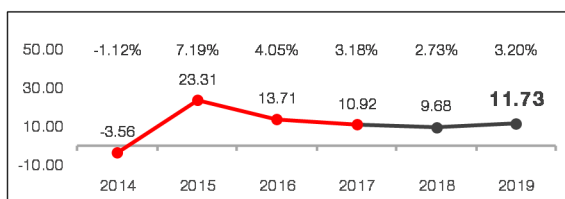
(grau=Personen, rot=Unternehmen)



**Fiskaleinnahmen in % des BIP**



**Fehlbudgetierung in Mio. und %**




**Kennzahlen NFA**

$$\text{Steueraus-schöpfungsindex } 53.4\% \times \text{Ressourcen-index } 159.5\% = \text{Steuerertrags-index } 85.1\%$$

$$\text{Gesamtaus-schöpfungsindex } 51.0\% \times \text{Ressourcen-index } 159.5\% = \text{Finanzkraft-index } 81.4\%$$

**Versorgungsindikatoren**

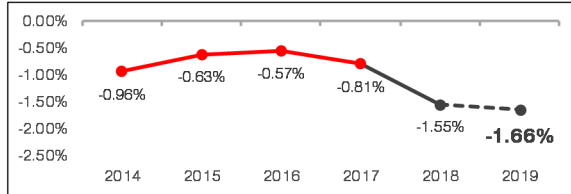
	Ausgaben pro Kopf	Ausgaben pro Fall	Kantonsanteil	Betreuungsverhältnis	Jährliche Fallentwicklung bis 2022
 <b>Pflege</b>					
Alters- und Pflegeheime	187	11'780	100%	1.52	4.08%
Ambulante Pflege	59	3'866	65%	9.87	

 **Bildung**

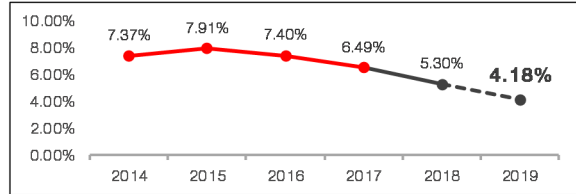
Obligatorische Schule	1'659	16'966	3%	13.43	0.67%
Allgemeinbildende Schule	355	72'702	100%	9.15	-0.46%
Berufliche Grundbildung	188	9'861	102%	28.89	-2.14%

# Kanton Obwalden

**Struktureller Haushaltssaldo in % des BIP \***

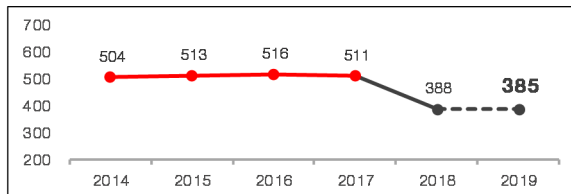


**Nettovermögensquote\* (Nettovermögen in % des BIP)**



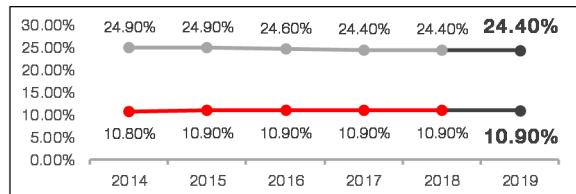
\*Nach der Ablehnung der Finanzstrategie 2027+ an der Urne, hat die Regierung erst ein rudimentäres Budget 2019 vorgelegt, weshalb hier viele Werte geschätzt oder extrapoliert werden mussten.

**Gebühren pro Kopf in Franken\***

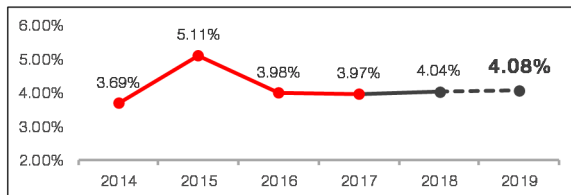


**Entwicklung effektive Steuersätze**

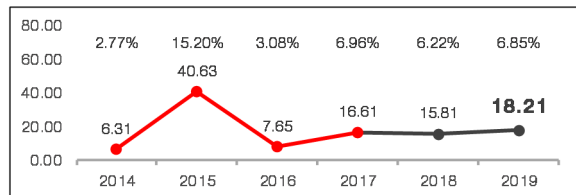
(grau=Personen, rot=Unternehmen)



**Fiskaleinnahmen in % des BIP \***



**Fehlbudgetierung in Mio. und %**



**Kennzahlen NFA**

$$\text{Steuerschöpfungsindex } 75.5 \times \text{Ressourcenindex } 119.3\% = \text{Steuerertragsindex } 90.0\%$$

$$\text{Gesamtschöpfungsindex } 77.6\% \times \text{Ressourcenindex } 119.3\% = \text{Finanzkraftindex } 92.5\%$$

**Versorgungsindikatoren**



Pflege

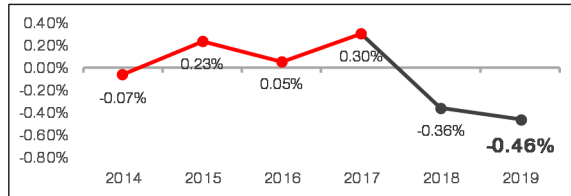
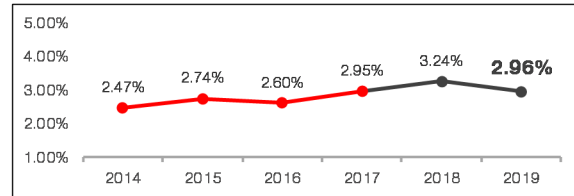
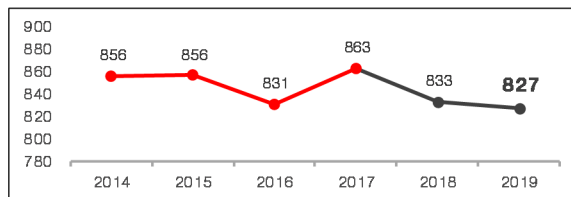
	Ausgaben pro Kopf	Ausgaben pro Fall	Kantonsanteil	Betreuungsverhältnis	Jährliche Fallentwicklung bis 2022
Alters- und Pflegeheime	211	6'256	0%	1.58	4.79%
Ambulante Pflege	51	3'165	37%	10.91	



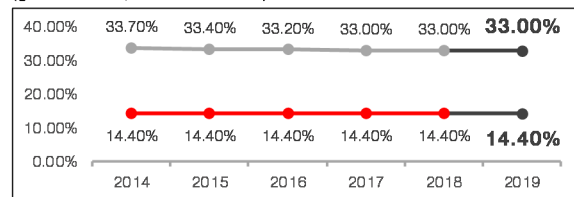
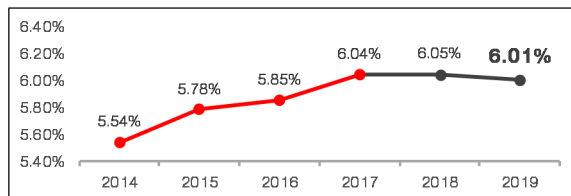
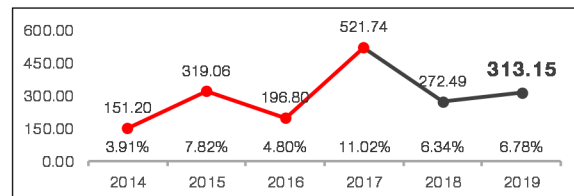
Bildung

Obligatorische Schule	1'754	16'439	2%	13.57	1.05%
Allgemeinbildende Schule	271	33'066	97%	11.12	-0.53%
Berufliche Grundbildung	192	9'145	100%	25.10	-1.72%

# Kanton St. Gallen

**Struktureller Haushaltssaldo in % des BIP**

**Nettovermögensquote (Nettovermögen in % des BIP)**

**Gebühren pro Kopf in Franken**

**Entwicklung effektive Steuersätze**


(grau=Personen, rot=Unternehmen)



**Fiskaleinnahmen in % des BIP**

**Fehlbudgetierung in Mio. und %**

**Kennzahlen NFA**

$$\text{Steueraus-schöpfungsindex } 102.7\% \times \text{Ressourcen-index } 78.8\% = \text{Steuerertrags-index } 81.0\%$$

$$\text{Gesamtaus-schöpfungsindex } 110.7\% \times \text{Ressourcen-index } 78.8\% = \text{Finanzkraft-index } 87.3\%$$

**Versorgungsindikatoren**

	Ausgaben pro Kopf	Ausgaben pro Fall	Kantonsanteil	Betreuungs-verhältnis	Jährliche Fallentwicklung bis 2022
 <b>Pflege</b>					
Alters- und Pflegeheime	144	8'376	0%	1.89	3.59%
Ambulante Pflege	47	2'380	19%	11.57	

 <b>Bildung</b>					
Obligatorische Schule	2'000	18'505	2%	13.51	1.07%
Allgemeinbildende Schule	214	30'196	100%	11.44	-0.73%
Berufliche Grundbildung	268	7'124	100%	32.09	-1.06%

## Allgemeine Einschätzung

Das Budget 2019 des Kantons St. Gallen wurde von der Regierung mit einem Überschuss in der Erfolgsrechnung von 10.4 Mio. verabschiedet. Der Überschuss wird durch einen ausserordentlichen Effekt um 14.4 Mio. geschmälert, weil der Kanton als Mehrheitseigner der Kantonalbank aufgrund der verschärften Eigenmittelvorschriften zu einer Erhöhung des Eigenkapitals der Bank wird beitragen müssen. Der strukturelle Haushaltssaldo rutscht bereits für 2018 ins Negative und wird sich auf 2019 weiter verschlechtern (was auch für die darauffolgenden Planjahre gelten wird, siehe weiter unten). Der Budgetierungsfehler des Kantons war während der letzten Jahre stets stark positiv (er übertraf im Jahr 2017 die budgetierte Prognose gar um 11%, was hauptsächlich auf unerwartete Aufwertungsgewinne im Rahmen von Immobilienübertragungen auf die Spitalverbunde zurückzuführen ist). Deswegen kann in der Erfolgsrechnung jeweils mit Rechnungsabschlüssen gerechnet werden, die das Budget klar übersteigen. Jedoch gilt dies nicht für den vom SGB berechneten strukturellen Saldo, weil darin der durchschnittliche Budgetierungsfehler bereits berücksichtigt ist.

Gegenüber dem Vorjahresbudget steigt der Aufwand des Kantons um gesamthaft 3%, wobei das Budget 2019 trotz Hochkonjunktur keine Lohnanpassungen vorsieht. Die Personalverbände haben je 1% individuelle und 1% allgemeine Erhöhungen gefordert, der Regierungsrat plant hingegen erneut mit einer Nullrunde. Lohnanpassungen werden frühestens für das Planjahr 2020 in Aussicht gestellt.

Im Nachgang zur Steuervorlage 17 / STAF will auch der St. Galler Regierungsrat die Gewinnsteuern für Unternehmen senken (zusätzlich zur Einführung vieler der durch STAF geschaffenen steuerlichen Sonderregelungen). 2020 sollen diese von effektiv 17.4% auf 14.9% sinken, und in einem zweiten Schritt (voraussichtlich 2025) sogar auf 14.2%. Parallel dazu schlägt der Regierungsrat "Ausgleichsmassnahmen" für die Bevölkerung vor, namentlich eine Erhöhung des maximalen Steuerabzugs für Versicherungsprämien und ein moderater Ausbau der Krankenkassen-Prämienverbilligung. Sämtliche Anpassungen zusammen würden den Kanton ca. 60 Mio. und die Gemeinden zusätzlich 55 Mio. kosten. Zur Kompensation der kantonalen Ausfälle sieht die Regierung lediglich einmalige Entnahmen aus dem Eigenkapital vor und hofft darüber hinaus auf positive konjunkturelle Impulse. Für die Planjahre 2021 und 2022 werden indes bereits hohe Defizite von bis zu 100 Mio. erwartet.

Im Finanzausgleich ist der Kanton St. Gallen insgesamt der drittgrösste Nettoempfänger, pro Kopf gemessen liegt er allerdings nur auf dem 11. Platz. Das Ressourcenpotenzial des Kantons hat sich während der letzten fünf Jahre leicht unterdurchschnittlich entwickelt, was dem Kanton zwar leicht mehr Ausgleichszahlungen bescherte, die Finanzkraft unter dem Strich aber dennoch schwächte. Auch bemerkenswert ist die Entwicklung der Bevölkerung in der gleichen Periode: Während die Einwohnerzahl in St. Gallen jährlich um durchschnittlich 0.67% zunahm, waren es schweizweit 0.89% – und damit ungefähr 30% mehr.

## Pflege

Im Kanton St. Gallen müssen die Gemeinden sowohl in der ambulanten als auch in der stationären Pflege für 100% der Restkosten aufkommen. Ein 2017 vom Kanton vorgestelltes neues Planungsmodell schätzt, dass es bis 2035 im ambulanten Bereich in jedem Fall mindestens 50% mehr Ressourcen brauchen wird – dies allerdings noch exklusive Verlagerungen von der stationären zur ambulanten Betreuung, welche der Kanton aktiv fördern will (bzw. seine Gemeinden dazu motiviert). 2014 erhöhte der Kanton die Patientenbeteiligung in

der ambulanten Pflege, faktisch auf das Maximum von 20%. Diese Erhöhung war der Effektivität der verfolgten Verlagerungspolitik wohl eher abträglich, weil sie zu mehr verfrühten Heimeintritten führen kann.

Die für den Kanton St. Gallen erwartete Zunahme der Pflegefälle in den nächsten vier Jahren liegt mit 3.6% klar über dem Schweizer Durchschnitt (3.3%). Die Fallausgaben liegen allerdings in beiden Leistungsbereichen (bereits) heute unter dem Durchschnitt – dies bei einem Betreuungsverhältnis, das in der ambulanten Pflege leicht besser und in den Pflegeheimen leicht schlechter ist als der Schweizer Durchschnitt.

## **Bildung**

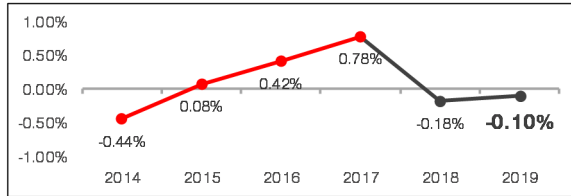
Im Kanton St. Gallen nehmen die Schülerzahlen auf sämtlichen Stufen weniger stark zu als im Schweizer Durchschnitt – der Anstieg liegt, über alle Bereiche gesehen, bei lediglich 0.5% pro Jahr bis 2022. Zwischen den Schulstufen sind die Unterschiede allerdings gross: Während die Schülerzahlen in der Volksschule jährlich um 1.1% zunehmen, so sinken sie an den Gymnasien/FMS um 0.7% und in der beruflichen Grundbildung gar um 1.1%.

Ausser in der beruflichen Grundbildung, liegen die Fallausgaben im Kanton St. Gallen deutlich über dem Schweizer Durchschnitt. Das Betreuungsverhältnis ist in der Volksschule deutlich besser und an den Berufsschulen deutlich schlechter als im Schweizer Durchschnitt; in der allgemeinbildenden Schule entspricht es exakt dem Durchschnitt.

In seiner Lohnanalyse bewertet der LCH den Kanton St. Gallen als ungenügend bezüglich des Erhalts der Kaufkraft. Die vom Regierungsrat für 2019 geplante Nullrunde wird diese Beurteilung weiter bestätigen.

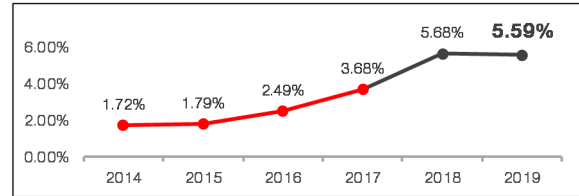
# Kanton Schaffhausen

**Struktureller Haushaltssaldo in % des BIP\***

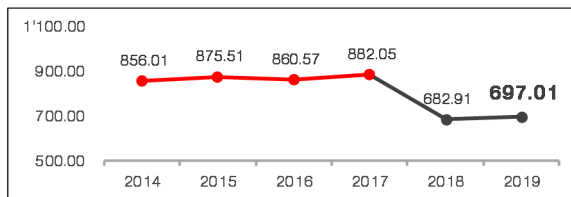


\*Umstellung auf HRM2 erst 2018

**Nettovermögensquote\* (Nettovermögen in % des BIP)**

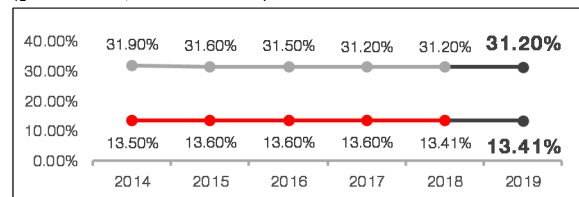


**Gebühren pro Kopf in Franken\***

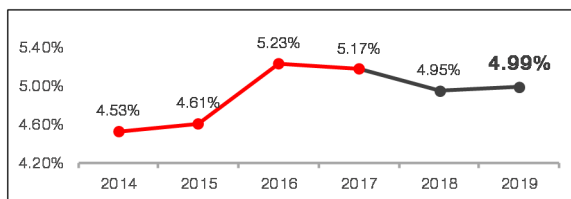


**Entwicklung effektive Steuersätze**

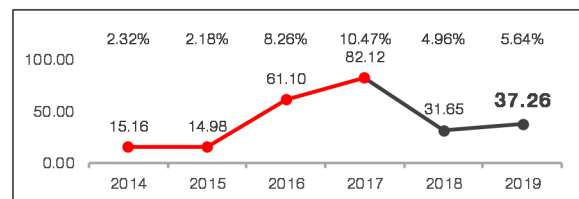
(grau=Personen, rot=Unternehmen)



**Fiskaleinnahmen in % des BIP\***



**Fehlbudgetierung in Mio. und %**




**Kennzahlen NFA**

$$\text{Steueraus-schöpfungsindex } 90.3\% \times \text{Ressourcen-index } 91.7\% = \text{Steuerertrags-index } 82.8\%$$

$$\text{Gesamtaus-schöpfungsindex } 92.9\% \times \text{Ressourcen-index } 91.7\% = \text{Finanzkraft-index } 85.2\%$$

**Versorgungsindikatoren**

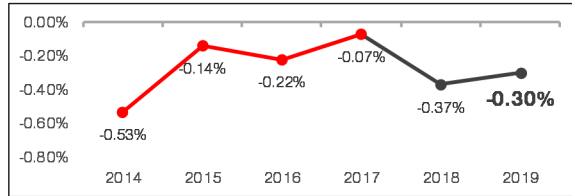
	Ausgaben pro Kopf	Ausgaben pro Fall	Kantonsanteil	Betreuungs-verhältnis	Jährliche Fallentwicklung bis 2022
 <b>Pflege</b>					
Alters- und Pflegeheime	12	435	21%	2.12	3.30%
Ambulante Pflege	50	1'896	6%	13.72	

 **Bildung**

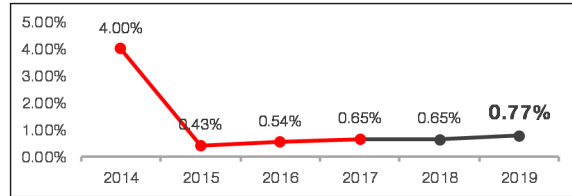
Obligatorische Schule	1'637	17'058	34%	11.04	2.03%
Allgemeinbildende Schule	217	33'643	100%	9.93	1.59%
Berufliche Grundbildung	278	11'314	100%	21.58	-0.66%

## Kanton Solothurn (mit Erläuterungen)

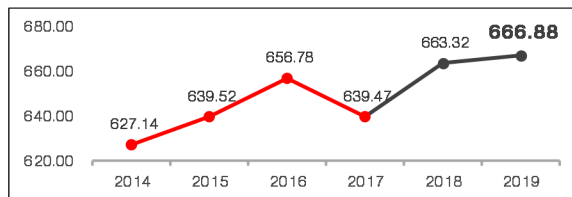
**Struktureller Haushaltssaldo in % des BIP**



**Nettovermögensquote** (Nettovermögen in % des BIP)

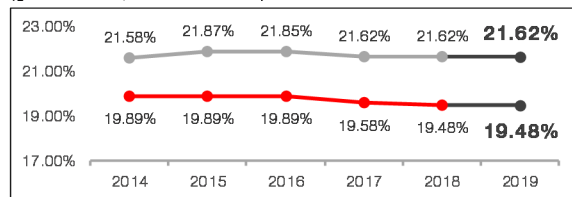


**Gebühren pro Kopf in Franken**

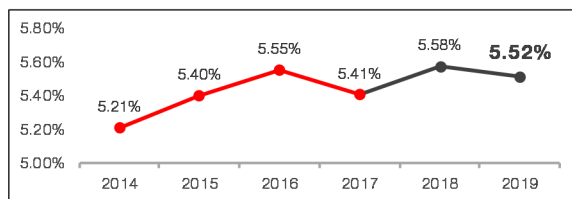


**Entwicklung effektive Steuersätze**

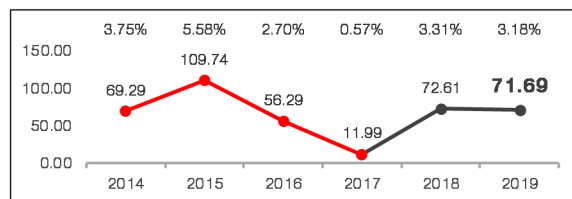
(grau=Personen, rot=Unternehmen)



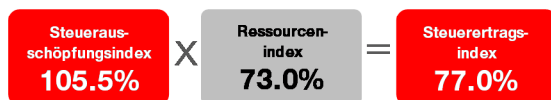
**Fiskaleinnahmen in % des BIP**




**Fehlbudgetierung in Mio. und %**




**Kennzahlen NFA**



**Versorgungsindikatoren**

	Ausgaben pro Kopf	Ausgaben pro Fall	Kantonsanteil	Betreuungsverhältnis	Jährliche Fallentwicklung bis 2022
 <b>Pflege</b>					
Alters- und Pflegeheime	124	7'693	49%	1.49	3.56%
Ambulante Pflege	50	1'305	0%	16.07	

 <b>Bildung</b>					
Obligatorische Schule	1'720	17'158	30%	16.31	1.61%
Allgemeinbildende Schule	244	35'248	84%	10.76	-0.88%
Berufliche Grundbildung	190	8'397	99%	28.49	-0.92%



## Allgemeine Einschätzung

Der Kanton Solothurn sieht im Voranschlag 2019 einen Ertragsüberschuss von 24 Mio. vor (nachdem der vorjährige Finanzplan für 2019 noch von einem Defizit ausgegangen ist). 2015 entstand aufgrund der Ausfinanzierung der Pensionskasse ein Finanzierungsfehlbetrag von mehr als 1 Mrd., welcher nun über 40 Jahre mit 27 Mio. jährlich abgeschrieben wird. Um so viel höher wird im Voranschlag das operative Ergebnis des Kantons prognostiziert (51 Mio.). Aufgrund der Sanierung der Pensionskasse ist auch die Nettovermögensquote von 4% im Jahr 2014 auf 0.43% im Jahr 2015 gesunken und damit nur noch knapp positiv. Der strukturelle Saldo des Kantons ist trotz tendenziell steigender relativer Einnahmen durch Steuern und Gebühren chronisch negativ, jedoch in einem eher geringen Ausmass. Einen Knick nach unten haben die Fiskaleinnahmen gemacht, unter anderem durch eine Senkung der Gewinnsteuern im Jahr 2017 (Reduktion des Steuerfusses von 104% auf 100%). Ausgabenseitig sind die u.a. durch geplante von Spital- und Schulhausbauten/-sanierungen hohen Nettoinvestition hervorzuheben. Nach sechs Nullrunden in den vergangenen Jahren, sollen zudem sämtliche Staatsangestellten im Jahr 2019 1% mehr Lohn erhalten.

Für die Umsetzung der Steuervorlage 17 / STAF präsentierte die Regierung des Kantons bereits im Juni einen Entwurf, der unter dem Strich von Mindereinnahmen von 74 Mio. für den Kanton und 14 Mio. für die Gemeinden ausgeht. Haupttreiber dieses Einnahmenausfalls wäre die geplante Senkung der effektiven Gewinnsteuerbelastung von maximal 21% auf 13%. Zur Kompensation dieser Mindereinnahmen spricht die Regierung von einem Massnahmenpaket "im Umfang von rund 50 Mio.", schweigt sich dazu aber bis anhin aus.

Im Nationalen Finanzausgleich ist der Kanton Solothurn pro Kopf der sechstgrösste Nettoempfänger. Das Ressourcenpotenzial des Kantons hat sich in den letzten fünf Jahren nur sehr schwach entwickelt (+7.0%, bei +17.6% für die gesamte Schweiz), weshalb Solothurn auch im Ressourcenindex um mehr als 6 Punkte gesunken ist. Während die Nettozahlungen aus dem Finanzausgleich – für den Kanton Solothurn fast ausschliesslich aus dem Ressourcenausgleich – im Jahr 2014 noch 208 Mio. betrugen, so werden es 2019 schon 367 Mio. sein. Die Gesamtausschöpfung des Kantons, die heute nur knapp über der Steuerauserschöpfung liegt, wird dadurch ebenfalls weiter steigen.

## Pflege

In der stationären Langzeitpflege werden die Restkosten in Solothurn bis anhin hälftig durch die Gemeinden und den Kanton getragen. Mit einer Revision des Sozialgesetzes ist nun aber eine grundsätzliche Entflechtung der Aufgaben im gesamten Bereich der sozialen Sicherheit geplant. Im Zuge dieser soll die Restfinanzierung bei Pflegeheimaufenthalten zu 100% durch die Gemeinden getragen werden. In der ambulanten Pflege war der Kanton Solothurn bis heute der einzige Kanton, welcher weder die Zuständigkeiten noch die Aufteilung der Restfinanzierung klar geregelt hat – der Anteil der öffentlichen Hand (Kanton und Gemeinden) an der Finanzierung der KVG-pflichtigen Pflegekosten entsprach im Resultat 0%.<sup>7</sup> Eine weitere Revision des Sozialgesetzes soll hier derzeit Abhilfe schaffen.

Die demografische Entwicklung wird im Kanton Solothurn in den nächsten vier Jahren zu einem überdurchschnittlichen Wachstum der Anzahl Pflegefälle führen. Im schweizweiten Vergleich sind die Fallkosten heute tief, das Betreuungsverhältnis ist im ambulanten Bereich jedoch ziemlich

<sup>7</sup> Siehe auch "Evaluation der Neuordnung der Pflegefinanzierung – Schlussbericht", Bundesamt für Gesundheit / Infrass (2018)

schlecht. Dies ist umso mehr von Bedeutung (respektive bereits Resultat davon), als der Kanton Solothurn in seiner Heimplanung bereits 2013 das Ziel festlegte, die Pflegeheimplätze nur noch den BewohnerInnen mit einem hohen Pflegebedarf zur Verfügung zu stellen<sup>8</sup> (was in diesem Jahr auf mehr als ein Drittel der BewohnerInnen nicht zutraf).

## **Bildung**

In Solothurn beteiligt sich der Kanton zu 30% an der Finanzierung der Volksschule. Die gesamten Ausgaben pro SchülerIn entsprechen auf dieser Stufe ziemlich genau dem Schweizer Durchschnitt, jedoch bei einem deutlich schlechteren Betreuungsverhältnis. In den allgemeinbildenden Schulen sind die Kosten pro SchülerIn sehr hoch, dies aber bei einem deutlich besseren Betreuungsverhältnis. In der beruflichen Grundbildung verhält es sich hingegen umgekehrt: Die Kosten pro SchülerIn sind klar tiefer und das Betreuungsverhältnis ist entsprechend deutlich schlechter. Für Entspannung könnte auf dieser Stufe der erwartete leichte Rückgang der Schülerzahlen beitragen. Auch auf Stufe Gymnasium/FMS werden die Schülerzahlen entgegen dem Schweizer Trend rückläufig sein, hingegen ist für die Volksschule für die nächsten vier Jahre mit einer überdurchschnittlich starken Zunahme zu rechnen (+1.6% pro Jahr).

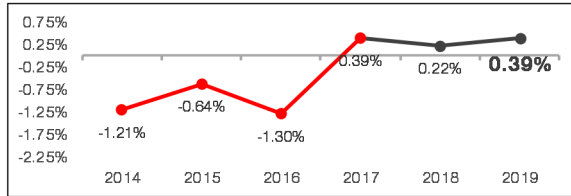
Die Zunahme der Gesamtlohnsumme für sämtliche Lehrkräfte wird vom Kanton auf 2% veranschlagt. Rund ein Drittel davon dürfte auf die pauschale einprozentige Lohnerhöhung entfallen. Die restliche Summe wird sich aus individuellen, bzw. stufenbedingten Lohnanstiegen sowie der Zunahme der Anzahl Lehrpersonen zusammensetzen. Zu letzterer machen aber in ihren Budgets weder der Kanton noch die Stadt Solothurn eine Aussage.

---

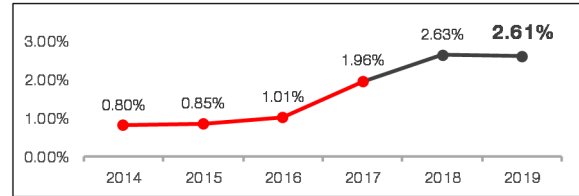
<sup>8</sup> "Pflegeheimplanung 2020 Kanton Solothurn", Departement des Innern (2013)

# Kanton Schwyz

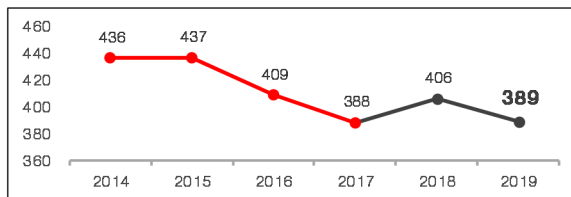
**Struktureller Haushaltssaldo in % des BIP**



**Nettovermögensquote (Nettovermögen in % des BIP)**

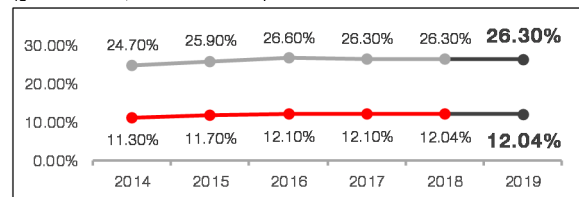


**Gebühren pro Kopf in Franken**

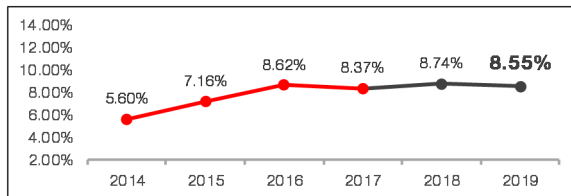


**Entwicklung effektive Steuersätze**

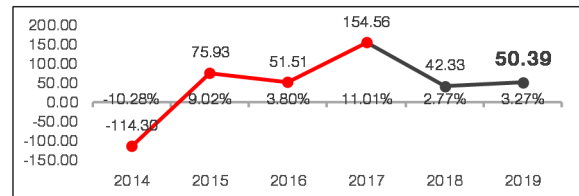
(grau=Personen, rot=Unternehmen)



**Fiskaleinnahmen in % des BIP**



**Fehlbudgetierung in Mio. und %**





**Kennzahlen NFA**

$$\text{Steuerschöpfungsindex } 49.2\% \times \text{Ressourcenindex } 172.4\% = \text{Steuerertragsindex } 84.9\%$$

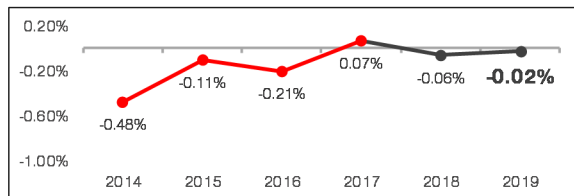
$$\text{Gesamtschöpfungsindex } 47.0\% \times \text{Ressourcenindex } 172.4\% = \text{Finanzkraftindex } 81.0\%$$

**Versorgungsindikatoren**

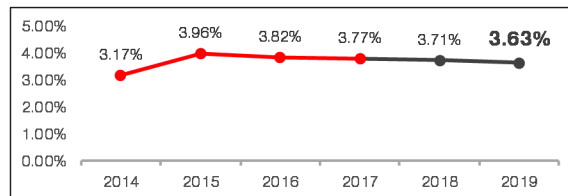
		Ausgaben pro Kopf	Ausgaben pro Fall	Kantonsanteil	Betreuungs- verhältnis	Jährliche Fallentwicklung bis 2022
<div> Pflege</div>						
Alters- und Pflegeheime	93	5'210	2%	1.62	4.36%	
Ambulante Pflege	61	2'856	0%	14.19		
<div> Bildung</div>						
Obligatorische Schule	1'644	15'816	13%	13.84	0.45%	
Allgemeinbildende Schule	216	26'552	100%	11.75	-0.97%	
Berufliche Grundbildung	202	10'739	100%	24.33	-1.67%	

## Kanton Thurgau (mit Erläuterungen)

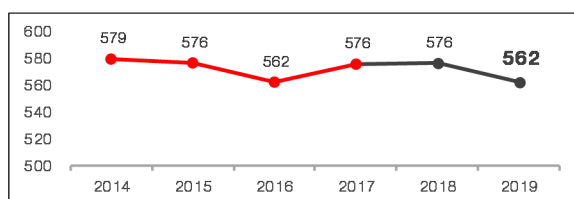
**Struktureller Haushaltssaldo in % des BIP**



**Nettovermögensquote** (Nettovermögen in % des BIP)

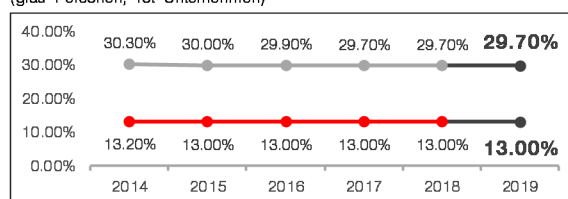


**Gebühren pro Kopf in Franken**

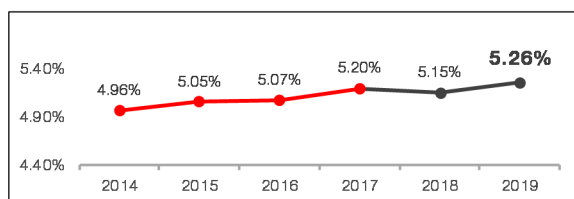


**Entwicklung effektive Steuersätze**

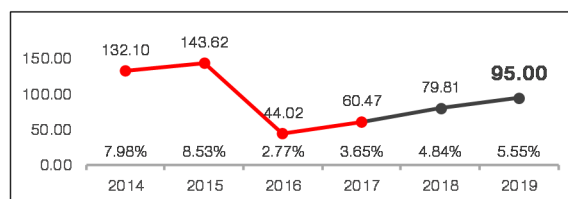
(grau=Personen, rot=Unternehmen)



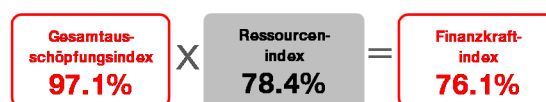
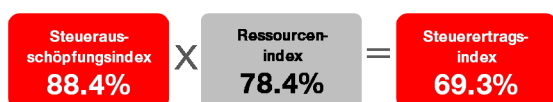
**Fiskaleinnahmen in % des BIP**




**Fehlbudgetierung in Mio. und %**



**Kennzahlen NFA**



**Versorgungsindikatoren**

	Ausgaben pro Kopf	Ausgaben pro Fall	Kantonsanteil	Betreuungsverhältnis	Jährliche Fallentwicklung bis 2022
 <b>Pflege</b>					
Alters- und Pflegeheime	146	8'750	57%	1.64	4.52%
Ambulante Pflege	57	2'222	2%	14.52	

 **Bildung**

Obligatorische Schule	1'977	18'424	9%	13.99	1.75%
Allgemeinbildende Schule	210	33'208	100%	8.92	0.90%
Berufliche Grundbildung	304	14'162	100%	23.80	-0.74%

## Allgemeine Einschätzung

Das Budget 2019 des Kantons Thurgau sieht einen Überschuss in der Erfolgsrechnung von knapp 10 Millionen vor. Der Finanzierungssaldo bleibt aber auch im kommenden Jahr leicht negativ, und mit ihm der vom SGB berechnete strukturelle Haushaltssaldo. Der Budgetierungsfehler war in den Jahren 2014 und 2015 noch sehr hoch, ist allerdings in den beiden darauffolgenden Jahren deutlich gesunken. Da er dennoch beträchtlich und zudem stets positiv war, kann für 2019 erneut von einem besseren Rechnungsabschluss ausgegangen werden. Die Nettovermögensquote ist seit 2015 leicht rückgängig und wird diesen Trend im nächsten Jahr fortsetzen. Ziel der Regierung ist, dass ab 2020 ein weiterer Vermögensverzehr verhindert werden kann (für 2020 rechnet die Regierung mit einem Finanzierungsüberschuss von knapp 16 Mio.). Es ist allerdings weder alleine der stetig positive Budgetierungsfehler, noch die damit in Verbindung stehende konjunkturelle Entwicklung, die diese Entwicklung herbeigeführt haben, sondern ebenso ein mehrheitlich in Regierungskompetenz durchgesetztes Sparpaket. Unter dem Namen "Haushaltsgleichgewicht 2020" werden dabei beispielsweise auch die Mittel für die Prämienverbilligungen gekürzt (bei einem kantonalen Finanzierungsanteil, der heute schon deutlich unter dem Schweizer Durchschnitt liegt).

Nach vier Jahren ohne allgemeine Lohnerhöhungen, plant der Regierungsrat eine generelle Lohnanpassung von 0.3% und will zudem den Vaterschaftsurlaub von zwei auf fünf Tage verlängern. Letzteres soll allerdings einkommensneutral, d.h. abteilungsintern durch Kompensationen über die Jahresarbeitszeit geschehen. Auch wenn der reale Kosteneffekt des verlängerten Vaterschaftsurlaubs klein sein dürfte, ist die Annahme einer vollständigen Kompensation seitens des Staatspersonals doch eher unbedacht.

Das Ressourcenpotenzial des Thurgaus hat sich in den letzten Jahren im schweizweiten Vergleich überdurchschnittlich gut entwickelt, weshalb der Kanton im Ressourcenindex leicht nach oben rutschte. Weil das gesamtschweizerische Ressourcenpotenzial aber insgesamt stark genug angestiegen ist, erhält der Kanton dennoch mehr Nettozahlungen aus dem Finanzausgleich (260 Mio. im Jahr 2019 gegenüber 227 Mio. im Jahr 2014).

## Pflege

Die Restfinanzierung der Langzeitpflege ist im Thurgau bis anhin so geregelt, dass der Kanton 50% der Restkosten in den Pflegeheimen übernimmt, sich jedoch nicht an den Kosten der häuslichen Pflege beteiligt. Letztere werden damit zu 100% durch die Gemeinden getragen. Nun will der Kanton (als Teil eines grösseren Massnahmenpakets) die Gemeinden bei den Restkosten der Langzeitpflege finanziell entlasten und neu sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich 40% übernehmen. Dieser einheitliche Satz soll auch den Grundsatz "ambulant vor stationär", d.h. die Förderung der häuslichen Pflege, stärken.

Die im Budget 2019 veranschlagten Pflegebeiträge des Kantons sollen um 10.2% steigen, wobei sich ein Grossteil dieses Anstiegs durch die aufgrund eines Bundesgerichtsurteils steigenden öffentlichen Kosten für Mittel und Gegenstände erklären lässt (das bringt für die Jahre 2019 und 2020 erhöhte Kosten).

Bezüglich der Anzahl Pflegefälle wird der Kanton Thurgau aus demografischen Gründen in den kommenden Jahren mit jährlichen 4.5% eine Zunahme erfahren, die weit über dem Schweizer Durchschnitt liegt (3.3%). Dazu findet sich allerdings im Voranschlag 2019 lediglich die Aussage, dass die Angebotsplanung der sozialen Einrichtungen den Umstand der demografischen

Entwicklung berücksichtigt. Im Aufgaben- und Finanzplan wird die Zunahme der Pflegebeiträge im Jahr 2021 (für das keine "MiGeL"-Zusatzkosten mehr anfallen sollen) bei lediglich 2.8% und damit weit unter der vom SGB prognostizierten Zunahme der Pflegefälle.

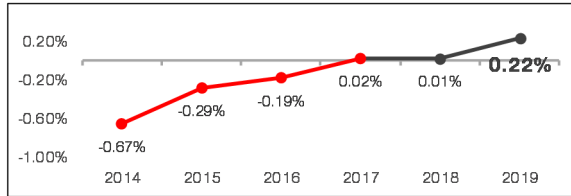
## **Bildung**

Das Betreuungsverhältnis liegt im Kanton Thurgau in der obligatorischen Schule leicht und in den allgemeinbildenden Schulen deutlich unter dem Schweizer Durchschnitt (d.h. weniger Lernende pro Lehrperson). Erstaunlich ist, dass dabei für die allgemeinbildenden Schulen auch die Fallausgaben deutlich unter dem Schweizer Durchschnitt liegen (jedoch nicht für die obligatorische Schule).

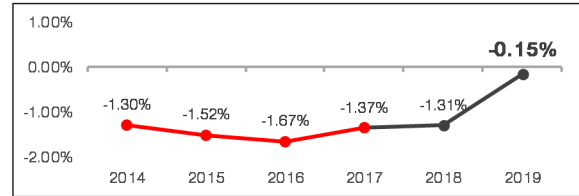
Bei den Mittelschulen sollen einige wenige Stellen abgebaut werden, obwohl die Anzahl Lernender bis 2022 um jährlich 0.9% zunehmen wird. In den Berufsfachschulen sind die Schülerzahlen wiederum leicht rückläufig (-0.7% pro Jahr) und es sollen keine Stellen abgebaut werden. Die Volksschule – fast vollständig durch die Gemeinden finanziert – wird hingegen einen deutlichen Anstieg der Schülerzahlen erfahren (+1.8%; Schweizer Durchschnitt: +1.6%).

## Cantone del Ticino (con spiegazioni)

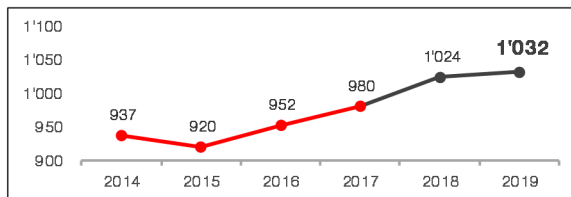
**Saldo in % del PIL**



**Tasso del patrimonio netto** (patrimonio netto in % del PIL)

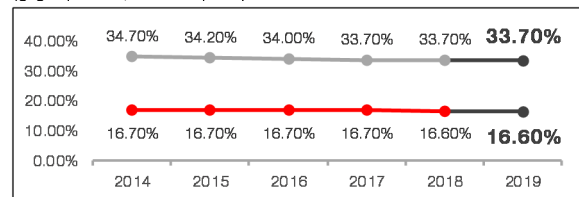


**Tasse ed emolumenti pro capite in franchi**

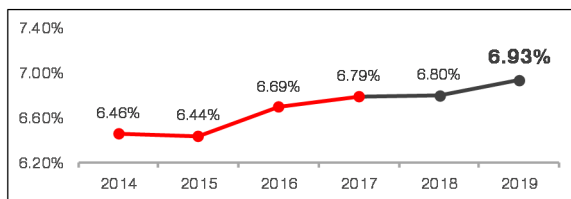


**Sviluppo delle aliquote effettive**

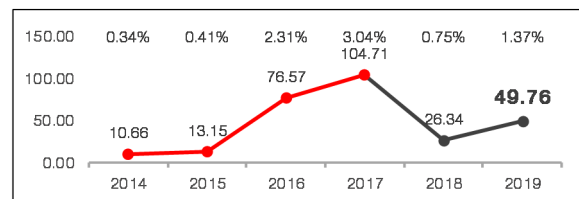
(grigio=persone, rosso=imprese)



**Ricavi fiscali in % del PIL**





**Errore del preventivo in milioni e %**



**Indicatori PFN**



**Indicatori di approvvigionamento**

	Spesa pro capite	Spesa per caso	Quota del cantone	Tasso di inquadramento	Sviluppo annuale dei casi fino al 2022
 Cure					
Case di cura e di riposo	293	14'294	29%	1.69	3.16%
Cure ambulatoriali	170	4'745	26%	12.41	
 Educazione					
Scuola dell'obbligo	1'318	12'529	55%	15.16	-0.26%
Scuole di formazione generale	204	12'587	100%	13.73	0.43%
Formazione professionale di base	437	15'752	100%	14.32	0.14%

## Valutazione generale

Il preventivo 2019 del cantone prevede, per la seconda volta consecutiva, un avanzo di esercizio nel conto economico. Principalmente dovuto a un onere netto per investimenti (280 milioni) piuttosto alto, l'avanzo nel conto finanziario rimane solo leggermente positivo. Il patrimonio netto, oppure il capitale proprio, è stato negativo da anni, però dovrebbe svilupparsi verso una cifra positiva durante il periodo del piano finanziario (questo è anche dovuto a rivalutazioni e scioglimenti, possibili nel nuovo quadro di riferimento MPCA2). Il preventivo 2019 è influenzato anche dalla "manovra di risanamento" iniziato nel 2016. Oltre le misure di risparmio, questa manovra includeva un aumento delle tasse per prestazioni – qualcosa che si riflette bene nella grafica illustrata qui sopra.

In riferimento alla riforma federale del progetto fiscale 17, il governo prevede di presentare nel corso del 2019 il suo piano per la "seconda tappa" della riforma fiscale cantonale – dopo che il primo pacchetto è stato approvato nell'aprile 2018 solo da una maggioranza molto stretta della popolazione. L'effetto del primo pacchetto entrerà in vigore nel 2020 (e quindi non è ancora visibile nelle cifre qui sopra).

Dopo di una fase di ascesa nell'indice delle risorse, il Ticino dal 2014 sta di nuovo scendendo. In altre parole: la crescita del potenziale delle risorse – la base per il calcolo dei pagamenti compensativi nella perequazione finanziaria nazionale – è stata di 12.1% negli ultimi cinque anni, e quindi chiaramente minore alla media svizzera (17.6%).

## Formazione

Concernente le spese per il personale educativo, il preventivo 2019 prevede un aumento di 1.6% rispetto al preventivo 2018. Il Ticino è quasi l'unico cantone per il quale l'UST non presume un numero crescente di allievi sul livello della scuola obbligatoria – per la quale il cantone assume più della metà dei costi –, però persino un lieve calo (e un lieve aumento di meno di un per cento sui livelli delle scuole di formazione generale e di formazione professionale di base). In questo caso si può quindi escludere il rischio di una sottovalutazione del fabbisogno finanziario in confronto allo sviluppo demografico, tranne che la previsione sia inesatta.

Il tasso di inquadramento, comparato con la media svizzera, è leggermente peggiore nelle scuole obbligatorie e anche nei licei e scuole specializzate, però molto migliore nella formazione professionale di base.

## Cure

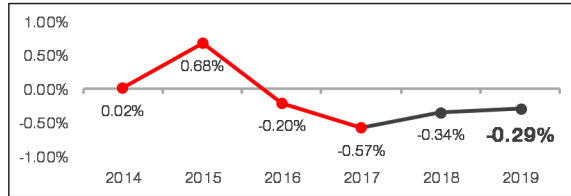
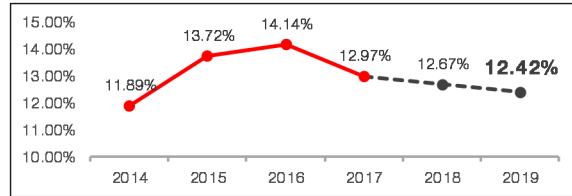
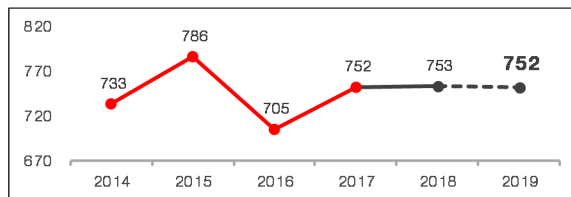
La partecipazione del cantone al finanziamento della cura di lunga durata è di 20% sia nell'ambito stazionario (case di cura e di riposo) sia nell'ambito ambulatoriale (assistenza e cura a domicilio), intanto i comuni pagano il 80%. Il tasso di inquadramento nel Ticino è leggermente migliore alla media svizzera nelle cure ambulatoriali, però allo stesso tempo leggermente peggiore nelle case di cura (dove, di sorpresa, la spesa per caso è nonostante 40% più alta della media svizzera).

Il sviluppo dei casi fino al 2022, così come calcolato dall'USS, è di +3.2% su base media annua (media svizzera: 3.3%). Relativo a questa previsione, l'aumento del finanziamento previsto dal cantone per 2019 – contributi alle case per anziani +5.4% (però -7 milioni degli investimenti) – sembra adeguato. Oltre a ciò, si prevede una riduzione continua della quota della popolazione

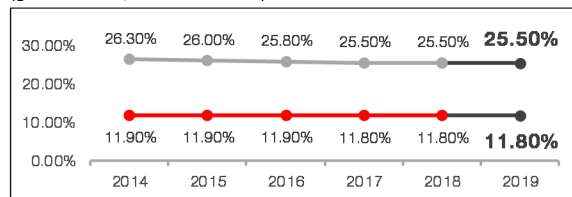
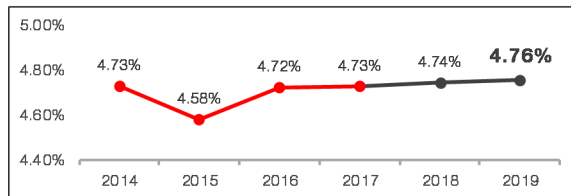
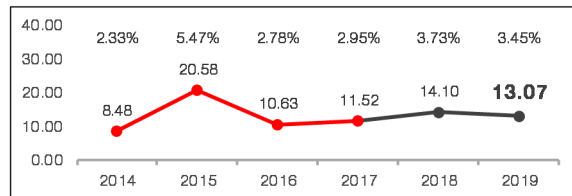


ultraottantenne ospite in casa per anziani (dal 14.4% in 2017 al 13.7% in 2019), lo che quasi per definizione presuppone una politica "ambulatoriale prima di stazionario", cioè l'aumento dell'assistenza a domicilio. Per quest'ultima, il governo prevede una crescita della spesa lorda di 5.8% su base media annua fino al 2022.

# Kanton Uri

**Struktureller Haushaltssaldo in % des BIP**

**Nettovermögensquote (Nettovermögen in % des BIP)**

**Gebühren pro Kopf in Franken**

**Entwicklung effektive Steuersätze**


(grau=Personen, rot=Unternehmen)


**Fiskaleinnahmen in % des BIP**

**Fehlbudgetierung in Mio. und %**

**Kennzahlen NFA**

$$\text{Steueraus-schöpfungsindex } 73.0\% \times \text{Ressourcen-index } 70.1\% = \text{Steuerertrags-index } 51.2\%$$

$$\text{Gesamtaus-schöpfungsindex } 127.9\% \times \text{Ressourcen-index } 70.1\% = \text{Finanzkraft-index } 89.6\%$$

**Versorgungsindikatoren**

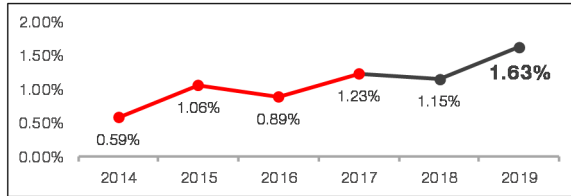
	Ausgaben pro Kopf	Ausgaben pro Fall	Kantonsanteil	Betreuungsverhältnis	Jährliche Fallentwicklung bis 2022
 <b>Pflege</b>					
Alters- und Pflegeheime	231	9'022	32%	1.64	3.66%
Ambulante Pflege	77	5'019	99%	8.10	

 **Bildung**

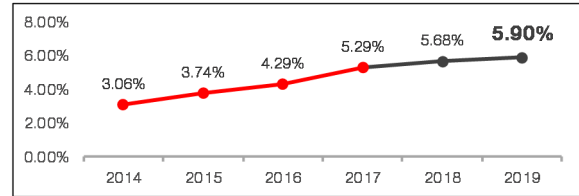
Obligatorische Schule	1'789	16'621	33%	13.90	-0.12%
Allgemeinbildende Schule	293	52'665	100%	8.60	-2.29%
Berufliche Grundbildung	256	12'784	100%	24.03	-2.00%

## Canton de Vaud (avec explications)

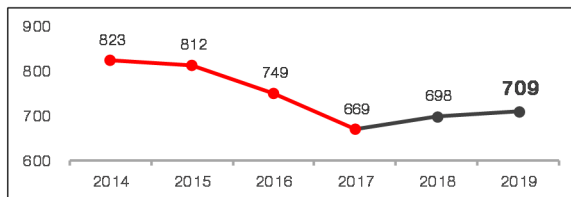
### Solde structurel en % du PIB



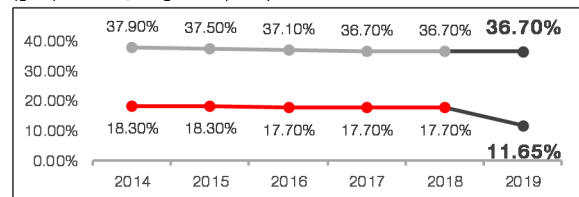
### Taux de fortune nette (en % du PIB)



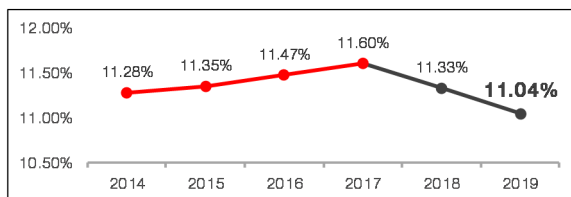
### Taxes et émoluments par personne en francs



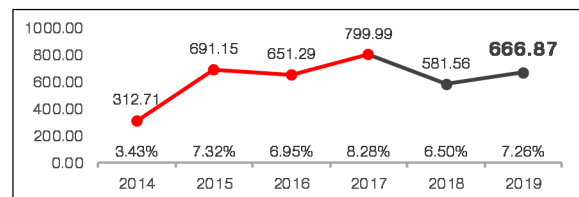
### Développement des taux d'imposition effectifs (gris=personnes, rouge=entreprises)



### Recettes fiscales en % du PIB



### Erreur budgétaire en millions et %





### Indicateurs PFN

$$\text{Indice de l'exploitation fiscale } 129.5\% \times \text{Indice de ressources } 99.6\% = \text{Indice de rendement fiscal } 129.0\%$$

$$\text{Indice de l'exploitation totale } 115.4\% \times \text{Indice de ressources } 99.6\% = \text{Indice de capacité financière } 115.0\%$$

### Indicateurs d'approvisionnement

	Dépenses par tête	Dépenses par cas	Quote-part cantonale	Taux d'encadrement	Développement annuel des cas jusqu'à 2022
 Soins					
Homes et EMS	95	5'163	100%	1.44	3.16%
Soins ambulatoires	269	7'360	78%	9.65	
 Formation					
Scolarité obligatoire	1'700	15'174	75%	15.23	1.58%
Écoles de formation générale	312	20'001	100%	12.03	2.09%
Formation professionnelle initiale	230	9'013	85%	17.82	1.08%

## Évaluation générale

Le projet de budget du canton de Vaud présente, pour la 13<sup>ème</sup> fois, un excédent de recettes dans le compte de résultat, mais son ampleur est cette fois négligeable. Au vu des erreurs budgétaires toujours massivement positives, on devrait pourtant s'attendre à une évolution des dépenses plus faible et des recettes supérieures aux prévisions. Il faut tout de même souligner que le canton de Vaud est le seul à mettre en vigueur en 2019 déjà une réforme fiscale (et sociale) motivée par la RIE III, respectivement par le Projet fiscal 17 / RFFA. L'abaissement des taux maximums d'imposition des bénéfices des entreprises (de 20,8 % à 13,7 %) entraînera, l'année prochaine, une réduction des recettes fiscales de 280 millions, respectivement de 0,6 % du total des recettes fiscales (et de 41 % des recettes de l'impôt sur le bénéfice). Malgré cette diminution considérable des ressources fiscales – ou grâce à l'estimation optimiste de son ampleur –, le solde structurel ainsi que le taux de fortune net du canton devraient continuer à croître. Du côté des recettes y contribuent non seulement les prévisions conjoncturelles favorables (qui entraînent une hausse massive de l'impôt sur la fortune), mais aussi l'augmentation des recettes non fiscales, comme la part vaudoise aux recettes fédérales (péréquation financière et participation à l'IFD), et finalement une dissolution des capitaux propres d'un montant de 128 millions. Quant à l'effet conjoncturel, il est néanmoins inquiétant de voir les recettes fiscales baisser en pourcentage du PIB pour 2018 et 2019 – sur le fond d'une croissance projetée du PIB légèrement inférieure à la moyenne suisse, mais avec une croissance de la population toujours clairement supérieure à la moyenne.

La principale mesure de compensation sociale prévue dans la « Feuille de route RIE III » est une augmentation du subside spécifique LaMal, respectivement le plafonnement de la charge nette des primes d'assurance-maladie à 10 % du revenu déterminant des ménages (sous certaines conditions). En mettant en œuvre ce nouveau système, le canton devrait se trouver désormais à la tête des cantons qui allègent le plus la charge brute des primes.

Parmi les risques et incertitudes de sa planification fiscale, le Conseil d'État compte aussi – outre le rejet du Projet fiscal 17 / RFFA – la mise en œuvre de l'initiative parlementaire fédérale « Pour un financement moniste des soins », qui entraînerait un surcoût pour le canton de Vaud d'au moins 100 millions. Ce projet ne devrait pourtant pas se réaliser au cours de la période de planification actuelle, et même pas après cette période non plus.

Quant aux indicateurs de la péréquation financière, le fait que le canton de Vaud ait perdu des points dans l'indice de ressources depuis 2014 (alors qu'il y progressait fortement jusqu'à 2014) doit être signalé. C'est pour cette raison que le canton a de nouveau perdu son statut de contributeur net et profitera donc, en 2019, des paiements provenant notamment de la compensation des charges sociodémographiques.

## Soins

Le Conseil d'État veut augmenter les dépenses dans les soins à domicile (AVASAD, OSAD) de 9 millions, soit d'environ +2 % par rapport au budget 2018. Étant donné notre pronostic concernant l'évolution des cas pour les années à venir (+3,2 % par an), cela semble être une augmentation plutôt modeste, d'autant plus qu'une politique « l'ambulatoire avant le stationnaire » requerrait une croissance accentuée, notamment du financement des soins ambulatoires, respectivement à domicile. De surcroît, il va de soi qu'une augmentation des dépenses proportionnelle à la hausse du nombre de cas est nécessaire pour garder les actuels

bons taux d'encadrement ; cela, pas seulement dans les soins à domicile, mais aussi dans les EMS et les homes.

En général, par rapport à ses communes, le canton de Vaud joue un rôle particulièrement important dans le financement des soins, étant donné qu'il assume la totalité des coûts résiduels des soins à domicile et 70 % des coûts résiduels des soins ambulatoires (alors que ces coûts pèsent entièrement sur le budget des communes dans la plupart des cantons alémaniques). De plus, dans la foulée de l'approbation de la « Feuille de route RIE II », le canton a décidé d'alléger la charge financière des communes en assumant la totalité des coûts des soins à domicile dès 2020.

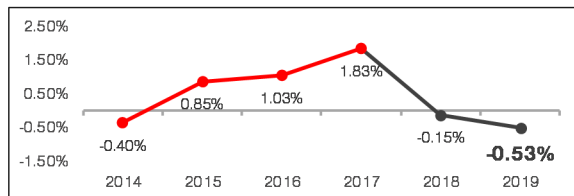
## **Formation**

Le Conseil d'État prévoit une augmentation des dépenses brutes de 2,3% (soit 66 millions) dans les domaines de l'enseignement et de la formation, ce qui se traduira principalement par l'adaptation de l'effectif des enseignant-e-s via l'engagement de 225 équivalents plein temps de plus. Cette augmentation semble conforme aux prévisions concernant la croissance du nombre des élèves. Cette dernière est d'ailleurs supérieure à la moyenne suisse pour les trois niveaux scolaires traités présentés ci-dessus. La hausse du nombre des élèves est particulièrement prononcée au niveau des lycées et des écoles de culture générale, ECG (+2,1 % pour chaque année de la planification financière).

Quant aux dépenses par élève, il saute aux yeux qu'elles sont aujourd'hui inférieures à la moyenne suisse pour tous les trois niveaux. Pour la scolarité obligatoire (dépenses d'environ 15 000 francs dans le canton de Vaud et d'environ 17 000 en moyenne suisse), une explication pourrait se trouver dans la quote-part cantonale du financement plutôt élevée (75 %). Dans le meilleur des cas, cette forte participation du canton entraîne des « économies d'échelle », ce que l'on ne peut cependant pas dire pour les écoles de formation générale et les lycées / ECG (qui sont financés à 100 % par les cantons presque partout en Suisse). On peut tout de même aussi observer un taux d'encadrement légèrement moins bon que la moyenne Suisse, ce qui est certainement une autre explication du fait que les coûts par élève sont inférieurs à la moyenne suisse.

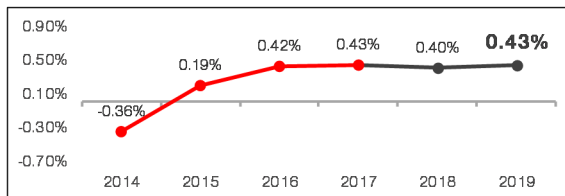
## Canton du Valais

### Solde structurel en % du PIB\*

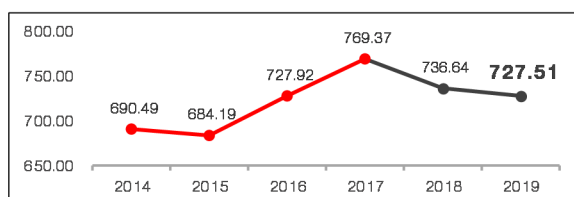


\*HRM2 n'a été introduit qu'en 2018

### Taux de fortune nette\* (en % du PIB)

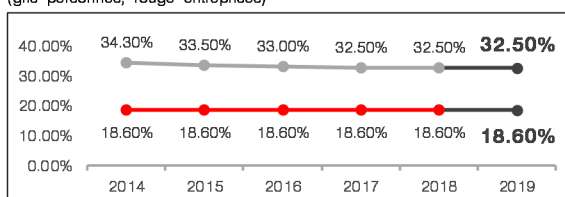


### Taxes et émoluments par personne en francs

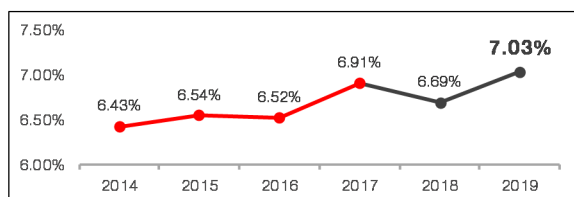


### Développement des taux d'imposition effectifs

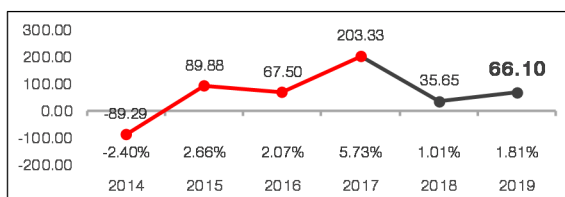
(gris=personnes, rouge=entreprises)



### Recettes fiscales en % du PIB




### Erreur budgétaire en millions et %



### Indicateurs PFN



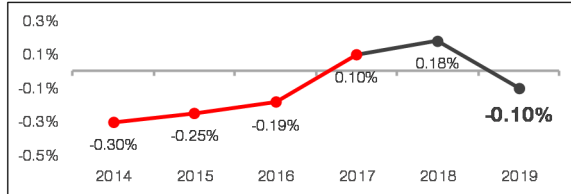
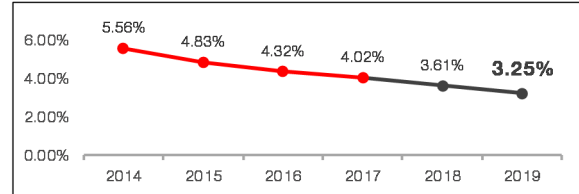
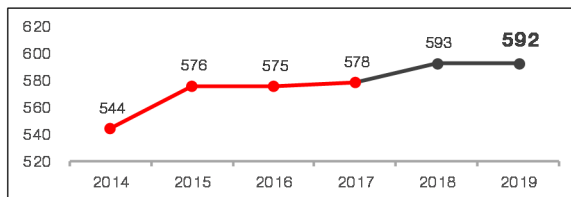
### Indicateurs d'approvisionnement

	Dépenses par tête	Dépenses par cas	Quote-part cantonale	Taux d'encadrement	Développement annuel des cas jusqu'à 2022
 Soins					
Homes et EMS	212	15'209	73%	1.55	3.89%
Soins ambulatoires	156	4'452	75%	16.40	

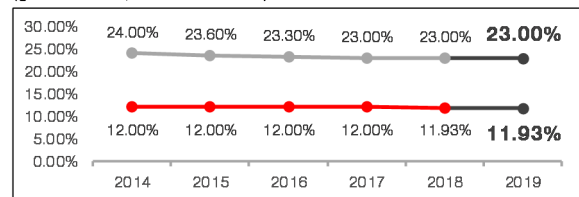
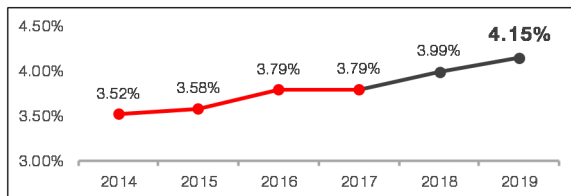
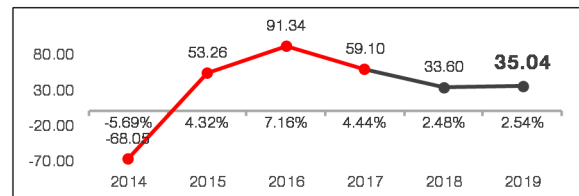
### Formation

Scolarité obligatoire	1'456	13'449	49%	16.75	1.47%
Écoles de formation générale	297	21'072	99%	13.84	1.03%
Formation professionnelle initiale	237	9'496	93%	19.42	0.36%

# Kanton Zug

**Struktureller Haushaltssaldo in % des BIP**

**Nettovermögensquote (Nettovermögen in % des BIP)**

**Gebühren pro Kopf in Franken**

**Entwicklung effektive Steuersätze**



(grau=Personen, rot=Unternehmen)


**Fiskaleinnahmen in % des BIP**

**Fehlbudgetierung in Mio. und %**

**Kennzahlen NFA**

$$\text{Steueraus-schöpfungsindex } 44.6\% \times \text{Ressourcen-index } 247.7\% = \text{Steuerertrags-index } 110.6\%$$

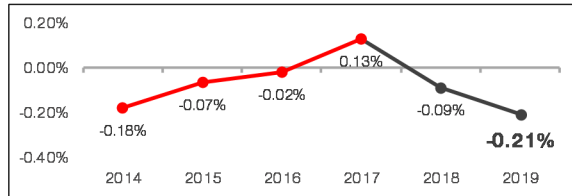
$$\text{Gesamtaus-schöpfungsindex } 42.2\% \times \text{Ressourcen-index } 247.7\% = \text{Finanzkraft-index } 104.5\%$$

**Versorgungsindikatoren**

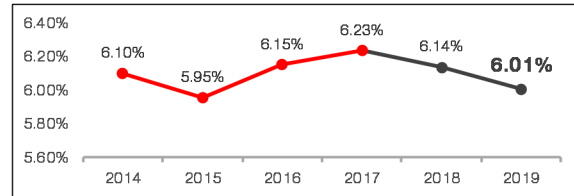
		Ausgaben pro Kopf	Ausgaben pro Fall	Kantonsanteil	Betreuungs- verhältnis	Jährliche Fallentwicklung bis 2022
<div> Pflege</div>						
Alters- und Pflegeheime	218	14'026	1%	1.82	3.64%	
Ambulante Pflege	95	4'829	15%	10.75		
<div> Bildung</div>						
Obligatorische Schule	2'080	20'617	35%	13.39	1.33%	
Allgemeinbildende Schule	499	58'041	100%	8.91	1.20%	
Berufliche Grundbildung	355	14'629	100%	19.14	0.20%	

## Kanton Zürich (mit Erläuterungen)

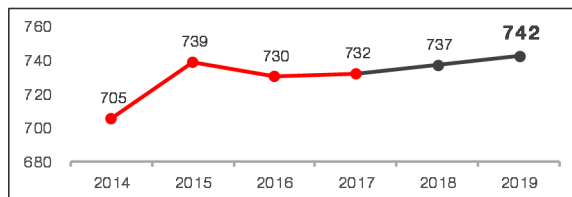
**Struktureller Haushaltssaldo in % des BIP**



**Nettovermögensquote** (Nettovermögen in % des BIP)

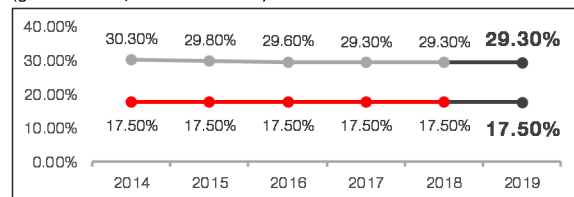


**Gebühren pro Kopf in Franken**

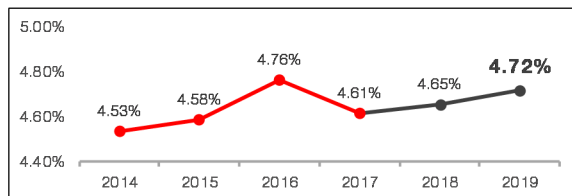


**Entwicklung effektive Steuersätze**

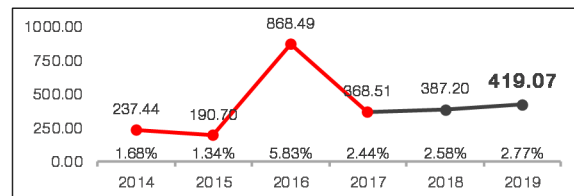
(grau=Personen, rot=Unternehmen)



**Fiskaleinnahmen in % des BIP**



**Fehlbudgetierung in Mio. und %**




**Kennzahlen NFA**

$$\text{Steueraus-schöpfungsindex } 87.7\% \times \text{Ressourcen-index } 120.5\% = \text{Steuerertrags-index } 105.7\%$$

$$\text{Gesamtaus-schöpfungsindex } 82.6\% \times \text{Ressourcen-index } 120.5\% = \text{Finanzkraft-index } 99.6\%$$

**Versorgungsindikatoren**

	Ausgaben pro Kopf	Ausgaben pro Fall	Kantonsanteil	Betreuungs-verhältnis	Jährliche Fallentwicklung bis 2022
 <b>Pflege</b>					
Alters- und Pflegeheime	248	12'903	1%	1.65	2.88%
Ambulante Pflege	96	4'261	0%	11.13	

 **Bildung**

Obligatorische Schule	2'009	19'701	10%	15.03	2.25%
Allgemeinbildende Schule	257	37'530	89%	11.41	1.89%
Berufliche Grundbildung	261	9'003	98%	30.32	1.29%



## Allgemeine Einschätzung

Aufgrund der Zahlen des "Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans" (KEF) prognostiziert der SGB bereits für dieses Jahr einen negativen strukturellen Haushaltssaldo. Dieser dürfte im Jahr 2019 weiter wachsen und ebenso in den Jahren danach. Der KEF selbst rechnet für die Planjahre 2021 und 2022 mit einem negativen Saldo, bzw. einem strukturellen Defizit in der Erfolgsrechnung. Dazu trägt sowohl die von der Regierung geplante pauschale Senkung der Einkommenssteuern um 2% als auch die bereits eingeplante Umsetzung der Steuervorlage 17 / STAF bei (u.a. Senkung des kantonalen Gewinnsteuersatzes von 6% auf 8% bis 2023); erstere ab 2021 mit ca. 130 Mio. und letztere ebenfalls ab 2021 mit von der Regierung geschätzten 240 Mio. Diese Entwicklung wird sich auf die Schulden- bzw. Vermögenssituation auswirken: Es ist mit einer beschleunigend sinkender Nettovermögensquote zu rechnen, die im Jahr 2019 bei knapp über 6% des kantonalen BIP zu liegen kommen könnte.

Die Fiskaleinnahmen werden im Verhältnis zum BIP in den kommenden beiden Jahren noch leicht steigen, was auch für die Gebühreneinnahmen pro Kopf gilt. Die Erfahrungswerte der vergangenen Jahre lassen einen Budgetierungsfehler von über 2% und damit eine entsprechende positive Korrektur des Finanzierungssaldos erwarten. Für das Kantonspersonal wurden der Teuerungsausgleich sowie sehr moderate individuelle Lohnerhöhungen budgetiert, zudem sollen bereits geplante Sparmassnahmen vorzeitig beendet werden. Die kumulierten Lohnrückstände der vergangenen Jahre sollen jedoch nicht ausgeglichen werden.

Das Ressourcenpotenzial hat im Kanton Zürich während der letzten zehn Jahre nur sehr unterdurchschnittlich zugenommen. Insbesondere im Zuge der Finanzkrise fiel der Kanton zwischen 2009 und 2014 um 13.6 Indexpunkte zurück, wovon er sich bis 2019 erst um 2.8 Indexpunkte erholte. Bei dieser Entwicklung spielt auch das konstant überdurchschnittlich starke Bevölkerungswachstum des Kantons eine grosse Rolle (da sich das Ressourcenpotenzial aus der aggregierten Steuerbemessungsgrundlage pro Kopf berechnet). Der Kanton Zürich liegt im Ressourcenindex natürlich dennoch weit über dem Schweizer Durchschnitt, was – trotz relativ tiefer Steuerauserschöpfung – abgeschwächt auch für den Steuerertragsindex gilt. Auf die Finanzkraft, den Index des Gesamtertrags trifft das allerdings nicht mehr zu, was im Wesentlichen auf die Nettozahlungen des Kantons an den Nationalen Finanzausgleich zurückzuführen ist.

## Pflege

Die Finanzierung der Restkosten der Langzeitpflege obliegt im Kanton Zürich zu 100% den Gemeinden – sowohl in der stationären als auch in der ambulanten Pflege. Die für den Kanton geschätzte Zunahme der Pflegefälle beläuft sich für die vier Planjahre auf 2.9%, was zwar hoch, aber im schweizweiten Vergleich dennoch leicht unterdurchschnittlich ist. Die Städte Zürich und Winterthur gehen jeweils davon aus, dass sich die erwartete fallbedingte Ausgabensteigerung in der Langzeitpflege praktisch vollständig in den Budgets und Finanzplänen niederschlägt (was rechtlich auch so vorgesehen ist).

Die Ausgaben pro Fall sind für den Kanton (und seine Gemeinden) in der stationären Pflege deutlich höher als im Schweizer Durchschnitt, und dennoch ist das Betreuungsverhältnis leicht schlechter. In der stationären Pflege sind die Ausgaben pro Fall hingegen nur leicht höher und das Betreuungsverhältnis ist deutlich besser.

Im Kanton Zürich leben überdurchschnittlich viele betagte Personen mit einer tiefen Pflegestufe in Heimen, weshalb man von einem grossen Potenzial für die Verlagerung von der stationären in

die ambulante Pflege ausgehen kann<sup>9</sup>. Abgesehen von den Finanzierungshürden für die Betroffenen, die sich so einer Verlagerungspolitik stellen (insbesondere für EL-BezügerInnen kann ein Heimaufenthalt billiger sein), ist aber anzumerken, dass Verlagerungen für die Stadt Zürich kein vordringliches Ziel ausmachen. Als Grund wird unter anderem die durch das städtische Umfeld bedingte hohe soziale Isolation bei ambulanter Pflege angegeben.

## **Bildung**

Der KEF geht von konstanten Klassengrössen, bzw. konstanten Vollzeitäquivalenten an Lehrpersonen pro Kindergarten-, Primar- und SekundarschülerIn aus. Gleiche Vorgaben haben die Städte Zürich und Winterthur während der letzten Jahre gemacht (die Gemeinden kommen in der obligatorischen Schule für 90% der Ausgaben auf). Der Kanton Zürich hat auf allen Schulstufen eine (schweizweit überdurchschnittlich) deutliche Zunahme der Lernenden zu erwarten. In der obligatorischen Schule beträgt die Zunahme zunächst 2.25% pro Jahr (d.h. 9% über die vier Planjahre), in den Gymnasien/FMS 1.89% und in der beruflichen Grundbildung 1.29%. Entsprechend hoch muss auf allen Stufen die Zunahme der Vollzeitäquivalente der Lehrpersonen ausfallen.

Insgesamt geben der Kanton und seine Gemeinden sowohl pro Kopf als auch pro Lernender mehr für die Bildung aus als der Schweizer Durchschnitt (mit Ausnahme der beruflichen Grundbildung). Dies äussert sich aber in der obligatorischen Schule nicht durch ein besseres Betreuungsverhältnis. In der beruflichen Grundbildung liegt das Betreuungsverhältnis zudem massiv über dem Schweizer Durchschnitt.

Sparen will der Regierungsrat im Bildungsbudget des Kantons durch die Kommunalisierung der Schulleitungen (-15 Mio.) – eine Massnahme des Sparpakets LÜ16, die jedoch umstritten ist und vom Kantonsrat noch nicht beschlossen wurde.

---

<sup>9</sup> Siehe auch "Bedarfsentwicklung und Steuerung der stationären Pflegeplätze", Gesundheitsdirektion Kanton Zürich (2018) sowie "Statistische Grundlagen zur Pflegeheimplanung 2013–2035 im Kanton Zürich", Obsan (2016)

## Schlussbemerkungen

### Allgemeine Kennzahlen

In einer Gesamtbetrachtung lässt sich feststellen, dass gemäss der Voranschläge der kantonalen Regierungen insgesamt 15 der 26 Kantone für das Jahr 2019 mit negativen **strukturellen Haushaltssaldi** zu rechnen haben (im Jahr 2014 waren es 19 Kantone, viele davon allerdings mit einem nur marginal negativen Saldo). Die tiefsten strukturellen Haushaltssaldi weisen die Kantone Obwalden (-1.7%) und Nidwalden auf (-0.7%), die höchsten die Kantone Glarus (2.1%) und Waadt (1.6%). Der gewichtete schweizweite Durchschnitt liegt bei 0.14 %. Diese von buchungsspezifischen Sondereffekten und insbesondere der konjunkturellen Lage losgelöste Betrachtungsweise relativiert sinngemäss das Bild der von den kantonalen Regierungen selbst prognostizierten Gesamtergebnissen der Erfolgsrechnung. Für letztere erwarten insgesamt zehn Kantone einen Aufwandüberschuss (AG, GE, GR JU, LU, NE, NW, OW, UR und ZG), während die restlichen Kantone mit – insbesondere aufgrund prognostizierten hohen Einnahmen – oft stark positiven Gesamtergebnissen rechnen.

Die Vermögenssituation der Kantone hat sich aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung erwartungsgemäss verbessert. Während im Jahr 2014 noch fünf Kantone ein negatives **Nettovermögen** aufwiesen, werden es 2019 wohl noch deren drei sein (BL, NE, TI). Der gewichtete Durchschnitt der Nettovermögensquote liegt für 2019 bei 4.6%. Das höchste relative Nettovermögen weisen dabei die Kantone Glarus (12.8%), Appenzell-Innerrhoden (13.5%), Graubünden (16.1%) und insbesondere Luzern (13.5%) auf, wobei der Wert für den Kanton Luzern aufgrund seiner in den letzten Jahren betriebenen Finanzpolitik ziemlich bemerkenswert ist.

Bei der Budgetierung selbst lässt sich in den Kantonen nach wie vor eine hohe Ungenauigkeit feststellen. So liegt der durchschnittliche **Budgetierungsfehler** über die letzten fünf Jahre in insgesamt acht Kantonen (AI, BS, GL, GR, OW, SG, SH, VD) bei über 5% (für die Jahre 1999-2014 waren es sieben Kantone), der gewichtete schweizweite Durchschnitt liegt bei 3.1%. Insgesamt weisen mit Basel-Landschaft und Aargau für die Jahre 2013-2017 nur zwei Kantone einen durchschnittlich (knapp) negativen Budgetierungsfehler auf.

Die im Verhältnis zur Wirtschaftskraft betrachteten **Fiskaleinnahmen** (Kantone und Gemeinden) lassen unter den Kantonen grosse Unterschiede erkennen. So werden die Einnahmen fast sämtlicher Innerschweizer Kantone (GL, LU, OW, UR, ZG) 2019 wohl bei unter 5% des BIP liegen, während sie in den Kantonen Waadt (11.0%) und Genf (13.4%) weit mehr als das Doppelte betragen dürften. Die Prognose für den gewichteten Schweizer Durchschnitt beträgt 7.0%.

Noch grösser sind die kantonalen Unterschiede hingegen bei den **Gebühreneinnahmen**. So wird der Kanton Obwalden pro Kopf im Jahr 2019 lediglich rund 385 Franken einnehmen, der Kanton Basel-Stadt aber fast das Zehnfache (3531 Franken). Diese Differenz muss allerdings dahingehend relativiert werden, als sie hauptsächlich auf den Bereich der Gebühren für "Benützung und Dienstleistungen" zurückzuführen ist. Diese entfallen grösstenteils nicht auf Privatpersonen sondern auf Unternehmen, weshalb die Pro-Kopf-Betrachtung nur eine begrenzte Aussagekraft hat. Nicht feststellen lässt sich aber im gesamtschweizerischen Durchschnitt – zumindest für die letzten fünf Jahre –, dass zuvor gemachte Steuersenkungen tendenziell durch höhere Gebühren kompensiert worden wären: Der gewichtete Durchschnitt betrug 2014 838 Franken (pro Kopf und Jahr) und wird 2019 noch rund 804 Franken betragen.

## Kennzahlen NFA

Was die **Beurteilung der für den Nationalen Finanzausgleich relevanten Kennzahlen** betrifft, muss primär auf den Wirksamkeitsbericht der Eidgenössischen Finanzverwaltung verwiesen werden. In der vorliegenden Analyse wurde jedoch separat auch die Finanzkraft der Kantone berechnet. Während die Steueraussschöpfung dem Verhältnis von Fiskal- bzw. Steuereinnahmen und Ressourcenpotenzial – und damit in etwa der Staatsquote – entspricht, setzt die Gesamtausschöpfung die gesamten Einnahmen eines Kantons und seiner Gemeinden in Relation zum Ressourcenpotenzial. Die Differenz zwischen Fiskal- und Gesamteinnahmen geht dabei primär aus den Einnahmen aus der direkten Bundessteuer, den Gewinnausschüttungen der Nationalbank, den Erträgen aus Unternehmensbeteiligungen sowie den Ein- oder Auszahlungen im Rahmen des Nationalen Finanzausgleichs hervor. Für den Finanzkraftindex (d.h. die relative Finanzkraft eines Kantons im Vergleich zum gewichteten Schweizer Durchschnitt) lassen sich die ersten beiden, sowie teilweise auch die drittgenannte Quelle grösstenteils vernachlässigen, weil sie sich weitgehend proportional zur Grösse bzw. Wirtschaftsstärke der Kantone abbilden. Somit bleiben die NFA-Zahlungen als wesentliches Element für die Erklärung der Differenz zwischen Steuer- und Gesamtausschöpfung, und daher auch für die Differenz der entsprechenden kantonalen Werte im Steuerertrags- und Finanzkraftindex.

Der Kanton Zug weist schweizweit den tiefsten Wert im **Steuerausschöpfungsindex** vor (45%). Da er zudem pro Kopf mit Abstand am meisten in den Finanzgleich einzahlt, ist seine Gesamtausschöpfung sogar noch tiefer (42%). Genau umgekehrt verhält es sich am anderen Ende der Skala: Jura hat mit 126% den dritthöchsten Wert im Steuerausschöpfungsindex und kommt aufgrund der Ausgleichszahlungen in der Gesamtausschöpfung gar auf 162%. Für den Steuerertrag, bzw. die Finanzkraft ist zusätzlich aber der Ressourcenindex entscheidend: Zug hat ein Ressourcenpotenzial von 245% des Schweizer Durchschnitts, Jura kommt auf lediglich 65%. Der Kanton Zug liegt damit im Steuerertragsindex – trotz der extrem tiefen Ausschöpfung, bzw. der tiefen Steuersätze – mit 111% dennoch vor Jura mit 82%. Unter Berücksichtigung der Gesamtausschöpfung, d.h. der NFA-Zahlungen, kommt Jura allerdings auf eine knapp höhere Finanzkraft (106%) als Zug (104%).

Zur Beurteilung der Dynamik des Finanzausgleichs ist jedoch die relative **Veränderung des Ressourcenpotenzials** der Kantone die entscheidende Grösse. Das Ressourcenpotenzial hat gesamtschweizerisch zwischen 2014 (basierend auf dem Durchschnitt der Jahre 2008-2010) und 2019 (2013-2015) um 17.6% zugenommen. Die Zunahme unterscheidet sich allerdings zwischen den Kantonen sehr stark, was sich entsprechend auf ihre Positionierung im Ressourcenindex auswirkt. So hat beispielsweise Schwyz das Ressourcenpotenzial um 28.6% gesteigert, während der Anstieg im Kanton Waadt nur 10.7% betrug. Luzern hat damit im Ressourcenindex 10.1 Prozentpunkte zugelegt, der Kanton Waadt hingegen 8.8 Prozentpunkte abgegeben.

Dass sich eine **aggressive Tiefsteuerpolitik** längerfristig auch für kleine Kantone ohne Zentrumslasten nicht auszahlt, ist eine Erfahrung, die zurzeit der Kanton Obwalden machen muss. Dieser hat sein Ressourcenpotenzial in den letzten Jahren um 66% steigern können und hat sich im Finanzausgleich vom Nettoempfänger zum Nettozahler gewandelt. Die Gesamtausschöpfung hat dabei aufgrund der beständig sehr tiefen Steuern allerdings stetig abgenommen, weshalb der Kanton – im Angesicht der vom Volk abgelehnten Sanierungsvorlage (Sparpaket und Steuererhöhung) – nun mit einem strukturellen Fehlbetrag von 40 Mio. zu kämpfen hat, was ganzen 15% des betrieblichen Ertrags entspricht.

## Kennzahlen Pflege

Aufgrund der unterschiedlichen Regelungen zur **Übernahme der Restkosten** unterscheiden sich die jeweiligen Kantonsanteile in der öffentlichen Finanzierung der Langzeitpflege erheblich. Für die Pflegeheime übernehmen in neun Kantonen (AG, AR, BL, GL, LU, OW, SG, ZG, ZH) die Gemeinden sämtliche Restkosten, während sieben Kantone diese komplett selbst übernehmen (AI, BS, BE, GE, JU, NE, NW). In den übrigen Kantonen findet die Kostenübernahme hälftig, bzw. anderweitig aufgeteilt statt (der nationale Durchschnitt für den Kantonsanteil beträgt 45%). In der ambulanten Pflege müssen die Restkosten in zehn Kantonen (AG, AR, BL, GL, LU, SG, SZ, TG, ZG, ZH) komplett von den Gemeinden und in neun Kantonen (AI, BE, BS, GE, JU, NE, NW, UR, VD) vollständig vom Kanton finanziert werden. In der ambulanten Pflege liegt der gewichtete Schweizer Durchschnitt für den Kantonsanteil mit 38% leicht unter jenem in der stationären Pflege (45%).

Die **Ausgaben pro Fall** – d.h. die kantonalen und kommunalen Ausgaben pro PflegeheimbewohnerIn bzw. Sptex-KlientIn – unterscheiden sich zwischen den Kantonen sehr stark (siehe Tabelle im Anhang). Die Werte sind nur bedingt miteinander vergleichbar<sup>10</sup>, geben aber in der Grössenordnung dennoch eine Indikation über das Ausmass der öffentlichen Beteiligung in der Langzeitpflege (bzw. deren Effizienz und/oder Qualität).

Besser zwischen den Kantonen vergleichbar sind die zum **Betreuungsverhältnis** berechneten Zahlen. Dieses gibt für die Pflegeheime an, wie viele BewohnerInnen auf eine Pflegekraft (gemessen in Vollzeitäquivalenten und an dieser Stelle nicht unterschieden nach Ausbildungsgrad) entfallen. Das beste Betreuungsverhältnis erreicht mit 1.36 BewohnerInnen pro Pflegekraft der Kanton Freiburg, das schlechteste mit 2.44 der Kanton Glarus (nationaler Durchschnitt: 1.62). Analog dazu (KlientInnen pro Vollzeitstelle) wurde das Betreuungsverhältnis für die ambulante Pflege berechnet. Der Kanton Freiburg schneidet hier mit 23.1 am schlechtesten ab, während Uri mit 8.1 das beste Betreuungsverhältnis aufweist (nationaler Durchschnitt: 13.03). Diese Kennzahl hat allerdings im ambulanten Bereich eine andere Bedeutung und ist auch stark ein Indikator für die Pflegeintensität bzw. die durchschnittliche Behandlungsdauer. Das lässt sich für die erwähnten Kantone auch an der durchschnittlichen Anzahl Stunden pro KlientIn ablesen: Im Kanton Freiburg beträgt diese 32 Stunden und im Kanton Uri 65 Stunden – was bedeutet, dass eine Pflegekraft im Kanton Freiburg unter sonst gleichen Umständen doppelt so viele KlientInnen betreuen könnte. In der Tendenz lässt sich auch schlussfolgern, dass in Kantonen mit hoher durchschnittlicher ambulanter Betreuungszeit der Stellenwert der Pflege zu Hause im Verhältnis zur Heimpflege höher ist.

Die in dieser Analyse präsentierte Prognose für die **Entwicklung der Fallzahlen** in der Langzeitpflege basiert einerseits auf Daten zu Pflegequoten (unterschieden nach Geschlecht und Altersklasse) und andererseits auf der demografischen Verteilung der Bevölkerung in den Kantonen. Die dabei errechneten Werte (jährliche durchschnittliche Zunahme über die vier Planjahre 2019-2022), zeigen einen deutlichen Anstieg der Anzahl Pflegefälle in allen Kantonen. Während dieser für 17 Kantone im Bereich 2.7%-3.7% liegt, kann für fünf Kantone (AG, OW, NW, TG, SZ) gar mit einer Zunahme von über 4% gerechnet werden (nationaler Durchschnitt: 3.3%).

<sup>10</sup> So weist beispielsweise der Kanton Schwyz mit 435 Franken pro Jahr einen extrem tiefen Wert für die öffentlichen Fallausgaben in den Pflegeheimen aus. Dies dürfte aber darauf zurückzuführen sein, dass die Finanzierung der Ergänzungsleistungen und der Langzeitpflege im Kanton Schwyz anders organisiert ist und die entsprechenden Beträge anders verbucht werden (d.h. nicht unter der für den Vergleich herangezogenen Unterfunktion 412 "Alters-, Kranken- und Pflegeheime").

Unter 2% (1.8%) liegt einzig der Kanton Basel-Stadt. Für die Prognose der zukünftigen Pflegefälle wurde keine Unterscheidung zwischen ambulanter und stationärer Langzeitpflege gemacht. Dies nicht nur aufgrund der dafür ungenügenden Datenbasis, sondern auch deshalb, weil es im Wesentlichen politische Entscheide in den Kantonen sind, welche die Bedeutung und Rolle dieser beiden Bereiche definieren. So setzt heute zwar der Grossteil der Kantone auf eine Politik "ambulant vor stationär" und will möglichst viele Fälle mit tiefer bis mittlerer Pflegeintensität in der ambulanten Versorgung halten, es gibt aber dennoch auch Kantone (und insbesondere Städte) die den Heimen für Fälle der mittleren Pflegeintensität bewusst noch eine wichtigere Rolle zusprechen (dies unter Umständen mit entsprechenden kostenseitigen Folgen).

Bei der Sichtung der Budgets und Finanzpläne wird klar, dass sich viele Kantone der Dynamik im Bereich der Langzeitpflege zwar bewusst sind, die Grössenordnung der Fallzunahme wird aber vielerorts deutlich unterschätzt (was für die eingeplanten Mittel noch in verschärfter Weise gilt). Hingegen sind sich die meisten Kantone der mittelfristigen finanziellen Auswirkungen der jüngsten regulatorischen, bzw. gerichtlichen Entscheide (Finanzierung des Pflegematerials, Übernahme der Restkosten) bewusst und haben diese eingeplant.

### Kennzahlen Bildung

Für die **Zunahme der Anzahl Lernender**<sup>11</sup> auf den unterschiedlichen Schulstufen bieten die "Szenarien für das Bildungssystem" des Bundesamts für Statistik eine optimale Grundlage. Diese sagen für die kommenden vier Jahre in der obligatorischen Schule eine durchschnittliche jährliche Zunahme von 1.55% voraus. Die Zunahme in den allgemeinbildenden Schulen (Gymnasien/FMS) wird mit 0.79% etwa halb so hoch ausfallen, während in der beruflichen Grundbildung (+0.08%) die Anzahl Lernender praktisch konstant bleiben wird. Auch wenn die Schülerzahlen in der Volksschule nur etwa halb so stark zunehmen wie die Pflegefälle in der Langzeitpflege (siehe oben), so ist der Anstieg doch sehr deutlich und länger andauernd: Die Zunahme der Schülerzahlen wird im Jahr 2021 ihren Zenit erreichen (+1.55% im Vergleich zum Vorjahr) und flacht danach bis ins Jahr 2027 ab, wird dann aber immer noch bei über einem Prozent liegen.

Die Kantone sind von der Zunahme der Anzahl Lernender sehr unterschiedlich betroffen. In den grossen Kantonen Zürich, Bern und Aargau beträgt der Anstieg rund 2%, in den Kantonen Neuenburg, Juri und Tessin stagnieren allerdings die Schülerzahlen auf Stufe der Volksschule. In den Gymnasien/FMS müssen die Kantone Zürich (+1.9%), Waadt (+2.1%) und insbesondere Basel-Stadt (+3.9%) mit einer starken Zunahme rechnen, während andere Kantone (AI, AR, GR, JU, UR) von einer deutlichen Abnahme ausgehen können. In der beruflichen Grundbildung – mit schweizweit stagnierenden Schülerzahlen – lässt sich nur für die Kantone Waadt (+1.1%) und Zürich (+1.3%) eine relevante Zunahme erwarten.

Die Kantone sind sich des Anstiegs der Schülerzahlen durchwegs bewusst, reagieren darauf in ihren Budgets und Finanzplänen aber unterschiedlich kohärent. So geht beispielsweise der Kanton Zürich von einer fixen Klassengrösse aus und rechnet mit entsprechend mehr Lehrpersonen, der Kanton Bern geht aber – trotz eines prognostizierten Anstiegs in der Volksschule von überdurchschnittlichen 1.9% – von einer konstanten Anzahl Lehrpersonen aus. Der Kanton Basel-Landschaft plant sogar Einsparungen in den Bildungsausgaben (bei einer dem Schweizer Durchschnitt entsprechenden Zunahme in der obligatorischen Schule). Auch

---

<sup>11</sup> Alle Zahlen beziffern die durchschnittliche jährliche Zunahme in den Planjahren 2019-2022

angesichts der zu erwartenden Lehrpersonenknappheit reagieren die Regierungen der Kantone höchst unterschiedlich. Während einige Kantone aufgrund des Schüleranstiegs bewusst ihre "Konkurrenzfähigkeit" für Lehrpersonen erhöhen möchten, planen andere trotz der zunehmenden Teuerung mit einer weiteren Nullrunde (und dadurch mit entsprechend sinkenden Reallöhnen).

Was die Bildungsqualität betrifft, interessieren natürlich neben der zukünftigen Entwicklung der Anzahl Lernender auch die heutigen Unterschiede zwischen den Kantonen. Eine gute Masszahl dafür ist das für die obligatorischen und allgemeinbildenden Schulen direkt vom Bundesamt für Statistik erhobene Betreuungsverhältnis (Anzahl Lernende pro Lehrperson). Bei einem gewichteten Schweizer Durchschnitt von 14.56 in der Volksschule schneiden die Kantone Schaffhausen (11.04), Basel-Stadt (12.05) und Graubünden (12.53) am besten ab, während eine durchschnittliche Klasse in Neuenburg (15.81), Solothurn (16.31) und Wallis (16.75) am grössten ist. Auf Stufe der Gymnasien und Fachmittelschulen (schweizweiter Durchschnitt: 11.26) haben die kleinen Kantone Glarus (8.24), Appenzell-Innerrhoden (8.27) und Uri (8.60) auch die kleinsten Klassen; die grössten Klassen haben, zusammen mit dem Tessin (13.73), abermals die Kantone Neuenburg (13.00) und Wallis (13.84). Die berufliche Grundbildung ist in den Kantonen sehr unterschiedlich organisiert, weshalb das Bundesamt für Statistik für diese Bildungsstufe keine Betreuungsverhältnisse berechnet. Die für diese Analyse selbst berechneten Werte bestätigen diesen Umstand: Dabei kamen Zahlen zwischen 9.92 (Kanton Genf) und 42.51 (Kanton Luzern) heraus, woraus sich kaum ein rein auf die Klassengrösse basierender Unterschied ableiten lässt.

# Tabellenanhang

## Allgemeine Kennzahlen 2019

	Struktureller Haushaltssaldo in % des BIP	Nettovermögen in % des BIP	Budgetierungs- fehler (Ø 2013-2017)	Fiskal- einnahmen in % des BIP	Gebühren pro Kopf in Fr.	Effektive Steuerbelastung Unternehmen	Effektive Steuerbelastung Personen
AG	0.21%	0.75%	-0.2%	5.76%	502	15.39%	18.10%
AI	-0.68%	13.50%	9.8%	6.20%	658	14.16%	14.76%
AR	-0.64%	4.31%	0.1%	6.50%	565	10.30%	30.20%
BE	0.35%	1.25%	1.7%	6.62%	624	16.06%	34.80%
BL	-0.06%	-1.38%	-0.6%	9.37%	411	18.10%	35.40%
BS	1.10%	12.05%	7.1%	8.92%	3'531	19.60%	32.30%
FR	-0.35%	8.29%	3.6%	7.34%	1'043	21.40%	21.55%
GE	-0.38%	5.35%	3.3%	13.42%	1'335	21.40%	36.70%
GL	2.07%	12.82%	5.3%	4.08%	670	13.20%	28.60%
GR	0.09%	16.10%	10.2%	5.38%	967	12.50%	30.10%
JU	0.25%	2.73%	1.6%	7.05%	724	22.36%	23.00%
LU	0.68%	13.50%	0.8%	4.55%	593	10.30%	27.40%
NE	-0.29%	-4.82%	0.9%	6.63%	1'126	15.62%	23.36%
NW	-0.72%	8.24%	2.7%	6.69%	496	10.10%	26.10%
OW	-1.66%	4.18%	6.2%	4.08%	385	10.90%	24.40%
SG	-0.46%	2.96%	6.3%	6.01%	827	14.40%	33.00%
SH	-0.10%	5.59%	5.0%	4.99%	697	13.41%	31.20%
SO	-0.30%	0.77%	3.3%	5.52%	667	19.48%	21.62%
SZ	0.39%	2.61%	2.8%	8.55%	389	12.04%	26.30%
TG	-0.02%	3.63%	4.8%	5.26%	562	13.00%	29.70%
TI	0.22%	-0.15%	0.8%	6.93%	1'032	16.60%	33.70%
UR	-0.29%	12.42%	3.7%	4.76%	752	11.80%	25.50%
VD	1.63%	5.90%	6.5%	11.04%	709	11.65%	36.70%
VS	-0.53%	0.43%	1.0%	7.06%	728	18.60%	32.50%
ZG	-0.10%	3.25%	2.5%	4.15%	592	11.93%	23.00%
ZH	-0.21%	6.01%	2.6%	4.72%	742	17.50%	29.30%
<b>CH</b>	<b>0.14%</b>	<b>4.57%</b>	<b>3.08%</b>	<b>6.96%</b>	<b>804</b>	<b>16.19%</b>	<b>30.02%</b>



## Kennzahlen NFA 2019

	Ressourcen- index	Veränderung Ressourcen- index 2014-19	Veränderung Ressourcenpo- tenzial 2014-19	Steuer- ausschöpfungs- index	Steuerertrags- index	Gesamt- ausschöpfungs- index	Finanzkraft- index
AG	83.8%	-5.3 Prozentp.	13.0%	87.1%	73.0%	86.1%	72.1%
AI	88.8%	4.8 Prozentp.	20.4%	71.6%	63.6%	86.8%	77.1%
AR	85.3%	0.5 Prozentp.	14.8%	93.1%	79.4%	99.9%	85.2%
BE	76.6%	2.1 Prozentp.	18.0%	114.9%	88.0%	130.0%	99.6%
BL	96.8%	-4.8 Prozentp.	9.7%	103.9%	100.6%	88.2%	85.4%
BS	149.5%	3.4 Prozentp.	14.1%	115.5%	172.7%	119.0%	177.8%
FR	79.9%	4.4 Prozentp.	29.6%	105.5%	84.3%	123.3%	98.5%
GE	145.3%	-1.7 Prozentp.	15.4%	134.1%	194.9%	110.9%	161.2%
GL	71.2%	2.8 Prozentp.	21.4%	83.1%	59.2%	114.0%	81.2%
GR	83.3%	-1.1 Prozentp.	14.7%	103.0%	85.8%	143.0%	119.1%
JU	65.2%	2.7 Prozentp.	21.9%	125.6%	81.9%	162.0%	105.6%
LU	89.0%	10.1 Prozentp.	33.4%	79.5%	70.7%	89.4%	79.6%
NE	90.5%	0.3 Prozentp.	15.3%	117.2%	106.0%	122.4%	110.7%
NW	159.5%	32.2 Prozentp.	46.7%	53.4%	85.1%	51.0%	81.4%
OW	119.3%	34.3 Prozentp.	66.4%	75.5%	90.0%	77.6%	92.5%
SG	78.8%	-0.7 Prozentp.	15.4%	102.7%	81.0%	110.7%	87.3%
SH	91.7%	-12.2 Prozentp.	3.4%	90.3%	82.8%	92.9%	85.2%
SO	73.0%	-6.4 Prozentp.	7.0%	105.5%	77.0%	108.1%	78.9%
SZ	172.4%	13.5 Prozentp.	28.6%	49.2%	84.9%	47.0%	81.0%
TG	78.4%	0.4 Prozentp.	20.6%	88.4%	69.3%	97.1%	76.1%
TI	97.1%	-3.7 Prozentp.	12.1%	101.9%	98.9%	94.3%	91.6%
UR	70.1%	8.9 Prozentp.	33.2%	73.0%	51.2%	127.9%	89.6%
VD	99.6%	-8.8 Prozentp.	10.7%	129.5%	129.0%	115.4%	115.0%
VS	66.1%	-4.3 Prozentp.	15.1%	113.3%	74.9%	141.5%	93.5%
ZG	247.7%	3.9 Prozentp.	22.4%	44.6%	110.6%	42.2%	104.5%
ZH	120.5%	2.8 Prozentp.	20.5%	87.7%	105.7%	82.6%	99.6%
CH	100.0%	-	17.6%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%

## Kennzahlen Pflege 2019

	Alters- und Pflegeheime			Ambulante Pflege			Jährliche Fallentwicklung bis 2022
	Ausgaben pro Fall	Kantonsanteil	Betreuungs- verhältnis	Ausgaben pro Fall	Kantonsanteil	Betreuungs- verhältnis	
AG	7'328	0%	1.54	1'498	0%	18.14	4.14%
AI	15'876	100%	1.73	6'278	100%	11.31	2.84%
AR	7'436	5%	2.00	3'349	3%	10.55	3.08%
BE	8'226	100%	1.48	3'193	99%	12.90	3.11%
BL	13'208	42%	1.57	3'454	0%	11.60	2.67%
BS	9'705	99%	1.59	3'740	75%	10.95	1.83%
FR	26'220	36%	1.36	3'063	25%	23.15	4.00%
GE	24'490	100%	2.07	9'417	100%	9.20	2.77%
GL	6'722	15%	2.44	2'020	5%	15.52	3.31%
GR	10'039	35%	1.61	4'033	52%	11.38	3.56%
JU	7'528	100%	1.42	3'215	92%	13.10	3.31%
LU	13'434	0%	1.59	2'371	0%	13.33	3.52%
NE	15'264	100%	1.70	3'276	100%	18.86	2.45%
NW	11'780	100%	1.52	3'866	65%	9.87	4.08%
OW	6'256	0%	1.58	3'165	37%	10.91	4.79%
SG	8'376	0%	1.89	2'380	19%	11.57	3.59%
SH	435	21%	2.12	1'896	6%	13.72	3.30%
SO	7'693	49%	1.49	1'305	0%	16.07	3.56%
SZ	5'210	2%	1.62	2'856	0%	14.19	4.36%
TG	8'750	57%	1.64	2'222	2%	14.52	4.52%
TI	14'294	29%	1.69	4'745	26%	12.41	3.16%
UR	9'022	32%	1.64	5'019	99%	8.10	3.66%
VD	5'163	100%	1.44	7'360	78%	9.65	3.16%
VS	15'209	73%	1.55	4'452	75%	16.40	3.89%
ZG	14'026	1%	1.82	4'829	15%	10.75	3.64%
ZH	12'903	1%	1.65	4'261	0%	11.13	2.88%
CH	11'472	45%	1.62	3'995	38%	13.03	3.31%

## Kennzahlen Bildung 2019

	Obligatorische Schule				Allgemeinbildende Schule				Berufliche Grundbildung			
	Ausgaben pro Fall	Kantonsanteil	Betreuungsverhältnis	Jährl. Fallentwicklung bis 2022	Ausgaben pro Fall	Kantonsanteil	Betreuungsverhältnis	Jährl. Fallentwicklung bis 2022	Ausgaben pro Fall	Kantonsanteil	Betreuungsverhältnis	Jährl. Fallentwicklung bis 2022
AG	18'585	45%	14.92	2.11%	27'984	96%	11.56	0.85%	6'376	60%	26.76	0.22%
AI	14'312	9%	12.79	1.64%	52'908	77%	8.27	-5.25%	7'351	100%	23.00	0.00%
AR	17'664	19%	14.23	2.47%	32'926	100%	10.99	-2.33%	10'534	100%	26.22	-2.12%
BE	15'351	51%	14.63	1.92%	27'786	98%	10.41	0.69%	12'775	100%	25.95	-0.05%
BL	18'138	35%	13.76	1.46%	18'175	100%	10.68	0.04%	13'966	100%	32.84	0.11%
BS	27'933	92%	12.05	1.87%	25'234	100%	10.46	3.92%	16'223	100%	20.87	-0.06%
FR	13'504	35%	14.99	1.16%	19'906	100%	11.53	1.38%	15'344	91%	18.35	0.36%
GE	18'062	82%	13.35	1.20%	16'205	100%	11.91	0.49%	19'480	100%	9.92	0.21%
GL	15'950	7%	13.46	1.53%	56'478	100%	8.24	0.89%	8'480	100%	23.55	-0.49%
GR	16'920	23%	12.53	0.85%	40'222	100%	10.04	-1.89%	12'049	51%	30.80	-2.14%
JU	14'551	35%	13.99	0.39%	28'733	100%	9.46	-1.37%	12'856	99%	14.80	-0.99%
LU	16'290	29%	14.11	1.48%	30'743	70%	9.88	0.23%	5'263	101%	42.51	-0.91%
NE	14'330	39%	15.81	0.10%	19'907	100%	13.00	-0.81%	14'625	99%	13.02	-0.86%
NW	16'966	3%	13.43	0.67%	72'702	100%	9.15	-0.46%	9'861	102%	28.89	-2.14%
OW	16'439	2%	13.57	1.05%	33'066	97%	11.12	-0.53%	9'145	100%	25.10	-1.72%
SG	18'505	2%	13.51	1.07%	30'196	100%	11.44	-0.73%	7'124	100%	32.09	-1.06%
SH	17'058	34%	11.04	2.03%	33'643	100%	9.93	1.59%	11'314	100%	21.58	-0.66%
SO	17'158	30%	16.31	1.61%	35'248	84%	10.76	-0.88%	8'397	99%	28.49	-0.92%
SZ	15'816	13%	13.84	0.45%	26'552	100%	11.75	-0.97%	10'739	100%	24.33	-1.67%
TG	18'424	9%	13.99	1.75%	33'208	100%	8.92	0.90%	14'162	100%	23.80	-0.74%
TI	12'529	55%	15.16	-0.26%	12'587	100%	13.73	0.43%	15'752	100%	14.32	0.14%
UR	16'621	33%	13.90	-0.12%	52'665	100%	8.60	-2.29%	12'784	100%	24.03	-2.00%
VD	15'174	75%	15.23	1.58%	20'001	100%	12.03	2.09%	9'013	85%	17.82	1.08%
VS	13'449	49%	16.75	1.47%	21'072	99%	13.84	1.03%	9'496	93%	19.42	0.36%
ZG	20'617	35%	13.39	1.33%	58'041	100%	8.91	1.20%	14'629	100%	19.14	0.20%
ZH	19'701	10%	15.03	2.25%	37'530	89%	11.41	1.89%	9'003	98%	30.32	1.29%
CH	17'171	38%	14.56	1.55%	28'425	95%	11.26	0.79%	10'973	93%	24.90	0.08%

## Quellenangaben

BAK Economics AG (2017),

Evaluation des Finanzhaushalts des Kantons Bern

Taxation Index 2017 Schweiz

Bundesamt für Gesundheit (2017), Statistik der Obligatorischen Krankenversicherung

Bundesamt für Statistik (2017),

Statistik der sozialmedizinischen Institutionen (SOMED)

Statistik der Hilfe und Pflege zu Hause (Spitex-Statistik)

Lernende

Szenarien 2018-2027 für das Bildungssystem

BIP der Kantone

Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (STATPOP)

Bevölkerungsszenarien

Eidgenössische Finanzverwaltung (2018),

Berichterstattung Finanzstatistik

Kennzahlen NFA

Finanzausgleich 2019, Bericht für die Stellungnahme der Kantone

Wirksamkeitsbericht 2016-2019 des Finanzausgleichs

Infras (2018), Evaluation der Neuordnung der Pflegefinanzierung – Schlussbericht

Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren,

Finanzdaten (2018)

Handbuch Harmonisiertes Rechnungsmodell HRM2 (2017)

KPMG (2018), Swiss Tax Report 2018

LCH (2018), Lohnanalyse 2018

Obsan (2016) Statistische Grundlagen zur Pflegeheimplanung 2013–2035 im Kanton Zürich

Schweizerischer Gewerkschaftsbund (2016), Fragwürdige Spar- und Steuerpolitik in den Kantonen - Eine Analyse